

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

24. JAHRGANG

JUNI 1971



INHALT

Seite

Wahlverhalten der Bevölkerung am 21. März 1971	129
Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen im Wintersemester 1970/71	131
Landwirtschaftszählung 1971	133
Erzeugung von Milch, Fleisch und Eiern 1970	137
Außenhandel 1970	140
Kriegsopferfürsorge 1970	144
Struktur und Finanzierung von Sozialwohnungen 1970	146
Wohnverhältnis, Größe und Belegung der Wohnungen 1968	150
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	41*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	47*



HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

Demnächst erscheint das neue

VERZEICHNIS DER ALLGEMEINBILDENDEN, BERUFSBILDENDEN UND INGENIEURSCHULEN IN RHEINLAND-PFALZ 1970

(Gebietsstand 1. März 1971)

Umfang rund 50 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 6,—

Für jede

Grund- und Hauptschule (Volksschule)

Sonderschule

Realschule

Gymnasium

Berufsschule

Berufsfachschule

Berufsaufbauschule

Fachschule

Fachoberschule

Ingenieurschule

werden nachgewiesen

Anschrift der Schule

Zahl der Klassen (Klassenstufen)

Zahl der Schüler

Zahl der Lehrer

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| - = nichts vorhanden | ϕ = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) *20 91, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet.

Für den eiligen Leser

Wahlverhalten der Bevölkerung 1971 Seite 129

Von den Wahlberechtigten der erstmals am 21. März zu einer Landtagswahl zugelassenen Jahrgänge der 18- bis 20jährigen sowie der 21- bis 24jährigen blieb fast jeder dritte der Wahlurne fern. Dabei wiesen die Jungwählerinnen mit 64,1 bzw. 67,2% die schwächste Wahlbeteiligung überhaupt auf. Über 80% Wahlbeteiligung ergab sich für alle Altersgruppen zwischen 34 und 70 Jahren.

Die CDU, die ihr Wahlergebnis auf fast genau 50% verbessern konnte, erreichte eine bemerkenswerte Zunahme vor allem bei den männlichen Wählern, während die SPD mehr Prozentpunkte bei den weiblichen Wählern gutmachen konnte. Ein knapp besseres Ergebnis als die CDU konnte die SPD lediglich bei den männlichen 18- bis 24jährigen Jungwählern erzielen.

Hochschulstudenten 1970/71 Seite 131

Im Wintersemester 1970/71 waren an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes insgesamt 16 373 ordentliche Studierende immatrikuliert, die Masse davon (11 460) an der Mainzer Universität. An der im Juli 1970 eröffneten neuen Universität Trier-Kaiserslautern hatten sich insgesamt 502 Studierende eingeschrieben, an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule 4 212. Während in Mainz und in Trier-Kaiserslautern knapp ein Drittel der Immatrikulierten Studentinnen waren, machte deren Anteil an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule zwei Drittel aus. Bemerkenswert ist die weitere prozentuale Zunahme der jüngeren Jahrgänge sowie der Studenten aus Arbeiterfamilien.

Landwirtschaftszählung 1971 Seite 133

Nach dem Landwirtschaftszählungsgesetz vom 23. Dezember 1971 ist in der Bundesrepublik Deutschland eine Zählung in der Land- und Forstwirtschaft durchzuführen. Von ihren verschiedenen Teilerhebungen und Zusatzbefragungen sind die wichtigsten die Haupterhebung, die Gartenbauerhebung und insbesondere für Rheinland-Pfalz die Weinbauerhebung. Die Haupterhebung untergliedert sich in eine Grunderhebung, eine Vollerhebung und je eine Repräsentativerhebung in den Betrieben der Landwirtschaft und in den Betrieben der Forstwirtschaft. Das gesamte Zählungswerk erstreckt sich über einen Zeitraum von nahezu zwei Jahren von Mitte Mai 1971 (Grunderhebung) bis Ende Februar 1973 (Weinbauerhebung). Die Schwerpunkte der Zählung liegen in den Wintermonaten 1971/72 und 1972/73.

Milch, Fleisch, Eier 1970 Seite 137

Die Milchproduktion blieb weiter rückläufig. Mit 995 500 t unterschritt sie das Vorjahresaufkommen um 33 800 (— 3,3%). Ursache des Rückganges ist die neuerliche Reduzierung des Kuhbestandes um 20 000 Tiere, die damit ein ungewöhnliches Ausmaß erreichte. Die Durchschnittsmilchleistung hat sich dagegen um weitere 24 kg je Kuh verbessert und stieg auf 3 528 kg. Bei vermehrten Rinder- und verminderten Schweineschlachtungen nahm der Schlachthanfall zu und belief sich auf 167 930 t. Ebenso stieg die Eierproduktion. Obwohl der Legehennenbestand um 7,3% eingeschränkt wurde, übertraf sie mit 984 Mill. Eiern infolge der neuerlichen Verbesserung der durchschnittlichen Legeleistung (207 gegenüber 204 Eier je Henne) das Vorjahresergebnis um 15 Mill. Stück.

Außenhandel 1970

Seite 140

Die rheinland-pfälzische Ausfuhr erhöhte sich 1970 nur um 8,7% auf 6,8 Mrd. DM. Die Einfuhr belief sich auf 4,7 Mrd. DM. Die Verringerung des Exportwachstums betraf nicht die Güter der Ernährungswirtschaft (+ 17,0%), sondern lediglich die der gewerblichen Wirtschaft, die aber zu 97% an der Gesamtausfuhr partizipierten. Überdurchschnittlich entwickelte sich der Export in die Entwicklungsländer (+ 9,6%), während die Zuwachsrate der Ausfuhr in den Ostblock (— 14,2%) stark negativ war.

Die Güter der Ernährungswirtschaft hatten an der Einfuhr mit knapp 16% einen wesentlich höheren Anteil als an der Ausfuhr. Dasselbe gilt für den Import aus den industrialisierten westlichen Ländern (82,9%), während die Entwicklungsländer mit 14,2% und der Ostblock mit 2,9% an der Einfuhr in geringerem Maße partizipierten als am Export.

Kriegsopferfürsorge 1970

Seite 144

Die Ausgaben der Kriegsopferfürsorge haben sich 1970 um 16% auf fast 27 Mill. DM erhöht. Ein Viertel der Ausgaben entfiel auf die Sonderfürsorgeberechtigten. 12% der Leistungen wurden als Darlehen und 88% als Beihilfen gewährt. Die Zahl der Empfänger laufender Leistungen ist ebenfalls gestiegen. Auch die einmaligen Leistungen haben um rund 1 000 Fälle zugenommen. Überwiegend waren die Empfänger laufender Leistungen Erziehungsbeihilfeberechtigte. Auf eine Erziehungsbeihilfe entfielen im Durchschnitt 2 147 DM.

Sozialwohnungen 1970

Seite 146

1970 wurden 4 079 Sozialwohnungen bewilligt, 6% weniger als im Vorjahr. Jeweils knapp 49% der Wohnungen befanden sich in Mehrfamilien- bzw. Ein- und Zweifamilienhäusern, der Rest entfiel auf Kleinsiedlerstellen und sonstige Gebäude. Die Finanzierungsmittel erhöhten sich gegenüber 1969 um 15% auf 403 Mill. DM. Sie verteilten sich zu 23% auf öffentliche Mittel, zu 33% auf Kapitalmarktmittel und zu 44% auf sonstige Mittel. Die Raumzahl je Wohnung lag bei 4,9, die Quadratmeterzahl bei 87,4. Im Durchschnitt betrugen die reinen Baukosten je Wohnung 57 900 DM (+ 18%) und je Quadratmeter 639 DM (+ 13%).

Wohnverhältnis, Größe und Belegung der Wohnungen 1968

Seite 150

52% aller bewohnten Wohnungen waren Eigentümerwohnungen, 48% zählten zu den Mietwohnungen. In Gemeinden unter 5 000 Einwohnern war das Verhältnis sogar zwei Drittel zu einem Drittel. Mehr als die Hälfte der Wohnungen gehörte zu den Drei- und Vierraumwohnungen. Großwohnungen mit fünf und mehr Räumen kamen auf einen Anteil von 40%, Kleinwohnungen mit einem Raum oder zwei Räumen erreichten nur 8%. Einpersonenhaushalte hatten zu über 60% drei und vier Räume und zu einem Viertel zwei Räume zur Verfügung, Zweipersonenhaushalte konnten zu 68% über Drei- und Vierraumwohnungen und zu einem Viertel sogar über Wohnungen mit fünf und mehr Räumen verfügen. Haushalte mit sechs Personen mußten allerdings zu 45% mit fünf und weniger Räumen auskommen, und Haushalte mit sieben und mehr Personen bewohnten in einem Fünftel der Fälle nur vier und weniger Räume.

Kurz und aktuell letzte Seite

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

24. Jahrgang

Heft 6

Juni 1971

Wahlverhalten der Bevölkerung am 21. März 1971

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

Die Ergebnisse über das Wahlverhalten der Bevölkerung bei der Wahl zum siebten rheinland-pfälzischen Landtag am 21. März 1971 resultieren aus einer repräsentativen Untersuchung, die auf Grund des § 46 a des Landeswahlgesetzes in 84 Stimmbezirken über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen (Auswahlsatz: 2% der Wahlberechtigten) sowie in 166 Stimmbezirken über das Wahlverhalten der Männer und Frauen nach fünf Altersgruppen vorgenommen worden ist (Auswahlsatz 5% der Wähler). Nicht in die Auswahl aufgenommen sind lediglich die Briefwähler. Das Stichprobenergebnis, dem im Gegensatz zu sonstigen repräsentativ ermittelten Resultaten ein Totalergebnis in Form des endgültigen Wahlergebnisses¹⁾ gegenübergestellt werden kann, zeigt eine sehr gute Übereinstimmung mit dem amtlichen Wahlergebnis ohne Briefwahl, so daß die Aussagen über Wahlbeteiligung und Wahlentscheid der verschiedenen Gruppen als weitgehend gesichert gelten müssen. In den aktuellen Statistischen Berichten (B III 2 R - 1971) und Pressemitteilungen (52/71) des Statistischen Landesamtes sind die repräsentativen Wahlergebnisse der Öffentlichkeit bereits am 11. Mai 1971 vorgelegt worden.

Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen

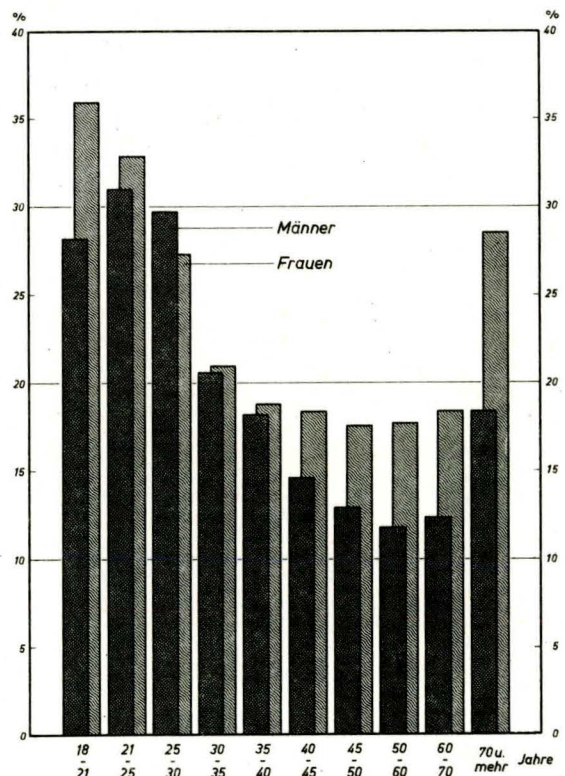
Wie bei allen bisherigen Untersuchungen dieser Art festgestellt, gingen auch am 21. März 1971 relativ mehr Männer als Frauen zur Wahlurne. Bei einer allgemeinen Wahlbeteiligung von 79,4% ergibt sich für die männlichen Wahlberechtigten eine solche von 81,3, für die weiblichen von 77,7%. Alle drei Werte liegen um rund einen Prozentpunkt über den entsprechenden Quoten der Landtagswahl 1967 und um 8 (Männer) bzw. 9 Punkte (Frauen) unter denen der Bundestagswahl 1969.

Die erstmals in Rheinland-Pfalz zu einer Landtagswahl zugelassenen Jahrgänge der 18- bis 20jährigen zeigten zwar nur relativ geringes Interesse an ihrer politischen Mündigkeit, denn fast jeder dritte von den rund 160 000 Wahlberechtigten dieser drei Jahrgänge blieb der Wahlurne fern, immerhin aber rangieren die rheinland-pfälzischen Jungstwähler mit einer Wahlbeteiligung von 68% vor den gleichaltrigen Wählern in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hamburg (62 bis knapp 63%). Lediglich in Hessen engagierten sich diese Jahrgänge bei den letzten Landtagswahlen mit rund 73% stärker als in Rheinland-Pfalz. Wie früher schon verzichteten auch von den 21- bis 24jährigen,

die erstmals über die Zusammensetzung eines rheinland-pfälzischen Landesparlaments mitbestimmen konnten, über 30% auf ihr Wahlrecht. Es bestätigte sich damit erneut, daß das Interesse an einer Wahl mit zunehmendem Alter wächst und erst bei den über 60jährigen wieder nachläßt. Die schwächste Wahlbeteiligung überhaupt wiesen die Jüngst- und Jungwählerinnen mit 64 bzw. 67% auf. Am höchsten war die Wahlbeteiligung in der Gruppe der 50- bis 59jährigen mit 85%. Von 100 Männern dieser Altersgruppe wählten sogar 88. Zu über 80% wählten im übrigen alle Altersgruppen zwischen 35 und 69 Jahren, und zwar Männer wie Frauen.

Nichtwähler nach Geschlecht und Altersgruppen 1971

Nichtwähler in % der Wahlberechtigten



¹⁾ Vgl. F. Kuch: Die Landtagswahl am 21. März 1971. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 24, Heft 4, April 1971.

Wahlentscheid der Männer und Frauen nach Altersgruppen

Das repräsentative Wahlergebnis weicht mit einer Gesamtstimmverteilung von 49,7% der Stimmen für CDU, 40,8 für SPD, 5,8 für FDP, 2,8 für NPD und 0,9 für DKP nur unwesentlich vom tatsächlichen Landesergebnis (CDU 50,0, SPD 40,5, FDP 5,9, NPD 2,7, DKP 0,9%) ab. Die Differenzen sind hierbei vorwiegend dadurch bedingt, daß das Briefwahlergebnis nicht in das Repräsentativergebnis einbezogen werden konnte.

Wie bereits die Landtagswahl 1967 und die Bundestagswahl 1969 gezeigt haben, beruht die dominierende Position der CDU in Rheinland-Pfalz auf den Stimmen der Frauen. Im Gegensatz zu 1967 und 1969 jedoch, als die CDU ihre relative Stimmenmehrheit allein den Stimmen der Frauen verdankte, da mehr Männer für SPD als für die CDU votiert hatten, brachten 1971 fast ausschließlich die Stimmengewinne unter den männlichen Wählern die CDU an die Grenze der absoluten Mehrheit. Wenn 1971 sich 54% aller Frauen für die CDU entschieden, so bedeutet das lediglich einen Prozentpunkt mehr als 1967 und 1969. Mit der Entscheidung von 45% aller männlichen Wähler für die CDU gewann diese jedoch 6,3 Prozentpunkte im Vergleich zu 1967, 4,1 Punkte im Vergleich zu 1969. Für die SPD mit 40,8% aller Stimmen entschieden sich 43,3% der männlichen und 38,6% der weiblichen Wähler. Zwar konnte die SPD gegenüber 1967 ihren Anteil an männlichen Wählern um 2,1 Punkte erhöhen, dies reichte jedoch nicht aus, um die Mehrheit der männlichen Wähler zu erhalten. Gute Gewinne konnte die SPD bei den Frauen verbuchen: der Anteil der SPD-Wählerinnen nahm von 34,2% im Jahre 1967 auf 38,6%, das heißt um 4,4 Punkte zu. Der FDP halfen Männer (6,2%) wie Frauen (5,4%) über die Fünf-Prozent-Hürde, während die Frauen NPD und DKP eine noch klarere Absage erteilten (1,8 bzw. 0,5%) als die Männer (3,9 bzw. 1,3%).

Stimmabgabe der Wähler nach dem Geschlecht 1967 - 1971

Geschlecht	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf					Un- gültige Stimmen
	CDU	SPD	FDP	NPD	DKP ¹⁾	
Landtagswahl 1967						
Männer	39,0	41,2	8,2	9,7	1,8	1,6
Frauen	52,6	34,2	7,7	4,3	1,2	1,4
Insgesamt	46,3	37,4	8,0	6,9	1,5	1,5
Bundestagswahl 1969						
Männer	41,2	43,9	6,5	7,5	0,9	1,8
Frauen	52,6	37,7	5,6	3,4	0,7	2,3
Insgesamt	47,3	40,6	6,0	5,3	0,8	2,0
Landtagswahl 1971						
Männer	45,3	43,3	6,2	3,9	1,3	1,4
Frauen	53,6	38,6	5,4	1,8	0,5	1,2
Insgesamt	49,7	40,8	5,8	2,8	0,9	1,3

1) 1967: DFU; 1969: ADF.

Stimmabgabe der Wähler nach Altersgruppen 1971

Altersgruppe	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf					Un- gültige Stimmen
	CDU	SPD	FDP	NPD	DKP	
Insgesamt						
18 - 25 Jahre	47,2	44,2	4,9	2,4	1,2	0,9
25 - 35 "	49,5	42,8	5,1	2,0	0,6	0,9
35 - 45 "	48,1	42,1	5,9	3,0	0,9	1,3
45 - 60 "	49,7	39,5	6,3	3,6	0,9	1,6
60 und mehr "	52,0	38,4	6,1	2,6	0,9	1,4
Insgesamt	49,7	40,8	5,8	2,8	0,9	1,3
Männer						
18 - 25 Jahre	44,7	45,7	4,8	3,1	1,7	0,9
25 - 35 "	46,0	45,1	5,3	2,7	0,8	1,0
35 - 45 "	44,6	44,1	6,3	3,8	1,3	1,4
45 - 60 "	44,7	42,1	6,6	5,3	1,3	1,7
60 und mehr "	46,4	41,1	7,1	3,9	1,5	1,6
Zusammen	45,3	43,3	6,2	3,9	1,3	1,4
Frauen						
18 - 25 Jahre	50,0	42,6	5,1	1,7	0,7	0,9
25 - 35 "	53,1	40,3	4,9	1,3	0,4	0,9
35 - 45 "	51,8	40,0	5,4	2,3	0,6	1,2
45 - 60 "	53,5	37,5	6,1	2,3	0,6	1,5
60 und mehr "	56,4	36,3	5,3	1,5	0,5	1,3
Zusammen	53,6	38,6	5,4	1,8	0,5	1,2

Ihren höchsten Stimmenanteil erzielte die CDU bei den über 60jährigen (52%), die SPD bei den 18- bis 24jährigen (44%), von denen indessen immer noch 47% für die CDU stimmten. Lediglich bei den männlichen 18- bis 24jährigen Jungwählern konnte die SPD ein knapp besseres Ergebnis (45,7%) als die CDU (44,7%) erzielen. In der allgemeinen Tendenz läßt sich zwar ein wachsender Stimmenanteil der CDU mit steigendem Alter erkennen, während derjenige der SPD zurückgeht, im einzelnen aber gilt das für die untersuchten fünf Altersgruppen nur mit Einschränkungen. So stimmten relativ mehr 25- bis 34jährige Wähler für die CDU als in der nächsten Gruppe der 35- bis 44jährigen. Das trifft — mit graduellen Unterschieden — für Männer wie Frauen zu.

Die FDP, als dritte Partei im neuen Landtag vertreten, konnte bei den Männern durchweg höhere Stimmenanteile notieren, als bei den Frauen. Ihre relativ meisten Stimmen erhielt sie von den über 60jährigen männlichen Wählern (7,1%), während die Frauen dieser Altersgruppe sich nur zu 5,3% für die FDP entschieden. Die NPD, für den siebten rheinland-pfälzischen Landtag mit 2,7% an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, erhielt die relativ meisten Stimmen von den 45- bis 59jährigen Männern (5,3%). In allen anderen Altersgruppen blieb sie beträchtlich unter dieser Quote. Von den Frauen stimmten etwa 2% für diese Partei. Für die DKP, mit 0,9% aussichtslos abgeschlagen, entschieden sich noch nicht 2% der Männer und etwa 0,5% der Frauen. Beide Parteien verdanken damit ihre Stimmen vornehmlich einem kleinen Kreis männlicher Wähler.

Diplom-Volkswirt F. Kuch

Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen im Wintersemester 1970/71

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf einer Auswertung der wichtigsten Zahlen aus dem Individual-Erhebungsbogen der Studierenden des Wintersemesters 1970/71 und knüpfen an die im letzten Bericht über Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen erläuterten Ergebnisse vorangegangener Wintersemester an.¹⁾ Seitdem ist innerhalb der tertiären Stufe des rheinland-pfälzischen Bildungssystems eine erhebliche Erweiterung der Studienmöglichkeiten geschaffen worden. Nach dem neuen Hochschulgesetz vom 22. 12. 1970 sind die wissenschaftlichen Hochschulen von Rheinland-Pfalz kooperierende Teile eines Gesamthochschulsystems, dem die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, die im Juli 1970 gegründete Universität Trier-Kaiserslautern, die Theologische Fakultät in Trier — Kirchliche Hochschule des Bistums Trier — und die Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz mit den Abteilungen Koblenz, Landau, Worms und dem Institut für Sonderpädagogik angehören.

An den genannten wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz waren im Wintersemester 1970/71 insgesamt 16 373 ordentliche Studierende immatrikuliert, darunter 4 212, die an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule studierten. 11 460 ordentliche und 708 beurlaubte Studierende wurden an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz gezählt, 502 Studierende an der Universität Trier-Kaiserslautern und 199 an der Theologischen Fakultät Trier. Während nur annähernd ein Drittel der Studierenden von Mainz und Trier-Kaiserslautern Frauen waren, belief sich deren Anteil unter den Studierenden der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule auf zwei Drittel.

1. Johannes Gutenberg-Universität

Die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz — bis zum Jahre 1970 noch einzige universitäre Einrichtung des Landes — stand in der Rangfolge der 22 Universitäten des Bundesgebietes und Westberlins im Sommersemester 1970 mit 10 255 Studierenden an elfter Stelle vor Göttingen mit 10 231. Gegenüber dem Wintersemester 1966/67 stieg die Anzahl der Studierenden um 2 975 oder 35% auf 11 460 im Berichtsemester; gegenüber dem vorangegangenen Wintersemester 1969/70 betrug die Zunahme 605 bzw. 5,6%, während die Hörerzahlen im Wintersemester 1969/70 um 8% innerhalb eines Jahres gestiegen waren. Infolge der beschränkten Aufnahmekapazitäten und der Einführung des „numerus clausus“ zeigte die Entwicklung der Hörerzahlen keine auffallenden Veränderungen, wie sie unter normalen Zulassungsbedingungen vermutlich eingetreten wären.

Die seit Jahren zu beobachtende Zunahme der Studentenzahlen beruht weniger auf dem Faktum stärkerer Geburtsjahrgänge als auf einer überproportionalen Steigerung der Abiturientenzahlen. Deren relative Zunahme wird durch die Abiturien-

tenquote zum Ausdruck gebracht, die den Anteil der Abiturienten mit bestandener Reifeprüfung an der alterstypischen Bevölkerung mißt. In Rheinland-Pfalz ist diese Zahl seit 1966 von 7,7 auf 9,6% im Jahre 1968 und auf 10,2% im Jahre 1969 angestiegen. 1970 erreichte sie den bisher höchsten Stand von 10,5 (Bundesgebiet: 9,2).

Mehr als die Hälfte der Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit stammt aus Rheinland-Pfalz, jeder vierte kommt aus Hessen, während die übrigen Bundesländer mit zunehmender Entfernung geringere Anteile aufweisen. Wesentliche Veränderungen gegenüber den vorangegangenen Jahren haben sich hinsichtlich der Herkunftsländer nicht ergeben. Unter den 11 460 Studierenden waren 851 Ausländer registriert.

Auch die altersmäßige Aufgliederung der Studierenden hat sich im Vergleich zu den vorangegangenen Semestern nur geringfügig verändert. Am stärksten sind wieder die jüngeren Jahrgänge der noch nicht 24jährigen vertreten, die 1965/66 die damals dominierende Gruppe der 24- bis 28jährigen ablösten. Im Berichtsemester gaben 11% an, jünger als 20 Jahre zu sein, rund 60% 20 bis 24, knapp 22% 25 bis 29 Jahre; 7% hatten das 30. Lebensjahr vollendet oder überschritten. Etwa 1 400 Studierende waren verheiratet. Der Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Studierenden ist vom Wintersemester 1968/69 zum Berichtsemester von 31 auf 32% gestiegen.

Im Hinblick auf die soziale Herkunft der Studierenden sind Veränderungen festzustellen, die sich namentlich auf den bisher am schwächsten repräsentierten Anteil der Arbeiterkinder beziehen. 1966 war erst jeder 20. Studierende ein Arbeiterkind (5,2%), im Wintersemester 1968/69 war es jeder 16. (6,1%), während im Berichtsemester schon jeder zwölfte (7,7%) angab, aus einer Arbeiterfamilie zu stammen. Die größte Gruppe bildeten die Kinder von Angestellten und Beamten mit einem Anteil von annähernd zwei Drittel. Knapp 30% der Studierenden kamen aus dem Haushalt von Selbständigen.

Von den einzelnen Fakultäten hatten im Wintersemester 1970/71 Philosophie und Naturwissenschaft mit 3 127 bzw. 2 693 die meisten Studierenden zu verzeichnen, das ist zusammen rund die Hälfte aller Studenten. Es folgen mit 2 240 Studierenden die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie die Medizin mit 2 050. Wie auch in den Jahren zuvor, liegt der Anteil der beiden theologischen Fakultäten bei etwa 2% der Studenten, während am Ausland- und Dolmetscherinstitut etwa 8% aller Studierenden erfaßt worden sind.

Die größten Veränderungen sind innerhalb der letzten vier Jahre bei der Philosophischen und der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät festzustellen. Wie aus der Übersicht hervorgeht, haben sich die Hörerzahlen dieser beiden Fach-

¹⁾ R. Zirwes: Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen im Wintersemester 1968/69. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 22, Heft 10, Oktober 1969.

Hochschule Fakultät	1966/67		1969/70		1970/71		Veränderungen 1970/71			
	ins- gesamt	weib- lich	ins- gesamt	weib- lich	ins- gesamt	weib- lich	zu 1966/67		zu 1969/70	
	Anzahl						%		Anzahl	%
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	8 485	2 471	10 855	3 376	11 460	3 690	2 975	35,1	605	5,6
Katholische Theologie	188	13	209	17	208	17	20	10,6	- 1	- 0,5
Evangelische Theologie	207	31	180	20	191	21	- 16	- 7,7	11	6,1
Medizin	1 926	393	1 765	305	2 050	400	124	6,4	285	16,1
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	1 386	157	2 081	271	2 240	313	854	61,6	159	7,6
Philosophie	2 087	944	2 936	1 453	3 127	1 558	1 040	49,8	191	6,5
Naturwissenschaften	1 975	401	2 836	674	2 693	652	718	36,4	- 143	- 5,0
Auslands- und Dolmetscherinstitut	716	532	848	636	950	729	234	32,7	102	12,0
Universität Trier-Kaiserslautern ¹⁾	-	-	-	-
Geisteswissenschaftliche Fakultät Trier	-	-	-	-
Naturwissenschaftlich-technische Fakultät Kaiserslautern	-	-	-	-
Theologische Fakultät Trier	217	1	158	1	199	3	- 18	- 8,3	41	25,9
Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz ²⁾	3 355	2 036	3 791	2 304	4 212	2 623	857	25,5	421	11,1
Abteilung Koblenz	-	-	1 425	865	1 516	924	.	.	91	6,4
Abteilung Landau	-	-	1 085	556	1 214	665	.	.	129	11,9
Abteilung Worms	-	-	1 281	883	1 482	1 034	.	.	201	15,7
Insgesamt	12 057	4 507	14 804	5 681	16 373	6 474

1) Im Juli 1970 gegründet. - 2) Frühere Pädagogische Hochschule, seit 1969 drei Abteilungen.

bereiche seit dem Wintersemester 1966/67 absolut und prozentual am augenfälligsten entwickelt. Es wurde bereits erwähnt, daß die Zahl der Studierenden an der Johannes Gutenberg-Universität innerhalb von vier Jahren insgesamt um fast 3 000 gestiegen ist. Gut ein Drittel davon (+ 1 040) entfällt auf den Philosophischen Fachbereich, nahezu 30% (+ 854) kommen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zugute. Die Naturwissenschaftliche Fakultät verzeichnet nach einer erheblichen Zunahme bis zum Wintersemester 1969/70 (+ 861) neuerdings einen Rückgang ihrer Hörerzahlen um 143 oder 5%. Umgekehrt verlief die Entwicklung in der Medizinischen Fakultät. Der „numerus clausus“ bedingte zwischen 1966 und 1969 zunächst einen Rückgang der Studentenzahl. Erst im Berichtsemester konnte trotz der Zulassungsschwierigkeiten wieder eine Zunahme um 285 Studierende festgestellt werden, die zum Teil auf Übergängen vom naturwissenschaftlichen zum medizinischen Studium beruhte.

Im allgemeinen haben sich die Anteile der Studentinnen innerhalb der Studienfachbereiche während der letzten vier Jahre wenig verändert. Das stärkste Interesse weiblicher Studierender fanden im Berichtsemester, wie schon in den vergangenen Jahren, die Geistes- und Sprachwissenschaften sowie die Naturwissenschaften. Am Auslands- und Dolmetscherinstitut waren drei Viertel der Studierenden weiblich, an der philosophischen Fakultät war es die Hälfte (1966/67: 45%), an der naturwissenschaftlichen ein Viertel und an der medizinischen Fakultät ein Fünftel aller Studierenden. Einen geringeren prozentualen Anteil weiblicher Studierender (14%) hatte die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät. 17 bzw. 21 weibliche Hörer gab es an den beiden theologischen Fakultäten.

Betrachtet man die Angaben der deutschen Studierenden zum Berufsziel, stehen die künftigen Gymnasiallehrer mit 20% an erster Stelle; 8% beabsichtigen Realschullehrer zu werden, knapp 2% wollen an berufsbildenden Schulen unterrichten. Von drei Studierenden mit dem Berufsziel des Gymnasiallehrers ist jeweils eine Studentin. Bei den Studierenden, die Realschullehrer werden wollen, ist das Zahlenverhältnis umgekehrt. 13% der Studierenden möchten Arzt, 5% Zahnarzt werden. Ein Berufsziel im Bereich der Naturwissenschaften einschließlich der Mathematik haben etwa 8% angegeben, 6% beabsichtigen Jurist zu werden. Volkswirt und Psychologe sind Berufsziele von jeweils 4% der Studierenden, 6% der Studierenden entschieden sich für den Beruf des Dolmetschers oder Übersetzers.

Etwa die Hälfte aller Studierenden waren in einem der ersten vier Fachsemester, 7% standen im 12. oder einem höheren Semester. Vor fünf Jahren war jeder Dritte in einem der ersten vier Fachsemester, 11% der Studierenden hatten dagegen das 12. oder ein höheres Fachsemester erreicht.

2. Zweite Landesuniversität Trier-Kaiserslautern

Da sich die Studentenzahl der Universität Mainz innerhalb des letzten Jahrzehnts verdoppelt hat und die Kapazitätsgrenze mit 17 000 Studenten erreicht sein wird, erfolgte die Gründung einer zweiten Landesuniversität im Juli 1970 mit der geisteswissenschaftlichen Fakultät in Trier und der naturwissenschaftlich-technischen Fakultät in Kaiserslautern. Da keine entsprechenden Vergleichszahlen für vorangegangene Semester vorliegen und die Anzahl der Studierenden im ersten Semester seit der Gründung noch relativ gering ist, seien nur die wichtigsten Zahlen genannt.

Das Studium in Trier haben 329 Studierende (221 Studienanfänger) aufgenommen, und zwar 173

deutsche Studenten und 135 Studentinnen sowie 10 Ausländer und 11 Ausländerinnen. 187 studieren Sprachwissenschaften, 126 Kulturwissenschaften (Philosophie, Psychologie, Pädagogik, Geschichte). Von den 173 in Kaiserslautern Studierenden (Studienanfänger 104) waren 171 Deutsche und 2 Ausländer. Die Zahl der Studentinnen war mit 12 noch sehr gering. In Kaiserslautern waren 97 Studierende für Mathematik und Physik eingeschrieben, die Fachrichtung Gewerbelehramt war mit 76 Studierenden vertreten.

3. Theologische Fakultät Trier

Die Theologische Hochschule in Trier ist eine selbständige wissenschaftliche Hochschule mit dem Recht zur Verleihung akademischer Grade. Die Anzahl der ordentlichen Studierenden liegt mit 199 geringfügig unter der Hörerzahl der katholisch-theologischen Fakultät in Mainz (208). Erstmals werden drei weibliche Studierende an der akademischen Ausbildungsstätte katholischer Geistlicher nachgewiesen; bisher gab es hier praktisch nur männliche Studierende (je eine weibliche Studierende im Wintersemester 1966/67 und 1969/70). Insgesamt betrachtet nahm die Hörerzahl innerhalb der drei Jahre von 1966 bis 1969 um 30 Prozent ab, während sie sich jetzt wieder dem Stand vom Wintersemester 1966/67 (217) näherte. Beurlaubt waren im Berichtsemester insgesamt 46 Studierende, das sind etwa 20 Prozent. Im Wintersemester 1969/70 betrug die Zahl der Beurlaubten 57 oder mehr als ein Drittel. Dieser verhältnismäßig hohe Anteil ist bedingt durch praktische Ausbildungen während des Studiums. Die Zahl der Ausländer hat sich mit 26 im Berichtsemester gegenüber früheren Jahren nur geringfügig verändert.

Studierende an der Johannes Gutenberg-Universität
nach Fakultäten in den Wintersemestern 1966/67 - 1970/71

Fakultät	1966/67	1969/70	1970/71
	%		
Katholische Theologie	2, 2	1, 9	1, 8
Evangelische Theologie	2, 4	1, 7	1, 7
Medizin	22, 7	16, 3	17, 9
Rechts- und Wirtschafts- wissenschaften	16, 3	19, 2	19, 5
Philosophie	24, 6	27, 0	27, 3
Naturwissenschaften	23, 3	26, 1	23, 5
Auslands- und Dolmetscherinstitut	8, 4	7, 8	8, 3

4. Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz

Seit dem 1. Oktober 1969 gibt es nur noch eine Erziehungswissenschaftliche Hochschule in Rheinland-Pfalz mit den drei Abteilungen Koblenz, Landau und Worms, nachdem die Auflösung der früheren Pädagogischen Hochschulen im Zuge der Entkonfessionalisierung durch Landesgesetz vom 21. August 1969 erfolgt war. Die Einbeziehung in den Bereich der wissenschaftlichen Hochschulen aufgrund des Hochschulgesetzes vom 22. Dezember 1970 ist bedingt durch die Neuorganisation der Ausbildung für Grund- und Hauptschullehrer, die ein intensiveres Fachstudium vorsieht.

Das Interesse an der Ausbildung zum Lehrer ist ständig gestiegen, wie aus den Studierendenzahlen der letzten Jahre ersichtlich ist. Vom Wintersemester 1966/67 (3 355) bis zum Wintersemester 1970/71 (4 212) nahm die Anzahl der Studierenden insgesamt um 857 oder 26% zu, von 1969 bis 1970 allein um 421 (+ 11%). Bevorzugtes Interesse findet das erziehungswissenschaftliche Studium von jeher bei Frauen, die 2 623 oder 62% der Studierenden des Wintersemesters 1970/71 stellen.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Landwirtschaftszählung 1971

Nach dem Landwirtschaftszählungsgesetz 1971 vom 23. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1852) wird in den Jahren 1971 bis 1973 eine Zählung in der Landwirtschaft einschließlich des Gartenbaues, des Weinbaues und der Binnenfischerei sowie in der Forstwirtschaft als Bundesstatistik durchgeführt. Im Gegensatz zu den laufenden Agrarstatistiken, die in erster Linie der Erfassung der pflanzlichen und tierischen Produktion dienen, befaßt sich die Landwirtschaftszählung (LZ) in Abständen von etwa zehn Jahren mit den betrieblichen Grundlagen der Produktion. Die letzten drei Landwirtschaftszählungen, früher als landwirtschaftliche Betriebszählungen (LBZ) bezeichnet, fanden in den Jahren 1939, 1949 und 1960 statt. Diese umfassende Erhebung in der Landwirtschaft steht nicht nur in der Bundesrepublik auf dem statistischen Programm. Der bundesdeutsche Gesetzgeber folgte mit der Verabschiedung des Landwirtschaftszählungsgesetzes vielmehr einer Richtlinie des Rates der EWG vom 28. Oktober 1969 (Nr. 69/400 EWG, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 288), der eine Empfehlung der Ernährungs- und Landwirt-

schaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) vorausging, um das Jahr 1970 einen Weltagrarsensus durchzuführen. In diesen Jahren wird aber nicht nur die Land- und Forstwirtschaft von einer großen Strukturerhebung betroffen, sondern ähnliche Erhebungen haben bereits in anderen Wirtschaftsbereichen stattgefunden. Zu nennen sind vor allem die Wohnungszählung, der Zensus im produzierenden Gewerbe, die Handwerkszählung sowie die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung des vergangenen Jahres.

Eine umfassende Erhebung in der Land- und Forstwirtschaft wird notwendig, damit insbesondere die für die Agrarwirtschaft zuständigen Stellen der Bundes- und Landesregierungen sowie die Landwirtschaftskammern, Berufsverbände und wissenschaftlichen Institute die Entwicklung der Agrarstruktur, die sich seit Jahren bei der Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse vollzieht, verfolgen und die Landwirtschaft in ihrem Umstellungsprozeß durch gezielte fachliche Maßnahmen unterstützen

können. Die Ergebnisse dienen zudem der allgemeinen Wirtschafts- und Regionalpolitik sowie für Maßnahmen zur Entwicklung und Förderung der ländlichen Räume. Darüber hinaus werden die umfangreichen Daten zur Erfüllung der Richtlinie des Rates der EWG und der Empfehlungen der FAO benötigt. Sie ermöglichen ferner eine Beurteilung darüber, inwieweit die in den letzten Jahren zur Förderung der Landwirtschaft aufgewendeten öffentlichen Mittel Erfolge gezeitigt haben. Die aus den laufenden Bodennutzungserhebungen und Viehzählungen gewonnenen Strukturdaten über die Größenverhältnisse der Betriebe und Viehhaltungen reichen für alle diese Zwecke und Maßnahmen bei weitem nicht aus.

1. Erhebungsprogramm, Organisation und zeitlicher Ablauf

Die Vielseitigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und deren unterschiedliche Ausrichtung bedingen, daß die Landwirtschaftszählung nicht in einem Zuge durchgeführt werden kann. Die Gesamtzählung untergliedert sich vielmehr in folgende Teilerhebungen:

- Haupterhebung
- Gartenbauerhebung
- Weinbauerhebung
- Binnenfischereierhebung
- Erhebung bei betrieblichen Zusammen-
schlüssen in der Land- und Forstwirtschaft
- Erhebung über Bestand und Einsatz
landwirtschaftlicher Maschinen gegen
Entlohnung.

Ferner sind verschiedene Zusatzbefragungen für betriebliche Sonderfälle vorgesehen.

Haupterhebung

Die Haupterhebung ist die mit Abstand größte unter den vorgenannten Erhebungen. Sie erfaßt in Rheinland-Pfalz annähernd 120 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Um nicht alle Betriebe auch mit solchen Erhebungsmerkmalen zu behelligen, für die keine regional tiefgegliederten Ergebnisse benötigt werden, und zur Einsparung von Kosten wurde die Haupterhebung zunächst in eine Vollerhebung in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft sowie je eine repräsentative Erhebung in den Betrieben der Landwirtschaft und in den Betrieben der Forstwirtschaft unterteilt.

Die Vollerhebung schließt alle Betriebe mit einer landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder fischwirtschaftlich genutzten Fläche von jeweils mindestens 1 ha ein sowie Betriebe mit einer geringeren landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) oder Betriebe ohne LF, deren natürliche Erzeugungseinheiten einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung im Wert von mindestens 4 000 DM entsprechen. Diese Voraussetzung gilt in der Praxis als erfüllt, wenn beispielsweise mindestens 30 Ar Rebland, 30 Ar Gemüse oder 10 Ar Blumen und Zierpflanzen im Freiland bewirtschaftet oder 3 Kühe, 5 Zuchtsauen oder 120 Legehennen gehalten werden. Die untere Erfassungsgrenze ist damit gegenüber den Landwirtschaftszählungen 1949 und 1960 (0,5 ha Gesamtfläche) merklich heraufgesetzt worden. Die Zahl der Betriebe, die 1971 Auskünfte zu

erteilen haben, liegt infolge dieser Anhebung und nicht zuletzt durch den starken Rückgang während der letzten zehn Jahre um reichlich ein Drittel niedriger als 1960.

Neben Merkmalen zur Kennzeichnung des Betriebes werden bei der Vollerhebung folgende Tatbestände erhoben: Besitzverhältnisse, Vertriebeneneigenschaft, Erwerbs- und Unterhaltsquellen, Buchführung, Betriebsfläche nach Hauptnutzungs-, Kultur- und Fruchtarten, Waldflächen nach Baumarten und Altersgruppen, Viehhaltung, Arbeitskräfte, Maschinen und technische Einrichtungen, überbetriebliche Zusammenarbeit sowie vertragliche Bindungen bei Erzeugung und Absatz.

Die repräsentative Erhebung in den Betrieben der Landwirtschaft richtet sich an etwa 20% der Auskunftspflichtigen. Sie erfaßt zusätzlich die Arbeitszeiten der nicht ständigen familienfremden Arbeitskräfte, die soziale Sicherung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen, außerbetriebliche Einkünfte, fachliche Vorbildung, Gebäudeinvestitionen, Einsatz von Vollerntemaschinen und Absatzverhältnisse.

Vollerhebung und repräsentative Erhebung in den Betrieben der Landwirtschaft finden in den Monaten Januar bis März 1972 statt. Damit wird erstmals bei einer solchen Zählung die Masse der zu erhebenden Tatbestände während der Wintermonate erfragt. Da jedoch ohnehin turnusgemäß eine totale Bodennutzungshaupterhebung erfolgen mußte, wurde zur Vermeidung von Doppelbefragungen und aus organisatorischen Gründen ein Teil der Merkmale, nämlich die Besitzverhältnisse, die Flächen des Betriebes und die Viehhaltung, bereits im Mai 1971 zusammen mit der Bodennutzungshaupterhebung erfaßt, die somit als „Grunderhebung“ der LZ gilt. Daten über die Viehhaltung werden unbedingt im Zusammenhang mit den Flächen als Grundlage für die Stichprobenziehung zur repräsentativen Erhebung im Winter benötigt. Dabei ließ sich nicht vermeiden, daß kurz nach der Grunderhebung, nämlich bei der Viehzwischenzählung am 3. Juni, in etwa 10% der Gemeinden Rinder, Schweine und Schafe erneut erhoben werden mußten. Infolge unterschiedlicher Definitionen, die von der EWG vorgeschrieben worden sind, und eines abweichenden Erhebungsprinzips ließ sich aus den Angaben zur Grunderhebung kein ausreichend genaues Ergebnis für die Viehzwischenzählung erstellen. In den Monaten Januar bis März 1972 erhalten die landwirtschaftlichen Betriebe, die in die Stichprobe für die repräsentative Erhebung fallen, einen Bogen, der das Fragenprogramm sowohl der Vollerhebung als auch der repräsentativen Erhebung enthält. Bei der Aufbereitung werden die Angaben aus Grund-, Voll- und Repräsentativerhebung mit Hilfe einer einheitlichen Betriebsnummer, die in Rheinland-Pfalz seit 1965 zur Vereinfachung verschiedener Erhebungen Anwendung findet, maschinell zusammengeführt.

Die repräsentative Erhebung in der Forstwirtschaft findet in den Monaten April bis Juni 1972 statt und erfaßt 20% der Betriebe mit mindestens 1 ha forstwirtschaftlich genutzter Fläche. Dabei werden die Arbeitskräfte, Maschinen und Geräte,

Zeitlicher Ablauf und Erhebungsbereiche der Landwirtschaftszählung 1971

Bezeichnung der Erhebung	Kurz- bezeichnung des Erhebungs- bogens	Er- hebungs- zeitraum	Zahl der Betriebe (geschätzt)	Erhebungsbereich
A. Haupterhebung:				
Grunderhebung	A	Mai 1971	120 000	Betriebe mit 1 ha und mehr land-, forst- oder fischwirtschaftlich genutzter Fläche sowie landwirtschaftliche Betriebe unter 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche mit Mindestmarktproduktion von 4 000 DM jährlich
Vollerhebung	V	Januar bis März 1972	120 000	wie Grunderhebung
Zusatzbefragung über als Ganzes gepachtete Betriebe	Z 1		3 000	wie Grunderhebung, sofern ein Betrieb als Ganzes gepachtet wurde
Zusatzbefragung über vertragliche Bindungen	Z 2		5 000	wie Grunderhebung, sofern der Betrieb einzelvertragliche Bindungen eingegangen ist
Repräsentative Erhebung in der Landwirtschaft	R		20 000	Betriebe mit 1 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche sowie Betriebe unter 1 ha mit Mindestmarktproduktion von 4 000 DM jährlich
Repräsentative Erhebung in der Forstwirtschaft	F	April bis Juni 1972	7 000	Betriebe mit 1 ha und mehr forstwirtschaftlich genutzter Fläche (Waldfläche)
B. Sondererhebungen:				
Erhebung über Gemeinschaftsbetriebe	S 1	Januar bis April 1972	zur Zeit nicht bekannt	
Erhebung über Gemeinschaften landw. Betriebe	S 2			
Erhebung über landw. Erzeuger- gemeinschaften	S 3			
Erhebung über forstliche Zusammenschlüsse	S 4	April bis Juni 1972		
Erhebung über landw. Lohnmaschinen gewerblicher Unternehmen	S 5	Jan. 1972	1 000	Unternehmen, die gewerbsmäßig landwirtschaftliche Maschinen einsetzen
C. Nacherhebungen:				
Binnenfischerei-erhebung	BF	Juni 1972	200	alle Betriebe, die Fluß- oder Seenfischerei, Teichwirtschaft oder Fischzucht zu Erwerbszwecken betreiben
Gartenbauerhebung	G	Dez. 1972 bis Jan. 1973	20 000	Betriebe, die Gartenbauerzeugnisse für den Markt produzieren mit einer gärtnerischen Nutzfläche von 10 Ar und mehr sowie unter 10 Ar gärtnerischer Nutzfläche mit Unterglasanlagen
Zusatzbefragung im Intensivobstbau	O		8 000	Betriebe mit Intensivobstbau
Weinbauerhebung	W 1	Dez. 1972 bis Febr. 1973	60 000	alle Weinbaubetriebe mit einer bestockten oder zur Wiederbestockung vorgesehenen Rebfläche von 10 Ar und mehr sowie alle Weinbaubetriebe, die Weinbauerzeugnisse, Trauben, Maische, Most, Wein oder Erzeugnisse daraus zum Verkauf herstellen
Zusatzbefragung für Winzergenossenschaften, Erzeugergemeinschaften und Verbundbetriebe mit Kellereien	W 2		300	Winzergenossenschaften, Erzeugergemeinschaften und Verbundbetriebe mit Kellereien

Holzeinschlag und -absatz sowie die Nutzungsbeschränkungen bei den Waldflächen erfragt. Von einer totalen Durchführung und der Erhebung weiterer Tatbestände hat der Gesetzgeber abgesehen, weil verschiedene Ergebnisse aus der letzten umfassenden Erhebung dieser Art aus dem Jahre 1961 auch heute noch Gültigkeit haben und ferner einige für die Forstpolitik wichtige Daten aus der Vollerhebung anfallen. Die Zahl der Betriebe, die in Rheinland-Pfalz in diese Erhebung einbezogen werden, wird sich auf etwa 7 000 belaufen.

Gartenbauerhebung

Die Erhebung im Gartenbau wird in den Monaten Dezember 1972 und Januar 1973 durchgeführt. Sie erstreckt sich auf alle Betriebe, die auf einer Freilandfläche von mindestens 10 Ar oder unter Glas bzw. Kunststoff Gartenbauerzeugnisse zum Verkauf anbauen. Gegenstand dieser Erhebung sind insbesondere die Betriebsflächen nach Nutzungsarten, Intensivobstanlagen, gärtnerische Vorbildung des Betriebsleiters, Arbeitskräfte, Absatzwege, vertragliche Bindungen bei der Erzeugung und beim Absatz sowie Maschinen, technische und bauliche Einrichtungen. Bei Gemüse, Baumschulen und Zierpflanzen werden jedoch nicht alle einzelnen Arten erhoben, sondern jeweils nur einige zusammengefaßte Nutzungsarten, die für die Kennzeichnung der Betriebsstrukturen von Bedeutung sind. Hinsichtlich der Intensivobstanlagen erfolgt dagegen im Rahmen einer Zusatzbefragung eine differenzierte Nachweisung nach Sorten, Pflanzdichte und Altersklassen, weil die von der EWG angeordnete Erfassung der Produktionsgrundlagen des Erwerbsobstbaues in der Bundesrepublik Deutschland aus Gründen der Zweckmäßigkeit mit der Gartenbauerhebung verbunden wird. Annähernd 20 000 Betriebe dürften in Rheinland-Pfalz von der Gartenbauerhebung betroffen sein.

Weinbauerhebung

Entsprechend der starken Verbreitung des Weinbaues in unserem Land steht diese Erhebung, von der Zahl der rund 60 000 Auskunftspflichtigen her betrachtet, an zweiter Stelle. Zeitlich verläuft sie parallel zur Gartenbauerhebung, jedoch hat das Gesetz eine Verlängerung des Erhebungszeitraumes bis Ende Februar 1973 eingeräumt. Sie erfaßt einmal alle Betriebe mit mindestens 10 Ar Rebland sowie solche mit geringerer Fläche, wenn sie Weinbauerzeugnisse für den Verkauf herstellen, und zum anderen Winzergenossenschaften, Erzeugergemeinschaften und Verbundbetriebe mit Kellereien. Das Erhebungsprogramm für die Winzer deckt sich, hier bezogen auf den Weinbau, im wesentlichen mit dem der Gartenbauerhebung. Auf eine detaillierte Nachweisung der Anbaufläche wird ebenfalls verzichtet, weil hierüber umfangreiche Informationen aus dem Weinbaukataster vorliegen. Fragen nach der Verwertung des Erntegutes, die für die Beurteilung der Struktur von Weinbaubetrieben unumgänglich sind, erweitern allerdings das Programm. Bei den Winzergenossenschaften, Erzeugergemeinschaften und Verbundbetrieben werden neben Merkmalen zur Kennzeichnung des Betriebes die angelieferten Weinmostmengen, die

Absatzwege für Wein und die Einrichtungen der Kellerwirtschaft erfragt.

Sonstige Erhebungen

Die weiteren im Rahmen der Landwirtschaftszählung durchzuführenden Einzelerhebungen werden im Vergleich zu den bisher erläuterten sowohl hinsichtlich der Zahl der zu erfassenden Betriebe als auch in bezug auf das Erhebungsprogramm weniger umfangreich sein. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt läßt sich noch nicht mit genügender Genauigkeit abschätzen, wieviele Betriebe im einzelnen einzubeziehen sind. Ihre Zahl dürfte indessen teilweise nur wenige hundert betragen. Die Binnenfischereierhebung findet im Juni 1972 statt und wendet sich an alle Betriebe, die Fluß- oder Seenfischerei, Teichwirtschaft oder Fischzucht zu Erwerbszwecken betreiben. Sie erfaßt die Gewässer und deren Bewirtschaftung, Fischfänge und Fischerzeugung, Arbeitskräfte und die fachliche Vorbildung des Betriebsleiters. Eine Binnenfischereierhebung wurde bereits im Rahmen der LZ 1960 in ähnlichem Umfang durchgeführt. Erstmals in das Programm aufgenommen sind dagegen die Erhebungen bei betrieblichen Zusammenschlüssen in der Land- und Forstwirtschaft sowie über Bestand und Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gegen Entlohnung. Die zuerst genannte richtet sich in der Zeit von Januar bis April 1972 insbesondere an die vor allem in jüngster Zeit entstandenen Erzeugergemeinschaften, Erzeugerringe und sonstigen betrieblichen Gemeinschaften in der Landwirtschaft und von April bis Juni 1972 an die Zusammenschlüsse in der Forstwirtschaft. Erfaßt werden dabei hauptsächlich die von den angeschlossenen Mitgliedern eingegangenen Bindungen, Art und Umfang der Tätigkeit, Finanzierung sowie Beteiligungs- und Absatzverhältnisse. Die Erhebung bei den Unternehmen, die gewerbsmäßig landwirtschaftliche Maschinen einsetzen, wird im Januar 1972 erfolgen.

2. Mitwirkung der Landkreise und Gemeinden

Die Durchführung der Landwirtschaftszählung steht unter der Leitung des Statistischen Landesamtes. Umfang und Schwierigkeitsgrad des Erhebungswerkes bedingen jedoch unausweichlich eine Mitwirkung der Landkreise und Gemeinden bei den größeren Teilerhebungen. Dies trifft insbesondere für mehrere Teilabschnitte der Haupterhebung (Grund- und Vollerhebung, repräsentative Erhebung in der Landwirtschaft) sowie für die Garten- und Weinbauerhebung zu. Bei der repräsentativen Erhebung in der Forstwirtschaft sollen die Dienststellen der Forstverwaltung eingeschaltet werden, während die Durchführung der übrigen kleineren Erhebungen im wesentlichen ohne Mitwirkung anderer Stellen erfolgt.

Die Aufgabe der Landratsämter besteht in erster Linie darin, die Erhebungsunterlagen weiterzuleiten, die Gemeinden zu beraten sowie die Durchführung in den Gemeinden in fachlicher und terminlicher Hinsicht zu überwachen. Die Gemeinde- bzw. Verbandsgemeindeverwaltungen sollen hauptsächlich den Kreis der Auskunftspflichtigen prüfen, die Erhebungsbogen anlegen, Zähler und Erheber

bestellen und einweisen sowie die gemachten Angaben auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüfen. Zur Erleichterung erhalten die Gemeinden vom Statistischen Landesamt maschinell geschriebene Anschriftenlisten und Adressenaufkleber. Im Spätherbst 1971 sowie Anfang 1972 werden ferner alle Zählungsleiter der Gemeinden und Erheber zu Arbeitsbesprechungen eingeladen. Das gleiche ist ein Jahr später anlässlich der Garten- und Weinbauerhebung vorgesehen.

Die Landratsämter und Verbandsgemeinde- bzw. Gemeindeverwaltungen erhalten für ihre Mitwirkung bei der Zählung eine besondere Entschädigung, von denen bestimmte Beträge für die jeweils eingesetzten Zähler und Erheber vorgesehen sind. In Anbetracht der Schwierigkeit einiger Fragenkomplexe liegen die Sätze wesentlich höher als bei der LZ 1960. Einzelheiten der Mitwirkung und Entschädigung sind durch Runderlasse der Staatskanzlei vom 5. März 1971 (MinBl. 1971, Sp. 299 und 301) geregelt worden.

3. Aufbereitung

Nach Eingang im Statistischen Landesamt werden die Erhebungsbogen mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitungsanlagen aufbereitet. Dabei wird auch der größte Teil der anfallenden Prüf- und Korrekturarbeiten sowie das Schreiben von veröffentlichungsreifen Tabellen maschinell erledigt. Das Verfahren wurde erstmals bei der Agrarstruktur-erhebung 1966/67 mit gutem Erfolg praktiziert. Die elektronische Datenverarbeitung erlaubt auch umfangreichere Auswertungen der Erhebungen, als dies bei früheren Landwirtschaftszählungen der Fall war. Insbesondere Kombinationen von Merkmalen, die sachlich miteinander in Beziehung stehen, ermöglichen tiefere Einblicke in die Strukturen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.

Um Vergleiche mit früheren Erhebungen anstellen zu können, werden aber auch zahlreiche wichtige Grundtabellen in herkömmlicher Form erstellt. Durch Änderungen der unteren Erfassungsgrenze ist jedoch in den unteren Größenklassen-

bereichen die Vergleichbarkeit teilweise geschmälert. Dies trifft insbesondere für die Haupterhebung und die Weinbauerhebung zu. Bei der Haupterhebung ist ferner die begriffliche Umwandlung der früheren „landwirtschaftlichen Nutzfläche“ in die „landwirtschaftlich genutzte Fläche“ zu beachten. Bei der Weinbauerhebung wird allerdings der Vergleich hinsichtlich der Größenklassen nach der bestockten Rebfläche mit denen aus dem Weinbaukataster 1964 voll möglich sein.

Bei der Haupterhebung ist vorgesehen, das gesamte Tabellenprogramm für alle Länder bundeseinheitlich zu erstellen und zu veröffentlichen. Für die regional tiefer gegliederten Ergebnisse erfordert die Vorschrift zur Geheimhaltung von Einzelangaben, die hinsichtlich Anbauflächen, Arbeitskräfte und Inventar nach dem Landwirtschaftszählungsgesetz für die Ländertabellen nicht gilt, erhebliche Einschränkungen. Bei den Kreisergebnissen ist deshalb bestenfalls ein stark zusammengefaßtes Größenklassenschema verwendbar. In einigen Fällen muß sogar ganz darauf verzichtet werden. Trotzdem wird den Interessenten ein sehr umfangreiches Datenmaterial für kleinere Verwaltungsbezirke und Gemeinden zur Verfügung stehen. Die ersten Ergebnisse der im Mai 1971 durchgeführten Grunderhebung, welche die Struktur der Bodennutzung und der Viehhaltung beinhalten, dürften Anfang 1972 anfallen.

Als bedeutendste Neuerung im Aufbereitungsprogramm der Haupterhebung sind die Tabellen über die sozialökonomische Gliederung der Betriebe anzusprechen. Hierin erscheinen die Betriebe verschiedener Produktionsrichtungen erstmals nach Stufen des Betriebseinkommens in Verbindung mit ihren Flächen und Viehbeständen. Das Einkommen wird dabei unter Zugrundelegung von unterstellten Erträgen, Preisen und Aufwendungen je Betrieb ermittelt. Ferner ist bei der Haupterhebung ein neues Programm zur Typisierung aller land- und forstwirtschaftlicher Betriebe vorgesehen.

Dr. J. Töniges

Erzeugung von Milch, Fleisch und Eiern 1970

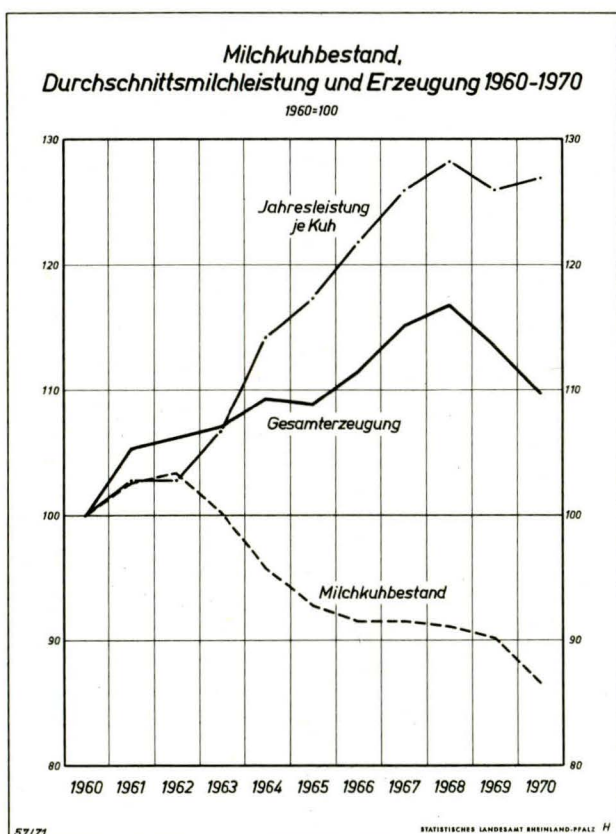
1. Milch

Das seit Kriegsende gewohnte Bild einer von Jahr zu Jahr steigenden Produktionskurve hat sich ab 1969 geändert. Nachdem sich bis dahin das Milchaufkommen bei fortgesetzt zunehmender Leistung der Kühe und anfänglich wachsendem, dann zeitweise stagnierendem und später rückläufigem Milchkuhbestand fast ununterbrochen vergrößerte, tendiert der Entwicklungsverlauf seitdem in entgegengesetzte Richtung. Wurden vordem noch die Reduzierungen auf der Bestandsseite durch die gestiegene Milchleistung der Tiere mehr als ausgeglichen, so war das nach den ungewöhnlich starken Bestandsabgängen in den beiden letzten Jahren nicht mehr der Fall, zumal im Vorjahr noch die Bestandseinschränkung mit einer vorübergehenden, zum Teil auf die unbefriedigenden Futterverhältnisse zurückzuführenden Leistungsabschwächung

zusammentraf. So blieb das Produktionsergebnis der rheinland-pfälzischen Milcherzeuger 1969 um 29 400 t oder 2,8% hinter dem absoluten Höchststand des vorangegangenen Jahres zurück, um dann 1970 um weitere 33 800 t oder 3,3% auf 995 500 t

Milcherzeugung und -verwendung 1950 - 1970

Erhebungsmerkmal	Einheit	1950	1960	1968	1969	1970
Milchleistung je Kuh	kg	1 787	2 780	3 565	3 504	3 528
Milcherzeugung insgesamt	1 000 t	637	906	1 059	1 029	995
An Molkereien geliefert	%	49,8	68,7	76,6	77,9	79,5
An Tiere verfüttert	%	15,4	10,6	10,0	9,7	9,2
Zu Butter verarbeitet	%	6,5	2,8	0,9	0,8	0,6
Zu Käse verarbeitet	%	0,7	0,5	0,6	0,7	0,5
Frisch verbraucht	%	22,9	12,2	7,4	7,2	6,4
Sonstige Verwendung	%	4,7	5,2	4,5	3,7	3,8



und damit wieder unter die erst vor drei Jahren überschrittene Millionen-Marke zu sinken.

Anders als im Vorjahr ist der Rückgang 1970 jedoch ausschließlich der ungewöhnlich hohen, sich auf ungefähr 20 000 Tiere belaufenden Bestandseinschränkung zuzuschreiben, da die Durchschnittsleistung der Kühe wieder zunahm. Mit 3 528 kg je Kuh im Gesamtdurchschnitt gegenüber 3 504 kg im Vorjahr verzeichnete die Durchschnittsleistung allerdings einen nur verhältnismäßig schwachen Anstieg, so daß die bisherige Jahreshöchstleistung von 3 565 kg je Kuh im Jahre 1968 nicht wieder erreicht wurde.

Eine bei derart starken Veränderungen sicherlich besonders interessierende Darstellung der regionalen Entwicklung kann hier indessen nicht gegeben werden, weil aufgrund der zwischenzeitlichen Änderung der Verwaltungsgliederung die vorliegenden Zahlenreihen nicht mehr vergleichbar sind. Hilfsweise lassen sich gewisse Aufschlüsse aus den auf den neuen Gebietsstand umgerechneten Zahlen der Viehbestandsstatistik gewinnen. Für regionale Vergleiche über Durchschnittsleistung und Produktion fehlt es dagegen an geeigneten Unterlagen.

Von der 1970 erzeugten Milchmenge erhielten die Molkereien rund 792 000 t oder 79,5%. Im Vergleich zum Vorjahr waren das reichlich 9 600 t (—1,2%) weniger. Der Rückgang teilte sich demzufolge auch den Hauptabnehmern der Milchproduktion spürbar mit. Wie die wiederum gestiegene Lieferquote zeigt (1969 betrug sie 77,9%) hat sich trotz der kleineren Liefermenge die Tendenz zu größerer Markterzeugung zu Lasten des Betriebsbedarfs und Haushaltsverbrauchs fortgesetzt. So wurden nur noch 91 500 t

oder 9,2% der Erzeugung für Futterzwecke benötigt gegenüber 99 800 oder 9,7% im Jahr zuvor. Ebenso wurde der Frischverbrauch in den Erzeugerhaushalten von 74 200 t (7,2%) 1969 auf 63 600 (6,4%) reduziert.

Auch 1970 unterlag der Milchfluß wieder den gewohnten jahreszeitlichen Schwankungen. Die höchsten Durchschnittsleistungen je Kuh wurden mit jeweils 10,8 kg täglich in den Monaten Mai und Juni erzielt, die niedrigste mit 8,5 kg im Monat November. In der dazwischen liegenden Zeit stieg die Milchleistung bis zum Spitzenwert kontinuierlich an, um dann wieder ebenso allmählich abzufallen. Fast im gleichen Rhythmus entwickelte sich auch das Produktionsvolumen in den einzelnen Monaten. Dabei bewegte es sich in einem zwischen 72 000 und 93 800 t liegenden Schwankungsbereich.

2. Fleisch

Schlachtungen

Während des Jahres 1970 wurden in Rheinland-Pfalz rund 242 400 Rinder, 24 000 Kälber, 1 197 000 Schweine, 6 000 Schafe, 200 Ziegen und 1 400 Pferde inländischer Herkunft geschlachtet. Hinzu kamen 690 Rinder, 310 Kälber und annähernd 10 300 Schweine aus Schlachtviehimporten, die aus Frankreich, Irland, Luxemburg, Belgien sowie den Niederlanden stammten. An Tieren aus dem Inland sind im Vergleich zum Vorjahr annähernd 13 000 Rinder (+ 5,6%) und rund 1 100 Schafe (+ 22,4%) mehr geschlachtet worden. Dieser Zunahme stand ein Minus von rund 26 500 (2,2%) Schweine- und 6 300 (20,8%) Kälberschlachtungen gegenüber. Ebenso wurden entsprechend der rückläufigen Bestandentwicklung weniger Ziegen geschlachtet. Dagegen entsprach der Schlachtpferdeanfall ungefähr dem Vorjahresaufkommen.

Die kräftige Zunahme der Rinderschlachtungen resultierte überwiegend aus den starken Eingriffen in den Milchkuh- und Färsenbestand im Zusammenhang mit der in der ersten Jahreshälfte stattgefundenen EWG-Abschlachtaktion. Die Zahl der ge-

Schlachtungen nach Tierarten 1950 - 1970

Tierart	1950	1960	1968	1969	1970
1 000 Stück					
Insgesamt					
Rinder	135,3	206,8	226,4	229,5	242,4
Ochsen	16,3	7,8	2,9	2,2	1,7
Bullen	14,4	78,1	112,8	111,8	117,3
Kühe	57,6	55,7	59,0	64,5	70,3
Färsen	47,0	65,2	51,7	50,9	53,1
Kälber	124,9	104,1	43,9	30,3	24,0
Schweine	585,9	1 132,6	1 261,6	1 223,4	1 196,9
Schafe	28,2	7,1	5,9	4,9	6,1
Ziegen	7,5	3,5	0,3	0,3	0,2
Pferde	8,3	5,8	1,5	1,4	1,4
Gewerbliche Schlachtungen					
Rinder	133,1	199,3	209,2	212,9	225,1
Ochsen	16,1	7,5	2,7	2,0	1,6
Bullen	14,1	75,5	106,4	106,1	111,6
Kühe	56,6	54,0	55,7	61,3	67,0
Färsen	46,3	62,3	44,3	43,5	44,9
Kälber	121,8	101,0	41,0	28,1	22,3
Schweine	301,2	823,9	959,7	972,4	954,8
Schafe	25,9	6,2	4,2	2,9	3,2
Ziegen	2,6	1,3	0,1	0,1	0,0
Pferde	8,3	5,8	1,5	1,4	1,4

Tierart	1950	1960	1968	1969	1970
	kg				
Rinder	226	252	274	274	277
Ochsen	288	280	281	281	275
Bullen	216	269	297	298	306
Kühe	239	261	263	263	262
Färsen	194	221	231	230	232
Kälber	33	46	65	71	77
Schweine	92	85	83	82	82
Schafe	28	28	26	26	25
Ziegen	19	23	17	17	17
Pferde	270	303	316	315	321

schlachteten Kühe belief sich auf annähernd 70 300, die der Färsen auf mehr als 53 100. Das waren 5 700 bzw. 2 200 mehr als 1969. In keinem der vorhergegangenen Jahre fielen damit so viele Schlachtkühe an wie 1970. Zum Teil waren an dem vermehrten Schlachtrinderanfall aber auch die Bullen beteiligt. Mit nahezu 117 300 Stück wurden hier rund 5 500 Tiere mehr als im Vorjahr zur Schlachtung geführt. Sie stellten damit wiederum nahezu die Hälfte der Gesamtzahl der Rinderschlachtungen.

In Verbindung mit dem aus dem erhöhten Bedarf für die Aufzucht zu erklärenden neuerlichen Rückgang der Kälberschlachtungen lassen damit neben der Bestandsentwicklung auch die Schlachtungszahlen die anhaltende Schwerpunktverlagerung von der Milch- zur Fleischerzeugung deutlich werden.

Durchschnittliche Schlachtgewichte

Aus Rentabilitätsabwägungen sind die Bestrebungen seit langem auf eine Steigerung der Fleischleistung je Tier gerichtet. Das Ergebnis dieser Bemühungen wird bei der Rinder- und noch ausgeprägter bei der Kälbermast vor allem in höheren Schlachtgewichten sichtbar. So stieg das Durchschnittsschlachtgewicht der Bullen, den hauptsächlichen Rindfleischlieferanten, erneut an. Mit 306 kg waren sie geschlachtet um 8 kg schwerer als im Vorjahr. Auch die Färsen brachten mit 232 im Durchschnitt 2 kg mehr als 1969, während die Kühe nur 262 und damit 1 kg weniger wogen. Im Gesamtdurchschnitt ergab sich für Rinder eine Steigerung um 3 auf 277 kg je Tier. Insgesamt entspricht diese Zunahme etwa dem Schlachtgewicht von 2 650 Rindern. Bei den Kälbern kam es erneut zu einer kräftigen Gewichtserhöhung um 6 auf 77 kg, nachdem die Tiere schon im Jahr zuvor von 65 auf 71 kg gebracht worden waren. An diesen Zuwachsraten werden die Bestrebungen, den rückläufigen Schlachtkälberanfall durch höhere Mastendgewichte zu kompensieren, besonders deutlich sichtbar. In welchem Maße die Entwicklung in dieser Hinsicht vorangetrieben wurde, zeigt sich daran, daß vor zehn Jahren die Rinder ein Durchschnittsschlachtgewicht von 252 und die Kälber ein solches von nur 46 kg erzielten. Anders liegen die Verhältnisse dagegen bei den Schweinen. Hier dominiert seit Jahren das fettarme Fleischschwein, das keine Gewichtszunahme verträgt, wenn es marktgängig bleiben will. So hält sich das Durchschnitts-

schlachtgewicht seit Jahren zwischen 81 und 83 kg. Im Jahre 1970 betrug es wie im Vorjahr 82 kg.

Gesamtschlachtmenge

Die 1970 geschlachteten Inlandtiere erbrachten einen Gesamtschlachtanfall von 167 930 t. Das waren rund 2 000 t oder 1,2% mehr als 1969. Dazu kamen noch 980 t aus Schlachtungen von eingeführtem Schlachtvieh. Infolge der vermehrten Rinderschlachtungen bei gleichzeitigem Rückgang der Schweineschlachtungen nahm der Anteil des Rindfleisches an der Gesamtmenge absolut wie relativ zu. Von 62 660 t oder 37,8% stieg er auf 67 080 t oder 39,9%. Das entspricht einem Mehrertrag von rund 4 400 t. Die Entwicklung verlief damit in der gleichen Richtung wie im vorangegangenen Jahr, in dem ebenfalls überdurchschnittlich viele Kühe und weniger Schweine geschlachtet wurden. Trotz veringerten Schlachtungen stellten indessen die Schweine mit annähernd 98 400 t oder 58,6% der Gesamtmenge gegenüber 100 540 (60,6%) im Vorjahr nach wie vor den größten Posten in der Fleischbilanz. Demgegenüber treten die anderen Fleischsorten stark in den Hintergrund. Lediglich die Kalbfleischerzeugung spielt dabei noch eine Rolle für die Marktversorgung, obwohl sich auch hier der Mengenanfall durch die permanente Rückläufigkeit der Schlachtungszahlen auf eine vergleichsweise unbedeutende Größe reduziert hat. So betrug der Schlachtanfall 1970 nur noch 1 850 t gegenüber 2 170 im Vorjahr, was einer Abnahme um 14,4% entspricht. Die übrigen Tierarten, darunter die Schafe mit 153 und die Pferde mit 458 t, erbrachten zusammen noch nicht einmal ein halbes Prozent der Gesamtschlachtmenge.

Um gewisse Aufschlüsse über die Höhe der Marktleistung zu erhalten, wird bei der Erfassung der Schlachtungen nach gewerblichen und Hausschlachtungen unterschieden. Der weit überwiegende Teil der Schlachtmenge, nämlich rund 143 300 t oder 85%, wurde aus gewerblichen Schlachtungen erzielt. Annähernd 24 700 t stammten aus Hausschlachtungen. Von der Rinderschlachtmenge waren 62 500 oder 93,2% für den Markt bestimmt. Das waren knapp 4 200 t mehr als im Vorjahr. Der größte Teil der Mehrerzeugung kam somit zum Verkauf. Hausschlachtungen spielen bei den Rinderschlachtungen nur eine untergeordnete Rolle. Auch bei den Schweinen diente mit 78 500 t der überwiegende Teil der Erzeugung zur Versorgung des

Fleischanfall nach Tierarten 1970

Tierart	Schlachtmenge	Schlachtfett	Innereien	Fleischanfall ¹⁾
	t			
Rinder	67 080	1 744	5 702	71 038
Kälber	1 854	61	302	2 095
Schweine	98 382	14 757	5 214	88 839
Schafe	153	-	7	160
Ziegen	3	-	-	3
Pferde	458	6	17	469
Insgesamt	167 930	16 568	11 242	162 604
dagegen 1969	165 942	16 788	11 030	160 184

1) = Schlachtmenge - Schlachtfett + Innereien.

Marktes, doch war hier der auf die Hausschlachtung entfallende Anteil absolut und relativ erheblich höher als bei den Rindern. Das Schwein hat damit von seiner Bedeutung als Fleischlieferant für die Erzeugerhaushalte nichts eingebüßt.

3. Eier und Geflügelfleisch

Kükenerzeugung

Aufgrund der drastischen Einschränkungen des Legehennenbestandes, der durch die unbefriedigende Entwicklung der Erzeugerpreise für Eier ausgelöst wurde, belief sich der Legehennenbestand Ende 1970 auf nur noch 4,012 Mill. Tiere. Das waren gut 300 000 oder 7,3% weniger als im Jahr zuvor. Die pessimistischen Erwartungen der Legehennenhalter schlugen sich auch in der Entwicklung der Bruteinlagen nieder. Wurden 1969 in den in Rheinland-Pfalz ansässigen Brutereien noch über 5 Mill. Bruteier zur Erzeugung von Legehennen eingelegt, so reduzierte sich diese Zahl 1970 auf etwas mehr als 3,8 Mill., was eine Verminderung um 23,1% bedeutet. Da sich 1970 das Schlupfergebnis gegenüber dem Vorjahr nur wenig veränderte — aus 100 eingelegten Bruteiern schlüpften im Vorjahr 37 Hennenküken, 1970 waren es 37,9 —, ging die Hennenkükenerzeugung in fast gleichem Verhältnis zurück wie die Einlage und erbrachte nur noch 1,457 Mill. Tiere gegenüber 1,852 Mill. Außerdem wurde die Kükenerzeugung von Mastrassen von den heimischen Brutereien völlig eingestellt, während 1969 noch rund 205 000 Bruteier, aus denen 143 000 Masthühnerküken schlüpften, eingelegt waren.

Legeleistung und Eiererzeugung

Im Gegensatz zur Bestandsentwicklung folgte die Entwicklung der Legeleistung der Hennen weiterhin der bisherigen Anstiegstendenz und übertraf mit einem Jahresdurchschnitt von 206,5 Eiern je Henne das Vorjahresergebnis um 2,9 Stück. Wie schon in den vorangegangenen Jahren dürfte auch die neuerliche Leistungsverbesserung wieder stark durch die zunehmende Bestandskonzentration beeinflusst worden sein. Größere Bestände setzen neben der Verwendung von leistungsfähigen Tieren auch moderne Haltungs- und Fütterungsbedingungen voraus, wenn sie rentabel sein sollen. Gleichzeitig verengt sich damit die saisonale Schwankungsbreite der Leistung, wie ein Vergleich mit früheren Jahren zeigt. So hat sich auch 1970 wieder

die Spanne zwischen der höchsten und niedrigsten Monatsleistung verringert. Gegenüber 5 Eiern je Henne im Vorjahr betrug sie jetzt nur noch 4,5.

Ebenso wie die Legeleistung erhöhte sich mit 984 Mill. Stück auch die Gesamterzeugung an Eiern. Gegenüber 1969 entspricht das zwar einem Mehraufkommen von 15 Mill., bedeutet aber gleichzeitig

Eiererzeugung 1958 - 1970

Jahr	Legehennenbestand Dezember	Legeleistung je Henne	Eier- er- zeugung	Monate 1970	Legeleistung je Henne	Eier- er- zeugung
	1 000 Stück	Stück	Mill. Stück		Stück	Mill. Stück
1958	3 364	135,2	457,1	Jan.	16,3	77,6
1959	3 390	133,6	449,4	Febr.	16,2	77,2
1960	3 321	144,6	431,0	März	18,8	89,6
1961	3 235	148,2	446,0	April	18,7	89,2
1962	3 252	155,4	479,0	Mai	19,0	90,5
1963	3 405	172,4	543,0	Juni	18,8	89,6
1964	3 513	180,5	603,0	Juli	19,3	92,0
1965	3 639	189,7	658,0	Aug.	17,8	84,8
1966	3 957	192,8	748,0	Sept.	16,7	79,6
1967	4 166	195,0	842,0	Okt.	14,8	70,6
1968	4 310	200,3	929,0	Nov.	15,0	71,4
1969	4 330	203,6	969,0	Dez.	15,1	71,9
1970	4 012	206,5	984,0	1970	206,5	984,0

auch eine sichtliche Verringerung der Zuwachsrates. Das ebenfalls schon Abschwächungstendenzen zeigende Vorjahr hatte noch eine Produktionssteigerung von 40 Mill. Stück gebracht. Ursache dieses Rückganges sind die Reduzierungen auf der Bestandsseite.

Geflügelfleisch

Die in rheinland-pfälzischen Geflügelschlachtereien angefallene Fleischmenge war mit rund 601 t um ungefähr 33 t kleiner als im Vorjahr. Von dieser Menge stammten knapp 450 t von Suppen- und 143 t von Jungmasthühnern. Der restliche Teil entfiel auf andere Geflügelarten.

Überwiegend diente das Schlachtgeflügel zur Herstellung von Tiefkühlware. Frisch abgegeben wurden von den Schlachtereien nur ungefähr 37 t. Der Schlachtanfall in den Schlachtereien stellt indessen nur einen Bruchteil der einheimischen Geflügelerzeugung dar. Das an Schlachtereien außerhalb des Landes gelieferte wie das außerhalb der Schlachtereien geschlachtete Geflügel aus einheimischer Erzeugung ist in diesen Zahlen nicht enthalten.

P. Porn

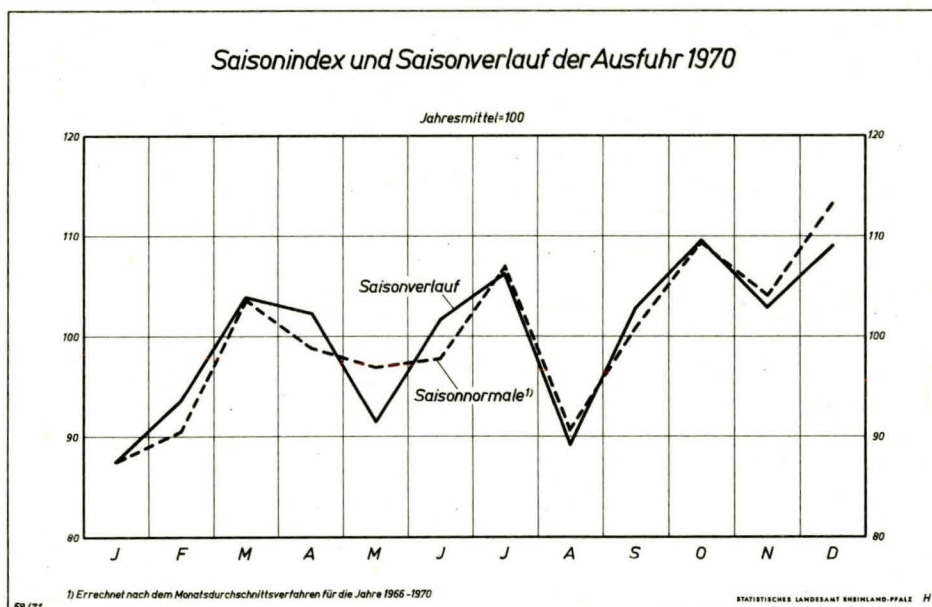
Außenhandel 1970

1. Gesamtüberblick

Neben der Ausfuhr ist durch eine besondere Aufbereitung des Statistischen Bundesamtes seit Januar 1970 auch eine monatliche Darstellung der Einfuhr für die Bundesländer möglich geworden. Zum besseren Verständnis dieser Ergebnisse sollen einige methodische Vorbemerkungen beitragen. Bei der Einfuhr handelt es sich im Gegensatz zur Ausfuhr (Spezialhandel) um die Ergebnisse des Generalhandels. Der weitergehende Begriff des Generalhandels umschließt zusätzlich die auf Lager (Zollgut- und Freihafenlager) eingeführten ausländischen Waren. Auf diese unterschied-

liche Abgrenzung ist in der Gegenüberstellung der absoluten Werte des Im- und Exports zu achten. Da der Anteil der auf Lager gekauften ausländischen Waren nur sehr gering ist (Bundesgebiet rund 4%) und nur in einem zu vernachlässigenden Maße zu einer Verschiebung beiträgt, ist ein Strukturvergleich außerordentlich aufschlußreich. Nach den Rechtsvorschriften der Außenhandelsstatistik ist Zielort im Erhebungsgebiet der Bestimmungsort der Sendung. Anzugeben sind der letzte bekannte Ort und das Land der Bundesrepublik, in dem die angemeldete Sendung verbleiben soll. Aus den Angaben der Anmeldungen läßt sich

häufig nicht das Bundesland ermitteln, in dem die ausländischen Waren tatsächlich verbraucht oder weiterverarbeitet werden, sondern nur das erste bekannte Zielland. Dies trifft in erster Linie für die auf Lager genommenen Einfuhrgüter zu, aber auch z.T. für Waren, die durch Spediteure und Händler in das Bundesgebiet eingeführt wurden, um später auf die endgültigen Zielorte verteilt zu werden. Folglich ist der Aussagewert der Einfuhrergebnisse nach Bundesländern nicht unproblematisch und kann in der Zuordnung nach Zielländern nicht die Genauigkeit wie bei der Ausfuhr (Bundesländer als Herstellungsländer) erreichen.



Während die im Herbst 1969 erfolgte Aufwertung der D-Mark um 9,3% im Gesamtergebnis des Außenhandels der Bundesrepublik nahezu keinen Niederschlag fand — der hohe Exportüberschuß von 15,6 Mrd. DM im Jahre 1969 wurde 1970 noch um fast 1 Mrd. DM übertroffen —, wirkte sie sich auf die Entwicklung des rheinland-pfälzischen Exports jedoch sichtbar aus. Nach Zuwachsraten in den vergangenen fünf Jahren zwischen 13,6 und 26,2% erhöhte sich der Wert der Ausfuhr des Landes 1970 nur um 8,7% auf 6,8 Mrd. DM. Trotz dieser deutlichen Wachstumsverringerung hat sich der rheinland-pfälzische Export seit 1965 mehr als verdoppelt. Der Wert der nach Rheinland-Pfalz eingeführten Waren belief sich im vergangenen Jahr auf 4,7 Mrd. DM.

Im saisonalen Verlauf ergab sich für die Ausfuhr 1970 ein Bild, das sich von der durchschnittlichen Abweichung vom Jahresmittel der Monate in den Jahren 1966 bis 1970 (Saisonnormale) abhebt. Nach dem saisonüblichen Jahrestiefpunkt im Januar, der noch im Durchschnitt der letzten fünf Jahre lag, war zunächst ein verhältnismäßig eng an die Saisonnormale angepaßter Anstieg bis zum ersten Gipfelpunkt im März zu beobachten. In dem Zeitraum von April bis August löste sich die Ausfuhrentwicklung des letzten Jahres jedoch vom normalen Verlauf. Besonders an den saisonalen Tiefpunkten im Mai und August ging der Export stärker zurück als im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Der Höhepunkt im Juli konnte 1970 nicht mehr erreicht werden. Von September bis November zeigte sich zwischenzeitlich ein normaler Verlauf. Erst im Dezember blieb das Ausfuhrergebnis wieder deutlich hinter demjenigen des gegenübergestellten Jahresdurchschnitts zurück.

Nach einigen Unregelmäßigkeiten in den ersten vier Monaten, die teils durch die genannten methodischen Schwierigkeiten zu erklären sein dürften, paßte sich die Einfuhr vom Mai 1970 an in ihrem weiteren Verlauf jedoch in einer wesentlich flacheren Kurve der Entwicklung der Ausfuhr an, was

bedeutet, daß sie in dieser Zeit in geringerem Maße saisonalen Schwankungen unterworfen war.

2. Warengruppen

Im Jahre 1970 konnten Güter der Ernährungswirtschaft im Werte von 226,0 Mill. DM auf ausländischen Märkten abgesetzt werden, das sind 32,9 Mill. DM oder 17,0% mehr als im Jahr zuvor. Dieser Zuwachs wurde in erster Linie bei den Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs (+ 22,8 Mill. DM oder 50,3%) erzielt, bedingt durch eine starke Ausweitung der Weizenexporte. Aber auch unter den Genußmitteln konnte Wein in erheblich größerem Maße (+ 17,2 Mill. DM oder 21,3%) ausgeführt werden. Die Ausfuhr der aus der gewerblichen Wirtschaft stammenden Güter erhöhte sich 1970 dagegen nur um 8,4% auf 6,6 Mrd. DM, gegenüber einem Zuwachs im vorausgegangenen Jahr von 16,9%. Wegen ihres sehr hohen Anteils an der Ausfuhr (96,7%) wirkte sich die Abschwächung des Exportwachstums dieses Wirtschaftsbereichs voll auf das Gesamtergebnis des rheinland-pfälzischen Exports aus. Von den Gütern der gewerblichen Wirtschaft trugen die Fertigwaren (+ 470,8 Mill. DM oder 8,4%) und darunter insbesondere die Vorerzeugnisse (+ 42,0 Mill. DM oder 1,8%) am stärksten zu dieser Entwicklung bei. Für Enderzeugnisse wurde dagegen ein um 428,8 Mill. DM (+ 12,9%) höherer Export und damit eine überdurchschnittliche Exportsteigerung gemeldet, die jedoch ebenfalls weit hinter der Wachstumsrate des Vorjahres von 21,2% (+ 579,8 Mill. DM) zurückblieb.

Die Ausweitung des Exports von Enderzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft ist im besonderen auf die positive Entwicklung bei sechs Warenarten zurückzuführen, die 1970 an der Ausfuhr von Enderzeugnissen zusammen mit 85,0% beteiligt waren. An der Spitze standen die Kraft- und Luftfahrzeuge mit einer Exportsteigerung um 232,3 Mill. DM oder 31,9%. Obwohl der absolute Steigerungsbetrag erheblich über dem des Vorjahres lag, konn-

Warengruppe Ware	Ausfuhr			Einfuhr	
	ins- gesamt	Anteil	Verän- derung zum Vorjahr	ins- gesamt	Anteil
	Mill.DM	%	%	Mill.DM	%
Ernährungswirtschaft	226,0	3,3	17,0	745,4	15,9
<u>Nahrungsmittel pflanz- lichen Ursprungs</u>	68,2	1,0	50,3	374,9	8,0
<u>Genußmittel</u>	129,8	1,8	8,0	294,8	6,3
Wein	98,1	1,4	21,3	165,8	3,5
Gewerbliche Wirtschaft	6 569,2	96,7	8,4	3 944,1	84,1
<u>Rohstoffe</u>	116,3	1,8	8,6	682,1	14,6
Steine und Erden	89,2	1,3	12,4	61,8	1,3
<u>Halbwaren</u>	354,7	5,2	9,6	808,8	17,2
Mineralische Baustoffe	64,3	0,9	9,2	18,8	0,4
Chemische Halbwaren	124,6	1,8	- 18,9	188,1	4,0
Düngemittel	49,0	0,7	- 27,1	25,5	0,5
<u>Fertigwaren</u>	6 098,2	89,7	8,4	2 453,2	52,3
<u>Vorzeugnisse</u>	2 350,9	34,6	1,8	877,8	18,7
Gewebe, Gewirke und dgl.	42,2	0,6	0,3	63,8	1,4
Glas	45,5	0,7	- 4,8	10,9	0,2
Kunststoffe	716,6	10,5	7,0	105,6	2,3
Chemische Vorzeugn.	975,1	14,3	1,9	247,4	5,3
Farben, Lacke und Kitten	364,3	5,4	13,8	14,1	0,3
Dextrine, Gelatine und Leime	9,9	0,1	- 2,4	1,1	0,0
Blech aus Eisen	232,8	3,4	- 7,0	70,1	1,5
Edelsteine, Schmucksteine und Perlen, bearbeitet	111,2	1,6	- 3,1	42,8	0,9
<u>Enderzeugnisse</u>	3 747,3	55,1	12,9	1 575,4	33,6
Spinnstoffwaren	65,8	1,0	3,1	69,0	1,5
Lederwaren	70,3	1,0	- 15,8	108,0	2,3
Schuhe	56,2	0,8	- 18,6	99,1	2,1
Holzwaren	53,7	0,8	- 6,0	17,0	0,4
Steinzeug-, Ton-, Stein- gut- und Porzellanwaren	40,9	0,6	- 2,5	2,8	0,1
Eisenwaren	135,9	2,0	22,8	66,9	1,4
Waren aus unedlen Metallen	46,8	0,7	1,6	16,5	0,4
Maschinen	1 262,0	18,6	6,6	744,8	15,9
Maschinen für die Spinn- stoff-, Leder- und Lederwarenindustrie	154,7	2,3	2,7	34,3	0,7
Landwirtschaftliche Maschinen einschl. Ackerschlepper	78,0	1,1	- 20,3	18,1	0,4
Pumpen, Druckluft- maschinen und dgl.	102,8	1,5	16,8	20,9	0,4
Papier- und Druck- maschinen	91,3	1,3	- 4,9	8,5	0,2
Maschinen für die Nah- rungs- und Genuß- mittelindustrie	55,3	0,8	2,1	5,6	0,1
Kraftfahrzeuge, Luft- fahrzeuge	961,6	14,2	31,9	50,6	1,1
Elektrotechnische Er- zeugnisse (auch elek- trische Maschinen)	155,0	2,3	14,9	217,1	4,6
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	49,9	0,7	6,4	11,1	0,2
Waren aus Kunststoffen	103,3	1,5	10,8	24,3	0,5
Chemische Erzeugnisse	567,0	8,3	8,2	89,6	1,9
Pharmazeutische Er- zeugnisse (auch unzu- bereitet)	163,6	2,4	6,6	27,7	0,6
Insgesamt	6 795,2	100,0	8,7	4 689,5	100,0

te die hohe Wachstumsrate von 41,3% des Jahres 1969 nicht mehr erreicht werden. Auch die übrigen Warenarten, die noch Ausfuhrerhöhungen von absolut 10,1 bis 77,8 Mill. DM und relativ 6,6 bis 22,8% erzielten, wiesen alle niedrigere Steigerungsraten als im Vorjahr auf. Hierbei handelt es sich um Maschinen, chemische Erzeugnisse, Eisenwaren, elektrotechnische Erzeugnisse und Waren aus Kunststoffen. Von den Waren, bei denen 1969 noch bedeutende Zunahmen und 1970 bereits erhebliche

Rückgänge zu beobachten waren, sind die Leder- (— 15,8%) und die Holzwaren (— 6,0%) zu nennen.

Die Struktur der Ausfuhr nach Warengruppen veränderte sich gegenüber dem vorausgegangenen Jahr nur geringfügig. Trotz einer Erhöhung des Exports von Waren der Ernährungswirtschaft um 17,0% konnte dieser Wirtschaftsbereich seinen Anteil an der Gesamtausfuhr (3,3%) kaum verbessern. Lediglich im Bereich der Fertigwaren der gewerblichen Wirtschaft setzte sich der in der Vergangenheit zu beobachtende Strukturwandel im Außenhandel, der sich durch eine Verlagerung von Vorzeugnissen auf Enderzeugnisse vollzog, fort. Der Anteil der Enderzeugnisse an der Gesamtausfuhr verbesserte sich damit von 53,1% im Jahre 1969 auf 55,1%, während sich der Anteil der Vorzeugnisse von 36,9 auf 34,6% verringerte. Unter den Vorzeugnissen wurden am meisten chemische Produkte (+ 1,9%) und Blech aus Eisen (— 7,0%) von diesem Strukturwandel betroffen, indem sie 1,0 bzw. 0,6 Punkte ihres Anteils an der Gesamtausfuhr einbüßten.

Das Strukturbild der Einfuhr wich von dem der Ausfuhr ab. Die Ernährungswirtschaft besitzt in einem Land, in dem die Ausfuhr fast ausschließlich aus Gütern der gewerblichen Wirtschaft besteht, als Ausgleich einen höheren Anteil bei der Einfuhr. So stammte in Rheinland-Pfalz wertmäßig nahezu ein Sechstel der importierten Waren (15,9%) aus der Ernährungswirtschaft (Ausfuhr 3,3%). Hieran hatten die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs mit über 50% den weitaus größten Anteil, gefolgt von den Genußmitteln mit 39,5% und insbesondere Wein mit 22,2%. Bei nur knapp zwei Dritteln (62,2%) der Güter der gewerblichen Wirtschaft, die zu 84,1% (Ausfuhr 96,7%) an der Gesamtausfuhr beteiligt waren, handelte es sich um Fertigwaren (Ausfuhr 92,8%). Der Anteil der Rohstoffe am Import von Gütern der gewerblichen Wirtschaft belief sich dagegen auf 17,3% (Ausfuhr 1,8%) und der der Halbwaren auf 20,5% (Ausfuhr 5,4%). Bei einer Betrachtung der Struktur des Außenhandels mit Fertigwaren halten sich dagegen Ausfuhr und Einfuhr in etwa die Waage. So lag der Anteil der Vorzeugnisse an der Ausfuhr von Fertigwaren mit 38,6% nur geringfügig höher als bei der Einfuhr (35,8%).

3. Herstellungs- und Verbrauchsländer

Im Jahre 1970 wurde mit 70,7% wieder weitaus der größte Teil der rheinland-pfälzischen Exportgüter in Ländern Europas verkauft. Da sich die Ausfuhr in diesem Erdteil gegenüber dem Vorjahr nur um 6,8% erhöhte, konnte sie den hohen Anteil des vorausgegangenen Jahres von 72,0% nicht mehr halten. Auf diese Entwicklung werden sich auch die Folgen der D-Mark-Aufwertung besonders stark ausgewirkt haben. Dasselbe gilt, wenn auch in geringerem Maße, für die Ausfuhr nach Amerika, die mit 11,6% den Anteil des Vorjahres zwar noch halten konnte, bei welcher die Steigerungsrate (8,6%) aber geringfügig unter dem Durchschnitt lag. Anteilsgewinne konnten dagegen die Exporte nach Asien (10,0%), Afrika (5,9%) sowie Australien und

Ozeanien (1,8%) verbuchen, die darüber hinaus mit Expansionsraten zwischen 14,8 und 20,3% eine weit überdurchschnittliche Entwicklung aufwiesen. Die Wachstumsrate der Ausfuhr in die Länder Asiens (14,8%) lag sogar noch um 3,5 Punkte über derjenigen des Vorjahres.

Die Quoten der Erdteile an der rheinland-pfälzischen Einfuhr weichen etwas von denen der Ausfuhr ab. Während die Länder Europas (71,5%), Amerikas (14,1%) und Afrikas (7,9%) im vergangenen Jahr am rheinland-pfälzischen Import einen höheren Anteil hatten als am Export, waren die Güter aus den Ländern Asiens (5,7%) sowie Australiens und Ozeaniens (0,8%) an der Einfuhr in wesentlich geringerem Maße beteiligt. Da es sich bei den Importgütern in erheblichem Maße um Nahrungs- und Genußmittel, Rohstoffe und Halbwaren handelt, spielt hier die räumliche Distanz zwischen Herstellungs- und Verbrauchsland eine besondere Rolle.

Teilt man die Länder, die durch den Außenhandel mit Rheinland-Pfalz verbunden sind, nach Wirtschaftsräumen ein, so bietet sich folgende Dreiteilung an: Industrialisierte westliche Länder, Entwicklungsländer und Ostblockländer. Der Wirtschaftsraum der sogenannten „industrialisierten westlichen Länder“, der mit Ausnahme von Finnland, Andorra, Gibraltar, Malta, Jugoslawien, Republik Südafrika, Australischer Bund und Neuseeland mit dem der OECD übereinstimmt und der EWG-Ländergruppe Klasse 1 entspricht, wurde in erster Linie nach der Richtung der wirtschaftlichen und politischen Orientierung dieser Länder und nicht nach ihrer geographischen Lage (sprich westlich) gebildet.

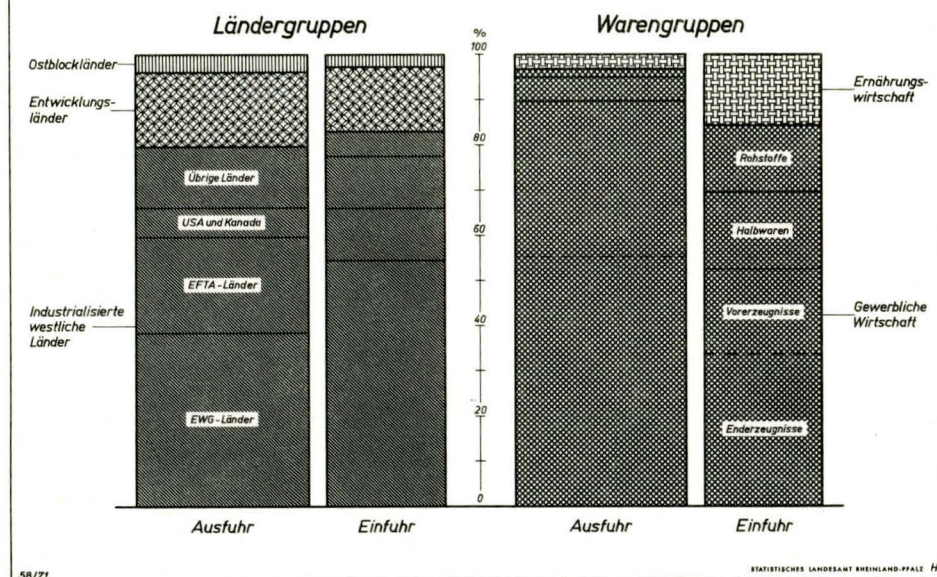
Die Ausfuhr in die industrialisierten westlichen Länder erhöhte sich 1970 gegenüber dem Vorjahr um 10,0% auf 5,4 Mrd. DM. Zu dem überdurchschnittlichen Zuwachs trugen in erster Linie die übrigen Länder dieses Wirtschaftsraumes (+ 19,1%), insbesondere Japan (+ 38,6%), Republik Südafrika (+ 37,4%) und Jugoslawien (+ 34,6%) bei. Aber auch der Export in die EFTA-Länder (+ 9,6%), insbesondere in die Schweiz (+ 16,1%) und nach Großbritannien (+ 10,8%), konnte wesentlich gesteigert werden, ebenso wie in die Vereinigten Staaten (+ 20,8%). Lediglich die Zuwachsrate des Exports in den Bereich der EWG lag unter dem Durchschnitt. Diese Abschwächung ist auf eine Stagnation der Ausfuhr nach Frankreich, unserem Haupthandelspartner in der EWG, zurückzuführen. In der Zeit von März bis August 1970 lag das Exportergebnis nach Frankreich deutlich unter den entsprechenden Vorjahresmonaten. Hier hat sich die Verteuerung der Ausfuhr durch die D-Mark-Aufwertung bei gleichzeitiger Franc-Abwertung nachhaltig ausgewirkt. In die Entwicklungsländer wurden um 9,6% mehr Güter exportiert als im Jahre 1969. An diesem Zuwachs waren am stärksten die Länder Malaysia (+ 112,4%), Indien (+ 56,6%), Nigeria (+ 40,3%) und der Iran (+ 9,8%) beteiligt. Der Export in den Ostblock wies dagegen einen beträchtlichen Rückgang (— 14,2%) auf, der in erster Linie durch eine Verringerung des Außenhandels mit der Sowjetunion (— 26,4%) bestimmt wurde.

Außenhandel nach Wirtschaftsräumen
und ausgewählten Verbrauchsländern 1970

Wirtschaftsräume Verbrauchsland	Ausfuhr			Einfuhr	
	ins- gesamt	Anteil	Verän- derung zum Vorjahr	ins- gesamt	Anteil
	Mill.DM	%		Mill.DM	%
Industrialisierte westliche Länder	5 408,6	79,6	10,0	3 888,5	82,9
EWG-Länder	2 611,0	38,4	6,9	2 547,3	54,3
Frankreich	995,4	14,6	0,2	1 044,7	22,3
Belgien-Luxemburg	466,3	6,9	9,6	476,7	10,1
Niederlande	578,0	8,5	13,7	444,5	9,5
Italien	571,3	8,4	10,9	581,4	12,4
EFTA-Länder	1 445,1	21,3	9,6	553,6	11,8
Großbritannien	272,8	4,0	10,8	191,4	4,1
Norwegen	73,7	1,1	8,3	25,2	0,5
Schweden	204,5	3,0	5,8	111,3	2,4
Dänemark	148,0	2,2	2,1	22,6	0,5
Schweiz	400,7	5,9	16,1	66,4	1,4
Österreich	279,6	4,1	6,8	126,5	2,7
Portugal	62,7	0,9	8,4	10,1	0,2
Vereinigte Staaten und Kanada	440,4	6,5	12,9	535,2	11,4
Vereinigte Staaten	378,7	5,6	20,8	500,0	10,7
Kanada	61,7	0,9	- 19,2	35,2	0,7
Übrige Länder	912,1	13,4	19,1	252,4	5,4
Finnland	81,5	1,2	12,5	25,4	0,5
Spanien	127,6	1,9	- 8,1	46,0	1,0
Jugoslawien	148,6	2,2	34,6	45,3	1,0
Griechenland	71,4	1,1	5,6	12,7	0,3
Türkei	40,1	0,6	8,7	8,4	0,2
Republik Südafrika	151,1	2,2	37,4	26,2	0,6
Japan	164,1	2,4	38,6	50,2	1,1
Australischer Bund	86,8	1,3	9,4	32,6	0,7
Entwicklungsländer	1 111,1	16,3	9,6	663,1	14,2
Algerien	22,4	0,3	3,1	58,3	1,2
Libyen	3,7	0,1	- 24,5	137,6	2,9
Ghana	13,4	0,2	65,4	30,6	0,7
Nigeria	50,4	0,7	40,3	33,3	0,7
Mexiko	34,6	0,5	5,8	4,2	0,1
Venezuela	47,2	0,7	20,2	0	-
Brasilien	62,7	0,9	16,3	63,4	1,4
Chile	31,2	0,5	36,5	18,0	0,4
Argentinien	52,8	0,8	- 26,1	8,7	0,2
Iran	122,2	1,8	9,8	3,7	0,1
Israel	45,2	0,7	3,3	10,3	0,2
Saudi-Arabien	33,6	0,5	- 33,6	3,9	0,1
Maskat und Oman	0,9	0,0	- 50,0	79,6	1,7
Indien	43,9	0,6	56,6	15,3	0,3
Malaysia	41,0	0,6	112,4	29,3	0,6
Ostblockländer	275,5	4,1	- 14,2	137,9	2,9
Sowjetunion	104,1	1,5	- 26,4	23,1	0,5
Polen	28,5	0,4	- 15,7	20,9	0,4
Tschechoslowakei	53,7	0,8	14,0	25,5	0,5
Ungarn	33,3	0,5	65,7	10,8	0,2
Rumänien	34,7	0,5	- 17,2	26,0	0,6
Volksrepublik China	11,7	0,2	- 48,7	20,5	0,4
Insgesamt	6 795,2	100,0	8,7	4 689,5	100,0
davon:					
Europa	4 805,6	70,7	6,8	3 353,8	71,5
Afrika	403,8	5,9	20,3	369,3	7,9
Amerika	785,7	11,6	8,6	662,6	14,1
Asien	680,5	10,0	14,8	268,2	5,7
Australien u. Ozeanien	119,6	1,8	20,1	35,6	0,8

Mit der Veränderung der Außenhandelsergebnisse ging auch hier eine Verschiebung der regionalen Struktur einher. So partizipierten die industrialisierten westlichen Länder am rheinland-pfälzischen Export im vergangenen Jahr mit 79,6%, das ist fast ein Punkt mehr als im Jahre 1969. Innerhalb dieses Wirtschaftsraumes ging der Anteil der EWG-Länder um 1,4 Punkte auf 48,3% zurück, während die übrigen Länder außer EFTA, Vereinigte Staaten und Kanada um 1,3 Punkte auf 16,9% aufrückten. Dem Anteilsgewinn der indu-

Struktur des Außenhandels 1970



an der rheinland-pfälzischen Ausfuhr nunmehr nur noch mit 4,1% teilnahm.

Wesentlich höher als bei der Ausfuhr lag mit 82,9% der Anteil der industrialisierten westlichen Länder an der Einfuhr. Daran partizipierten wieder die EWG (65,5%) sowie die Vereinigten Staaten und Kanada (13,8%) in stärkerem, die EFTA (14,2%) und die übrigen Länder (6,5%) dagegen in geringerem Maße. Die Entwicklungsländer und die Länder des Ostblocks hatten einen Anteil am rheinland-pfälzischen Import von 14,2 bzw. 2,9%, welcher ebenfalls erheblich unter dem des Exports lag.

strialisierten westlichen Länder stand ein gleich hoher Verlust des Ostblocks gegenüber, der

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Kriegsopferfürsorge 1970

Die Kriegsopferfürsorge ist ihrem Wesen nach die Sozialhilfe für den speziellen Personenkreis der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen von Kriegsopfern. Sie ist eine notwendige Ergänzung der Kriegsopferversorgung, welche durch das Bundesversorgungsgesetz geregelt ist, in das auch die rechtlichen Bestimmungen über die Kriegsopferfürsorge eingebaut worden sind. Die einzelnen Maßnahmen dieser Fürsorge entsprechen im wesentlichen denen der Sozialhilfe.

1. Aufwand

Ausgaben

Die Ausgaben der Kriegsopferfürsorge beliefen sich 1970 auf nahezu 27 Mill. DM. Das bedeutete eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um etwa 16% und eine Mehrausgabe um über 3,5 Mill. DM. Diese Leistungen können zu 80% mit dem Bund verrechnet werden, außer denen nach § 80 des Soldatenversorgungsgesetzes, welche zu 100% verrechnungsfähig sind. Der Aufwand für diese betrug jedoch 1970 nur etwas über 1% der Gesamtausgaben, obwohl er sich gegenüber dem Vorjahr um fast 61% erhöhte. Einen wesentlich größeren Anteil machten indessen die Ausgaben für die Sonderfürsorgeberechtigten aus. Für diesen Personenkreis fielen über 6,6 Mill. DM, das heißt etwa ein Viertel des für die Kriegsopferfürsorge verausgabten Betrages an. Auch 1970 hat sich dieser Anteil weiter vergrößert, denn die Ausgaben dafür sind mit über 21% stärker gestiegen als die Gesamtausgaben. Fast 12% der Leistungen der Kriegsopferfürsorge wurden als Darlehen und 88% als Beihilfe gewährt.

Der Höhe des Aufwandes nach stehen mit über 10,6 Mill. DM nach wie vor die Erziehungsbeihilfen an erster Stelle. Der dafür angefallene Betrag erhöhte sich gegenüber 1969 um rund 8%. Beträchtlicher gestiegen, und zwar um über 20%, sind die Erziehungsbeihilfen für Kinder von Beschädigten, während sich die Zuwendungen dieser Art an Waisen erwartungsgemäß weiter und in verstärktem Maße verringerten. Der Rückgang betrug annähernd ein Viertel des Betrages von 1969. Der überwiegende Teil der für Waisen ausgegebenen Mittel, das waren etwa 62%, bestand aus Beihilfen zum Hochschulstudium. Für Kinder von Beschädigten betrug dieser Anteil zwar nur knapp 27%, die dafür angefallenen Ausgaben erhöhten sich aber um 45%. Der Anteil der Sonderfürsorgeberechtigten an den Beihilfen für Kinder von Beschädigten machte, ebenso wie im Vorjahr, rund 42% aus. An den Zuwendungen zum Hochschulstudium war dieser Personenkreis nur mit knapp 40% beteiligt, allerdings mit einer Mehrausgabe gegenüber 1969 in Höhe von 48%.

Für „Sonstige Hilfe“, welche der Hilfe in besonderen Lebenslagen der Sozialhilfe entspricht, wurde 1970 eine Ausgabe von über 7 Mill. DM ausgewiesen, mit einer weiteren Erhöhung um 22%. Sie war an den Gesamtausgaben für die Kriegsopferfürsorge mit etwa 27% beteiligt. Der Anteil der Sonderfürsorgeberechtigten an den Kosten dieser Maßnahme hat sich weiterhin verringert; er erreichte im Berichtsjahr nur noch etwas über 7%.

Um weitere knapp 10% stiegen die Ausgaben für ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Es handelte sich um einen Betrag von nicht ganz 2 Mill. DM, der zum überwiegenden Teil (62%) Hinterbliebenen zugute kam. Auf die Hilfe zum Lebensunterhalt an Beschädigte entfiel ein Betrag von etwas über 0,7 Mill. DM, an dem die Sonderfürsorgeberechtigten mit rund 40% beteiligt waren. Nicht unbedeutend erhöht haben sich auch die Ausgaben für die Erholungsfürsorge, die mit einer Summe von über 3,3 Mill. DM gegenüber 1969 ein Plus von knapp 22% aufwiesen. Fast zwei Drittel dieser Ausgaben entfielen wie im Vorjahr auf Hinterbliebene und etwas mehr als ein Drittel auf Beschädigte, für die allerdings etwa 28% mehr ausgegeben wurden, während es für die Hinterbliebenen bei 18% blieb.

Die Wohnungsfürsorge erforderte 1970 rund 2 Mill. DM, einen gegenüber 1969 um 19% höheren Betrag. Diese Hilfe wurde fast ausschließlich, nämlich zu 97%, als Darlehen gewährt. Der verhältnismäßig geringe Betrag für Beihilfen ging restlos an Sonderfürsorgeberechtigte, die aber auch an den Darlehen mit etwas über der Hälfte beteiligt waren.

Auch der Aufwand für die Berufsfürsorge ist im letzten Jahr, ebenso wie die übrigen Maßnahmen der Kriegsofopferfürsorge, nicht unerheblich gestiegen. Der dafür verwendete Betrag belief sich auf 1,6 Mill. DM, etwa 37% mehr als 1969. Diese Zuwendungen, hauptsächlich als Darlehen gegeben, dienen der Beschaffung und dem Betrieb von Kraftfahrzeugen Beschädigter sowie der beruflichen Fortbildung solcher Personen. So machten die Darlehen für Beschaffung und Betrieb von Kraftfahrzeugen allein 51%, die Kosten der beruflichen Fortbildung 42% des verausgabten Betrages aus. An den Kosten dieser Maßnahme haben die Sonderfürsorgeberechtigten einen etwas stärkeren Anteil. Es sind nämlich allein 27% der Ausgaben, die sich annähernd zu gleichen Teilen auf die berufliche Fortbildung und auf Darlehen für Beschaffung und Betrieb von Kraftfahrzeugen verteilen. Höher als die Ausgaben für die berufsfördernden Maßnahmen der Sonderfürsorgeberechtigten waren indessen die für die Berechtigten nach dem Soldatenversorgungsgesetz. Es war ein Betrag von nicht ganz 0,3 Mill. DM, der sich gegenüber dem Vorjahr um fast zwei Drittel erhöhte.

Einnahmen

Die Einnahmen waren 1970 mit knapp 3,9 Mill. DM nicht wesentlich höher als im Vorjahr. Die Zunahme betrug etwa 6%. Sie vermochten die Ausgaben nur zu etwa 14% zu ersetzen. Der Hauptanteil dieser Einnahmen, nämlich 57%, kam aus Rückerstattungen der Empfänger selber oder von zum Ersatz verpflichteten Dritten. Der Betrag war jedoch etwas geringer (— 1%) als im Vorjahr. Gestiegen um nahezu 17% ist dagegen der Betrag aus Rückerstattungen von Darlehen. Der Ersatz der Ausgaben für Sonderfürsorgeberechtigte blieb mit 12% anteilmäßig geringer als im Vorjahr, erhöhte sich jedoch um etwa 9%.

2. Empfänger

Die Zahl der Empfänger laufender Leistungen aus der Kriegsofopferfürsorge ist 1970 um weitere

Aufwand der Kriegsofopferfürsorge nach Hilfearten und Fürsorgeträgern 1970

Art der Hilfe	Insgesamt		Kreisfreie Städte	Landkreise	Überörtlicher Träger
	1 000 DM	%			1 000 DM
Berufsfürsorge	1 576	5,9	-	-	1 576
Erziehungsbeihilfe an Kinder von Beschädigten	8 591	32,1	707	2 431	5 453
an Waisen	2 041	7,6	97	354	1 590
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt an Beschädigte	1 980	7,4	902	774	304
an Hinterbliebene	745	2,8	257	184	304
Übrige Hilfen (einschl. Erholungs- und Wohnungsfürsorge)	1 235	4,6	645	590	-
Insgesamt	26 746	100,0	2 934	5 894	17 918

389 Personen auf 9 412 gestiegen. Um annähernd 1 000 Fälle haben auch die Empfänger einmaliger Leistungen zugenommen. Die weitaus stärkste Personengruppe, die laufende Leistungen erhielt, blieben nach wie vor die Erziehungsbeihilfeempfänger. Ihre Gesamtzahl stieg um 141 Personen. Der Anteil an der Gesamtzahl der Empfänger war trotz der absoluten Zunahme an Personen weiterhin rückläufig, denn er erreichte nicht mehr ganz die 53% des Vorjahres. Während die Zahl der Waisen sich um etwa 18% verminderte, stieg die der beihilfeberechtigten Kinder von Beschädigten um 338 Personen (9%) an. Von den 4 040 Kindern von Beschädigten wurden 770 gegenüber 569 im Vorjahr Beihilfen zum Hochschulstudium gewährt. Der Durchschnittssatz für eine Erziehungsbeihilfe stellte sich 1970 auf 2 147 DM. Dieses Mittel war um fast 5% höher als 1969. Für eine Beihilfe zum Hochschulstudium ergab sich ein Durchschnittswert von nahezu 2 900 DM, rund 50 DM mehr als im Vorjahr, wobei sich für Kinder von Beschädigten sogar ein um 200 DM höherer Betrag ergab. Als Beihilfe zum Hochschulstudium für Kinder von Sonderfürsorgeberechtigten wurde ein Wert von 3 243 DM ermittelt. Auch dieser Betrag ist um mehr als 700 DM gestiegen.

Die Zahl der Personen, die laufend Leistungen aus der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt erhielt, stieg um 12 auf 931 Personen an. Dabei ging die Zahl der Beschädigten etwas zurück, wäh-

Empfänger laufender Hilfen der Kriegsofopferfürsorge nach Hilfearten und Fürsorgeträgern 1970

Art der Hilfe	Insgesamt		Kreisfreie Städte	Landkreise	Überörtlicher Träger
	Anzahl	%			Anzahl
Berufsfürsorge	180	1,9	-	-	180
Erziehungsbeihilfe an Kinder von Beschädigten	4 040	42,9	370	1 295	2 375
an Waisen	911	9,7	76	269	566
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt an Beschädigte	931	9,9	499	357	75
an Hinterbliebene	253	2,7	118	60	75
Übrige Hilfen	678	7,2	381	297	-
Insgesamt	3 350	35,6	806	1 608	936
Insgesamt	9 412	100,0	1 751	3 529	4 132

Aufwand und Empfänger laufender und einmaliger Leistungen der Kriegsopterfürsorge nach Hilfearten 1965 - 1970

Jahr	Ins- gesamt	Be- rufs- für- sorge	Erziehungs- beihilfe		Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt		Übrige Hilfen 1)
			zu- sam- men	an Waisen	zu- sam- men	an Hinter- bliebene	
Ausgaben (1 000 DM)							
1965	14 318	1 017	8 622	5 841	1 493	817	3 186
1966	21 606	1 191	10 924	6 337	1 729	1 050	7 762
1967	20 711	1 118	9 912	5 084	1 747	1 048	7 934
1968	21 019	1 162	9 820	3 694	1 639	1 050	8 398
1969	23 148	1 151	9 850	2 701	1 806	1 130	10 341
1970	26 746	1 576	10 632	2 041	1 980	1 235	12 558
Empfänger laufender Hilfe am Jahresende							
1965	7 756	234	5 345	3 010	1 339	824	838
1966	8 017	175	5 378	2 316	1 023	673	1 441
1967	8 172	178	4 963	1 934	1 152	764	1 879
1968	8 667	167	4 929	1 519	1 005	654	2 566
1969	9 023	184	4 810	1 108	919	640	3 110
1970	9 412	180	4 951	911	931	678	3 350
Einmalige Leistungen im Laufe des Berichtsjahres (Fälle)							
1965	7 539	331	-	-	2 263	889	4 945
1966	7 616	352	-	-	2 254	1 028	5 010
1967	9 785	338	-	-	1 797	797	7 650
1968	9 045	310	-	-	1 901	959	6 843
1969	9 588	253	-	-	2 073	1 025	7 262
1970	10 586	359	-	-	2 001	887	8 226

1) Erholungs- und Wohnungsfürsorge einschl. Leistungen nach § 27 b BVG; bei den Empfängern laufender Hilfen ohne Erholungs- und Wohnungsfürsorge.

rend die der Hinterbliebenen um 38 Personen zunahm. Daneben waren es noch 2 000 Fälle — rund 70 weniger als im Vorjahr —, in denen einmalige Hilfe zugestanden wurde. Der für die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt ausgewiesene Betrag wird nicht nach laufenden und einmaligen Leistungen unterschieden, so daß sich für beide Hilfearten ein Durchschnittswert je Fall von 675 DM errechnete, der den von 1969 um 72 DM übertraf. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß das Mittel

für eine laufende Leistung ein Mehrfaches das einer einmaligen sein dürfte.

Die Leistungen für Berufsfürsorge nahmen um rund 100 Fälle einmaliger Leistungen zu. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um eine Zunahme der Beihilfen und Darlehen zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen für Beschädigte. Der Durchschnittssatz für eine Hilfe aus der Berufsfürsorge — laufende und einmalige zusammen — war auch 1970 höher und lag bei 2 924 DM. Auf eine Leistung für die berufliche Fortbildung entfielen durchschnittlich 4 908 DM, auf Beschaffung und Betrieb von Kraftfahrzeugen 2 264 DM. Diese Beträge waren um mehr als 20 bzw. 13% höher als 1969.

Die in der Kriegsopterfürsorge als „Sonstige Hilfe“ bezeichneten Leistungen sind die gleichen Hilfearten wie sie in der Sozialhilfe als Hilfe in besonderen Lebenslagen bekannt sind. Die Zahl der Empfänger an laufender Hilfe ist 1970 ebenso gestiegen wie die Fälle einmaliger Leistungen der „Sonstigen Hilfe“. Die Zunahme betrug 240 Personen, die laufend unterstützt wurden, und in 137 Fällen mehr als im Vorjahr wurde einmalige Hilfe gewährt. Dafür wurden 1970 mehr als 7 Mill. DM als Ausgaben nachgewiesen, was einem Durchschnittswert je Unterstützungsfall von 1 445 DM und einen um 164 DM höheren Betrag gleichkam.

Ausschließlich einmalige Leistungen sind die Erholungs- und Wohnungsfürsorge. Sie waren 1970 ebenfalls zahlreicher als 1969. So wurde in fast 2 000 Fällen (+ 300) Beschädigten und in etwas mehr als in der doppelten Zahl Hinterbliebenen Erholungsfürsorge bewilligt. Die Fälle von Wohnungsfürsorge haben um 53 zugenommen und beliefen sich auf 322 insgesamt. Auf die Erholungsfürsorge kamen je Fall 530 DM und auf die Wohnungsfürsorge, die zum überwiegenden Teil als Darlehen gegeben wurde, 6 345 DM.

Dr. Th. Walter

Struktur und Finanzierung von Sozialwohnungen 1970

Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Rückgang der Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau im Sinne des Ersten und Zweiten Wohnungsbaugesetzes hielt auch im Berichtsjahr 1970 an. Nachdem 1958 in Rheinland-Pfalz der absolute Höchststand mit nahezu 17 000 geförderten Wohneinheiten erreicht worden war, ergab sich für die folgenden Jahre eine stetige Verminderung der geplanten Bauvorhaben. Diese Entwicklung wird durch die Zahlen für die Jahre 1965, 1968 und 1970 verdeutlicht, in denen rund 6 200, 5 200 bzw. 4 100 Sozialwohnungen bewilligt wurden. Die Ursachen des Rückgangs können in verschiedenen Tatsachen gesehen werden. Aufzuführen sind an dieser Stelle der allmähliche Abbau der Bundesmittel (bis 1969) im Rahmen der Realisierung des Lücke-Plans, die kontinuierliche Steigerung der Masseneinkommen und die damit sich immer mehr vermindern- der Zahl der für eine öffentliche Förderung infrage kommenden Bewerber und schließlich auch das mit der Errichtung der Mauer in Berlin immer mehr an Bedeutung verlierende Gewicht von Sonderbauprogram-

men für Sowjetzonenflüchtlinge. 1970 mögen vor allem auch neben der restriktiven Haushaltsführung der öffentlichen Hand die überproportional gestiegenen Bau- und Baunebenkosten sowie die Hochzinspolitik bestimmende Faktoren des Rückgangs gewesen sein.

Was das Volumen des sozialen Wohnungsbaus für die Zukunft anbetrifft, so ist wieder mit einer Steigerung zu rechnen. Diese Aussage begründet sich mit auf das am 1. April 1971 vom Bundestag verabschiedete „Wohnungsbauänderungsgesetz“, das durch eine Novellierung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für ein langfristiges Wohnungsbauprogramm schafft. Ziel ist die verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus, um die Spannungen auf den regionalen Wohnungsmärkten zu beseitigen und den Mietenanstieg zu begrenzen. Mit mehreren Spezialprogrammen soll im Bundesgebiet eine Erhöhung des jährlichen Bauvolumens auf 200 000 bis 250 000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau erreicht werden. Im einzelnen ist vorgesehen, durch ein Sozialprogramm für die Grundförderung 180 Mill. DM als Darlehen zur

Jahr	Ins- gesamt	In Mehrfamilienhäusern			In Ein- und Zwei- familienhäusern		In Kleinsiedlerstellen		In sonstigen Gebäuden
		zu- sammen	eigengenutzte und Kauf- eigentums- wohnungen	Eigen- tümer- wohnungen	zu- sammen	Eigen- tümer- wohnungen	zu- sammen	Eigen- tümer- wohnungen	
1965	6 171	2 644	8	32	3 466	2 892	26	25	35
1966	4 073	1 609	9	14	2 422	2 100	16	15	26
1967	4 929	2 595	7	8	2 201	1 995	116	109	17
1968	5 216	3 037	44	3	2 124	1 959	14	12	41
1969	4 328	2 367	-	11	1 934	1 546	24	24	3
1970	4 079	1 983	19	7	2 019	1 802	57	56	20

Aufstockung der Landeswohnungsbauprogramme zur Verfügung zu stellen, ferner 250 Mill. DM für die Intensivförderung zur Verbesserung der Wohnungsverorgung kinderreicher Familien, alter Menschen, junger Familien und alleinstehender Schwerbehinderter. In wirtschaftlich schwachen Gebieten sollen 50 000 Wohnungen durch ein Regionalprogramm gefördert werden, das allein aus Bundesmitteln zu finanzieren ist. Ebenfalls 50 000 Wohnungen sind mittels eines Modernisierungsprogramms geplant. Der besonders in letzter Zeit aufgekommenen Diskussion bezüglich der Einkommensgrenze für die Bewohner von Sozialwohnungen wird dadurch Rechnung getragen, daß von einem höheren Einkommensniveau ausgegangen wird. Während nach § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 das Jahreseinkommen des Haushaltsvorstandes 9 000 DM nicht übersteigen durfte, ist nun eine Erhöhung auf 12 000 DM festgesetzt worden. Die Zuschlagsbeträge für Familienangehörige erhöhen sich von je 2 400 DM auf je 3 000 DM. Somit ergibt sich als neue Grenze für einen Vier-Personen-Haushalt ein monatliches Bruttoeinkommen des Haushaltsvorstandes von rund 1 850 DM gegenüber bisher etwa 1 450 DM.

Die durch Bundesgesetz angestrebte Erhöhung der Zahl der Sozialwohnungen hat naturgemäß Rückwirkungen auf jedes einzelne Bundesland. So beabsichtigt Rheinland-Pfalz 1971 die Förderung von rund 6 000 Sozialwohnungen, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um etwa die Hälfte bedeutet. Davon werden schätzungsweise 2 500 in Ein- und Zweifamilienhäusern sein, 1 500 sollen durch das sogenannte Intensivprogramm mit Hilfe von Landesmitteln für bestimmte Personenkreise (zum Beispiel alte Menschen, junge Ehepaare) gebaut werden. Haushalte, deren Einkommen bis zu 40% über den festgelegten Grenzen liegt und die dennoch nicht in der Lage sind, die Kostenmieten im freifinanzierten Wohnungsbau zu bezahlen, werden durch das Regionalprogramm der Bundesregierung mit 2 500 Wohnungen unterstützt. Hierbei erhalten die Bauherren zur Verbilligung der Mieten oder Lasten Aufwendungsdarlehen für die Dauer von zwölf Jahren. Weitere Maßnahmen sind durch das Mittelstandsprogramm mit fünfjährigen Zuschüssen zu Kapitalmarktdarlehen von maximal 15 000 DM je Wohnung und Sonderbauprogrammen für Flüchtlinge und Aussiedler sowie für Fachkräfte industrieller Betriebe in bestimmten Entwicklungsgebieten geplant.

1. Sozialer Wohnungsbau Förderungsvolumen

Im Berichtsjahr wurden in Rheinland-Pfalz Bewilligungsbescheide für insgesamt 4 079 Sozialwoh-

nungen erteilt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Rückgang von 6%. Gemessen an der Zahl der erteilten Baugenehmigungen war der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen an der gesamten Bauplanung leicht rückläufig. Betrug er 1969 noch 15%, so waren es 1970 nur mehr 14%. Von den geplanten Sozialwohnungen entfielen 85% auf vollgeforderte reine Wohnbauten, der Rest auf sonstige Wohnbauten. Dazu zählen besonders solche Gebäude, in denen außer Wohnungen auch gewerbliche oder landwirtschaftlich zu nutzende Räume vorgesehen sind.

Die von allen politischen Parteien propagierte Eigentumsbildung verfügt auch im sozialen Wohnungsbau über Anknüpfungspunkte. So waren gut 87% aller geförderten Gebäude Ein- und Zweifamilienhäuser und nur fast 10% Mehrfamilienhäuser. Knapp drei Prozent entfielen auf Kleinsiedlerstellen und auf sonstige Gebäude (Anstalten, Wohnheime). Hingegen ergibt sich ein anderes Bild, wenn man von der Zahl der Wohnungen in diesen Gebäuden ausgeht. Mit jeweils fast 49 und 50% waren solche in Mehrfamilien- bzw. Ein- und Zweifamilienhäusern nahezu gleichmäßig vertreten. Damit haben sich für diesen Bereich während der letzten Jahre einige Veränderungen ergeben. Von 1963 bis 1966 stellten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern jeweils einen Anteil von über 50% aller Gesamtbewilligungen, 1960 waren es rund 60%. In den beiden folgenden Jahren erreichten die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern immer höhere Anteile. Auf diese Gruppe kamen 1967 nahezu 53% und 1968 sogar 58%, während umgekehrt die Bewilligungen für den Bau von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern von 45% (1967) auf 41% (1968) zurückgingen. Ab 1969 kam es bei den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern wieder zu einem anteilmäßigen Rückgang und entsprechend bei den Ein- und Zweifamilienhäusern zu einem Anstieg. Damit setzte sich die im Vorjahr zu beobachtende Zunahme der Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau fort. Interpretiert werden können die wechselhaften Zu- und Abgänge für die einzelnen Wohnungsanteile mit dem Verhalten der Bauwilligen und der im jeweiligen Bewilligungszeitpunkt herrschenden wirtschaftlichen Situation. Ganz allgemein ist festzustellen, daß bei unsicherer werdender Konjunkturlage (Rezession 1966/67) die An-

Jahr	Ins- gesamt	Öffentliche Mittel		Kapitalmarkt- mittel		Sonstige Mittel	
	1 000 DM	%		1 000 DM	%	1 000 DM	%
1960	205 924	66 250	32,2	64 513	31,3	75 161	36,5
1961	273 627	74 963	27,4	98 062	35,8	100 601	36,8
1962	358 130	91 898	25,7	137 890	38,5	128 341	35,8
1963	336 791	76 631	22,8	137 422	40,8	122 738	36,4
1964	390 907	86 291	22,1	146 920	37,6	157 696	40,3
1965	431 835	123 579	28,6	142 060	32,9	166 195	38,5
1966	318 072	91 240	28,7	107 498	33,8	119 334	37,5
1967	389 227	101 226	26,0	138 893	35,7	149 108	38,3
1968	393 855	91 168	23,1	157 833	40,1	144 854	36,8
1969	348 873	86 413	24,8	134 567	38,6	127 893	36,6
1970	402 509	92 970	23,1	133 383	33,1	176 156	43,8

teile der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zu nehmen und die in Ein- und Zweifamilienhäusern sinken. Eine umgekehrte Aussage trifft für einen ansteigenden Konjunkturverlauf zu.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Prozentsatz der für kinderreiche Familien vorgesehenen Wohnungen nur unmerklich auf insgesamt ein Viertel aller Bewilligungen erhöht. Stark zurückgegangen ist der Anteil der Wohnungen für die aus der sowjetischen Besatzungszone Zugewanderten von 14 auf 8%. In engem Zusammenhang mit den obigen Ausführungen müssen auch die Umschichtungen bei den Bauherren gesehen werden. Noch 1966 dominierten die privaten Bauherren mit einem Anteil von 51%, während es 1969 nur 36% waren. Dieser erhebliche Rückgang ist mit auf die Auswirkungen der vorangegangenen Rezession zurückzuführen. Mit 44% war im Berichtsjahr wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Die Anteile der gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen nahmen von 43% (1966) auf 59% (1969) zu, um 1970 wieder auf 54% abzusinken.

Finanzierungsquellen und Förderungsformen

Von besonderem Interesse ist beim sozialen Wohnungsbau die Herkunft der Mittel. Bei der Art der Finanzierung muß unterschieden werden zwischen öffentlichen Mitteln, Kapitalmarktmitteln und sonstigen Mitteln. Zu den öffentlichen Mitteln zählen die Etatmittel des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die von ihnen zur Förderung des Baues von Wohnungen für die breiten Schichten des Volkes bestimmt sind, sowie die nach dem Lastenausgleichsgesetz für die Wohnraumhilfe bestimmten Mittel des Ausgleichsfonds (§ 6 Abs. 1 II. WoBauG). Dagegen gehören nicht zu den öffentlichen Mitteln Eingliederungsdarlehen nach dem LAG oder aus den öffentlichen Haushalten, Wohnungsbauparprämien, Wohnungsfürsorgemittel des Bundes und der Länder, Mittel zur Obdachlosenunterbringung, Mittel für die Vor- oder Zwischenfinanzierung, unverzinsliche Darlehen, für die Steuervergünstigungen nach § 7 c EStG gewährt werden und Grundsteuervergünstigungen. Kapitalmarktmittel sind langfristige Darlehen von Realkreditinstituten und sonstigen Kapitalsammelstellen wie Sparkassen, Lebens- und Sozialversicherungen sowie Bausparkassen. Darlehen und Hypotheken von Pfandbriefinstituten zählen ebenso dazu. Schließlich rechnen zu den sonstigen Mitteln besonders die eigenen Ersparnisse, der Gegenwert der Eigenhilfe, eingebrachte Baugrundstücke, Arbeitgeber- und Mieterdarlehen sowie Mietvorauszahlungen.

Im Vergleich zu 1969 erhöhte sich die Summe aller Finanzierungsmittel der Sozialwohnungen, die

identisch ist mit den geplanten Gesamtherstellungskosten, um gut 15% auf knapp 403 Mill. DM. Dieser Betrag verteilte sich zu 23, 33 und 44% auf öffentliche Mittel, Kapitalmarktmittel und sonstige Mittel. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Anteile der öffentlichen Hand und der Kapitalmarktmittel um 2 bzw. knapp 6%, während die der sonstigen Mittel um 7% zunahmen und mit fast 44% den höchsten Stand seit Einführung des sozialen Wohnungsbaus hatten. Rückschlüsse auf den gesamtwirtschaftlichen Verlauf des Jahres 1970 läßt eine Aufgliederung der Kapitalmarktmittel zu. Die Auswirkungen der Hochzinspolitik und der damit einhergehenden Geldknappheit hatte nicht zuletzt Einfluß auf die Finanzierung von Bauvorhaben durch Kapitalmarktmittel im sozialen Wohnungsbau. Dabei entfielen in Rheinland-Pfalz auf Gelder der Sparkassen knapp 48% (1969: 58%), auf Privat- und Sozialversicherungen 24% (8%), auf Bausparkassen 16% und auf Pfandbriefinstitute 9%. Die auffallend hohe Zunahme des Anteils der Privat- und Sozialversicherungen ist mit auf die positive wirtschaftliche Situation und die sich daraus ergebende Kapitalansammlung bei diesen Institutionen zurückzuführen.

Bei der Unterscheidung nach Förderungsformen differenziert man nach drei Arten. Neben der Förderung durch Kapitalhilfen und objektbezogenen Beihilfen gibt es die Mischförderung, die eine Kombination der ersten beiden Möglichkeiten darstellt. Wie schon im Vorjahr überwog eindeutig die Mischförderung mit fast 96% im vollgeforderten reinen Wohnungsbau, die restlichen 4% entfielen auf Kapitalhilfen, die somit ihren Anteil gegenüber 1969 verdoppeln konnten. Eine etwas stärkere Verschiebung ergab sich bei den entsprechenden Prozentwerten für sonstige Wohnbauten, zu denen Anstaltsgebäude, teilgeförderte Wohnbauten mit gewerblichen oder landwirtschaftlichen Einrichtungen gehören, mit 97% (92%) für Mischförderung und 3% (8%) bei Kapitalhilfen.

Baukosten

Stark beeinflusst wird die Finanzierungsstruktur durch die Entwicklung der Baukosten, die infolge verschiedenster Einwirkungen 1970 erheblich gestiegen sind. Obwohl im Vergleich zum Vorjahr etwa 250 Wohnungen weniger bewilligt wurden,

Veranschlagte Gesamtherstellungskosten
der bewilligten Sozialwohnungen¹⁾ 1960 - 1970

Jahr	Ins- gesamt	Reine Baukosten				
	1 000 DM	% der Gesamt- kosten	DM je Wohnung	DM je cbm	DM je qm	
1960	154 444	126 665	82,0	26 154	63	338
1961	223 106	-	-	-	-	-
1962	282 621	229 644	81,3	31 930	73	389
1963	282 638	223 285	79,0	37 060	83	449
1964	312 097	249 450	79,9	41 506	91	497
1965	311 777	247 639	79,4	44 507	96	531
1966	238 460	182 922	76,7	49 545	99	550
1967	262 036	196 854	75,1	46 373	98	530
1968	297 422	219 110	73,7	45 772	101	535
1969	254 982	187 722	73,6	48 962	105	564
1970	267 226	200 650	75,1	57 891	114	639

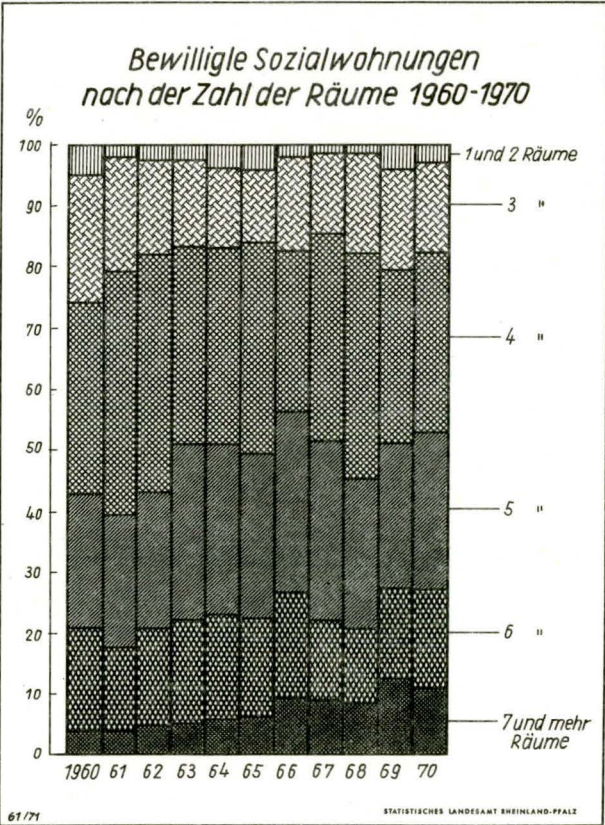
1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude).

lagen die insgesamt veranschlagten Gesamtherstellungskosten bei vollgeforderten reinen Wohnbauten mit 267 Mill. DM um 12 Mill. DM höher als 1969. Von dieser Summe waren 201 Mill. DM (75%) für reine Bauleistungen, das heißt Kosten der Bauleistungen am Gebäude, vorgesehen. 1958 belief sich deren Anteil noch auf 84%. Gründe für diese Entwicklung können im Konkurrenzdenken innerhalb des Baugewerbes gesehen werden, das entscheidende Impulse durch verstärkten maschinellen Einsatz, Förderung neuer Baumethoden und Verwendung von Fertigteillementen erhält. Die veranschlagten reinen Baukosten pro Wohnungseinheit erhöhten sich auf 57 900 DM, was einer Steigerung von 18% gegenüber 1969 entspricht. Die Zunahme der Preise je Kubikmeter umbauten Raumes und je Quadratmeter Wohnfläche beliefen sich auf 114 DM (+ 9%) bzw. 639 DM (+ 13%). Während man für eine Sozialwohnung 1969 im Landesdurchschnitt noch 67 000 DM kalkulierte, mußten im Berichtsjahr schon 75 200 DM veranschlagt werden. Davon war naturgemäß der Anteil der reinen Baukosten für das Gebäude mit 55 400 DM (74%) am höchsten. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis ergaben sich keine nennenswerten Veränderungen bei den Baunebenkosten mit 6 300 DM (8%), den Baugrundstückswerten und Erwerbskosten mit 4 800 DM (6%) sowie den Erschließungskosten und den Kosten der Außenanlagen mit jeweils 2 800 DM und zusammen 8% Anteilen. Auf sonstige Kosten entfielen 3 100 DM (4%).

Wohnungsgröße und Mieten

Die durchschnittliche Wohnfläche der bewilligten vollgeforderten Sozialwohnungen lag 1970 bei 87,4 qm und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 2,3 qm. Unverändert blieb jedoch die Raumzahl mit einem Schnitt von 4,9. Von den beiden größten Bauherrengruppen, den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen sowie den privaten Haushalten mit Anteilen von 54 bzw. 44% aller bewilligten Sozialwohnungen errichteten erstere Wohnungen mit einer durchschnittlichen Flächenzahl von 75,5 qm. Bei den privaten Haushalten betrug die Wohnungsgröße hingegen 109 qm. Die Differenz in der Quadratmeterzahl ergibt sich dadurch, daß die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in den meisten Fällen Mehrfamilienhäuser mit kleineren Wohnungen bauten, während in den von privaten Haushalten errichteten Ein- und Zweifamilienhäusern auf eine größere Wohnfläche Wert gelegt wurde.

Betrachtet man die Sozialwohnungen nach der Zahl der vorgesehenen Räume, so ist wie schon in den Vorjahren eine dominierende Stellung der Vierraumwohnungen mit einem Anteil von 29% zu erkennen. Wohnungen mit fünf Räumen nahmen wieder zu (26%), nachdem als Folge der Rezession mit einem time-lag 1968/69 ein Rückgang auf 24% gegenüber 29% (1967) zu verzeichnen gewesen war. Lagen 1969 noch die Dreiraumwohnungen an dritter (18%) und die Sechsräumwohnungen (15%) an vierter Stelle, so war im Berichtsjahr das Bild mit 15 bzw. 16% umgekehrt. Die schon im Vorjahresbericht getroffene Feststellung, daß in der Unter-



scheidung nach den wichtigsten Gebäudearten in den Mehrfamilienhäusern die Vierraumwohnungen mit 46% Anteil als Standardwohnung zu bezeichnen ist, kann für 1970 voll bestätigt werden, zumal ihr Anteil sogar auf 52% gestiegen ist. Die Quote der Dreiraumwohnungen nahm von 29 auf 36% zu. Bei den Sozialwohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern konnten bei fünf- und sechsräumigen Wohneinheiten nur geringe Veränderungen bemerkt werden, die Anteile betrugen 34 bzw. 33%. Wohnungen mit sieben Räumen sanken auf 24% (— 4%) ab. Damit haben über die Hälfte aller bewilligten Sozialwohnungen in Rheinland-Pfalz fünf und mehr Räume (53%). Dieses Ergebnis liegt

Bewilligte Sozialwohnungen¹⁾ nach Wohnungsgröße und Bauherren 1960 - 1970

Jahr	Insgesamt			Private Haushalte 2)		Gemeinnützige Wohnungs- und ländl. Siedlungsunternehmen ²⁾	
	Raumzahl	cbm	qm	cbm	qm	cbm	qm
	je Wohnung						
1960	4,5	416,8	77,4	465,2	82,1	347,2	70,9
1961	4,5	.	76,2	471,0	82,8	332,7	66,2
1962	4,6	434,9	82,1	489,2	86,0	347,5	71,9
1963	4,7	446,2	82,5	530,1	89,5	369,7	76,2
1964	4,7	455,0	83,5	528,0	91,2	388,3	78,9
1965	4,7	464,0	83,9	554,3	93,7	369,9	74,4
1966	4,9	499,6	90,1	599,0	99,7	416,8	82,8
1967	4,8	474,5	87,4	635,0	105,3	360,0	74,7
1968	4,7	453,1	85,5	624,3	104,3	361,2	74,3
1969	4,9	465,1	85,1	687,2	110,5	368,1	74,5
1970	4,9	478,1	87,4	688,2	108,6	361,1	75,5

1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude).-
2) Ab 1961 nur vollgeforderte reine Wohnbauten, bei denen Baugrundstücks- und Erwerbskosten ausgewiesen waren.

weit über dem Bundesdurchschnitt und ist mit auf den relativ hohen Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser zurückzuführen.

Bei zwei Dritteln aller Sozialwohnungen (nur Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern) lag die veranschlagte Kostenmiete je qm Wohnfläche zwischen 2,70 und 3,09 DM. Für 36% der Wohnungen waren Mieten von 2,70 bis 2,89 DM vorgesehen. Die Auswirkungen der hohen Zinssätze und der erhöhten Baupreise im Jahre 1970 blieben nicht ohne Einfluß auf das Kostengefüge der Mieten, da in knapp 50% aller Fälle Sozialwohnungen zwischen 2,90 und 3,29 DM pro qm kosteten. Im Vorjahr belief sich der Anteil dieser Gruppe auf nur 27%.

2. Zweiter Förderungsweg

Abschließend soll auf die Maßnahmen des zweiten Förderungsweges im steuerbegünstigten sozialen Wohnungsbau hingewiesen werden, der erst seit 1968 in der amtlichen Bewilligungsstatistik ausgewiesen wird. Dabei handelt es sich um Bauvorhaben, die mit direkten

staatlichen Hilfen außerhalb des öffentlich geförderten Wohnungsbaus begünstigt werden. Durch diese Förderung ist vorgesehen, auch jenem Personenkreis den Bezug von Sozialwohnungen zu ermöglichen, der wegen Überschreitens der Einkommensgrenze keinen Anspruch auf eine solche Wohnung hat.

Im Berichtsjahr wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 2 006 Wohnungen mit Darlehen aus öffentlichen Haushalten in Höhe von 6 Mill. DM und durch objektbezogene Zins- bzw. Annuitätzuschüsse von 1 Mill. DM gefördert. Obwohl sich die Zahl der Wohnungen gegenüber 1969 um 129 verminderte, erhöhten sich die zur Verfügung gestellten Mittel um 1,5 Mill. DM. Der Gesamtbetrag der subventionierten Hypotheken und sonstigen Kapitalmarktdarlehen belief sich auf 21 Mill. DM (— 13%). Damit ergab sich für diese Förderungsform ein Anteil von einem Drittel am gesamten Förderungsvolumen. 60% der begünstigten Wohnungen waren als Eigentümerwohnungen (einschließlich eigengenutzte und Kaufeigentumswohnungen) und 35% als Mietwohnungen vorgesehen.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Wohnverhältnis, Größe und Belegung der Wohnungen 1968

Den nachfolgenden Ausführungen liegen als Erhebungsmasse die bei der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 festgestellten Wohnungen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden zugrunde. Als Wohnung galt eine Wohneinheit, die mit einer bautechnisch vorgesehenen Küche oder Kochnische ausgestattet war und nicht im Kellergeschoß oder in einer Unterkunft (Baracke, Nissenhütte, Wohnlaube etc.) lag. Grundsätzlich ausgeklammert bleiben hier alle Wohngelegenheiten, ganz gleich, ob sie in Wohngebäuden, sonstigen Gebäuden oder Unterkünften lagen.

1. Gesamtüberblick

Wohnverhältnis

Rheinland-Pfalz weist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eine äußerst günstige Verteilung des bewohnten Wohnungsbestandes hinsichtlich Eigentümer- und Mietwohnungen auf, denn 52% der bewohnten Wohnungen waren Eigentümerwohnungen

einschließlich der selbstbewohnten Eigentumswohnungen im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes vom 30. März 1951, 48% entfielen auf Mietwohnungen, zu denen alle Wohnungen zählten, die sich nicht im Eigentum des Wohnungsinhabers oder eines Mitgliedes seines Haushaltes befanden, gleichgültig ob die Miete ganz oder teilweise erlassen war oder tatsächlich gezahlt wurde. Auch Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs- und Geschäftsmietwohnungen gehörten hierzu.

Im Bundesdurchschnitt lagen dagegen die Eigentümerwohnungen nur bei etwas über einem Drittel des bewohnten Gesamtwohnungsbestandes. Rheinland-Pfalz mit seinen im Vergleich zu stärker industrialisierten Ländern und ihren großen Ballungsgebieten vielen kleineren Städten und Gemeinden und damit auch im Schnitt erheblich geringeren

Bewohnte Wohnungen¹⁾ in Wohn- und sonstigen Gebäuden nach Wohnverhältnis, Baualter und Raumzahl am 25.10.1968

Wohnverhältnis Baualter	Ins- gesamt	Mit ... Räumen													
		1		2		3		4		5		6		7 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Mietwohnungen in Gebäuden	540 087	6 510	1	62 840	12	189 876	35	183 013	34	65 892	12	19 378	4	12 578	2
bis 1918 errichtet	192 080	1 536	1	27 956	15	66 578	35	57 874	30	23 399	12	8 313	4	6 424	3
1919 - 1948 "	92 107	350	.	9 622	10	34 689	38	30 194	33	10 808	12	4 047	4	2 397	3
1949 und später "	255 900	4 624	2	25 262	10	88 609	35	94 945	37	31 685	12	7 018	3	3 757	1
öffentlich gefördert	101 716	899	1	9 200	9	40 585	40	39 060	38	10 232	10	1 281	1	459	1
nicht öffentlich gefördert	154 184	3 725	2	16 062	11	48 024	31	55 885	36	21 453	14	5 737	4	3 298	2
Eigentümerwohnungen einschl. selbstbewohnter Eigentumswohnungen	578 142	428	.	14 113	2	78 433	14	131 266	23	130 589	23	117 646	20	105 667	18
I n s g e s a m t	1 118 229	6 938	1	76 953	7	268 309	24	314 279	28	196 481	17	137 024	12	118 245	11

1) Ohne Zweitwohnungen und ohne Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind.

Personenzahl		Ins- gesamt	Mit ... Räumen													
			1		2		3		4		5		6		7 und mehr	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Mietwohnungen																
1	Person	102 743	5 041	5	32 175	31	44 170	43	16 566	16	3 482	3	807	1	502	1
2	Personen	156 403	991	.	17 235	11	71 473	46	49 818	32	12 055	8	2 847	2	1 984	1
3	"	122 297	314	.	7 746	6	40 191	33	52 401	43	15 461	13	3 868	3	2 316	2
4	"	91 448	100	.	3 623	4	21 677	24	39 703	43	18 183	20	5 217	6	2 945	3
5	"	40 062	39	.	1 234	3	7 613	19	15 483	39	9 895	25	3 609	9	2 189	5
6	"	15 496	15	.	482	3	2 686	17	5 294	34	3 997	26	1 702	11	1 320	9
7 und mehr	"	11 638	10	.	345	3	2 066	18	3 748	32	2 819	24	1 328	12	1 322	11
Mietwohnungen in bis 1948 errichteten Gebäuden																
1	Person	61 638	1 336	2	19 978	32	26 876	44	10 081	16	2 370	4	594	1	403	1
2	Personen	81 650	311	.	9 730	12	36 769	45	24 592	30	6 892	9	1 940	2	1 416	2
3	"	59 937	143	.	4 395	7	20 007	34	23 355	39	7 971	13	2 462	4	1 604	3
4	"	45 367	56	.	2 210	5	11 203	25	18 033	40	8 689	19	3 179	7	1 997	4
5	"	20 807	23	.	748	4	3 997	19	7 539	36	4 788	23	2 184	11	1 528	7
6	"	8 392	8	.	317	4	1 366	16	2 644	32	2 008	24	1 121	13	928	11
7 und mehr	"	6 396	9	.	200	3	1 049	16	1 824	29	1 489	23	880	14	945	15
Mietwohnungen in 1949 und später errichteten Gebäuden ²⁾																
1	Person	41 105	3 705	9	12 197	30	17 294	42	6 485	16	1 112	3	213	.	99	.
2	Personen	74 753	680	1	7 505	10	34 704	46	25 226	34	5 163	7	907	1	568	1
3	"	62 360	171	.	3 351	6	20 184	32	29 046	47	7 490	12	1 406	2	712	1
4	"	46 081	44	.	1 413	3	10 474	23	21 670	47	9 494	21	2 038	4	948	2
5	"	19 255	16	.	486	3	3 616	19	7 944	41	5 107	27	1 425	7	661	3
6	"	7 104	7	.	165	2	1 320	19	2 650	37	1 989	28	581	8	392	6
7 und mehr	"	5 242	1	.	145	3	1 017	19	1 924	37	1 330	25	448	9	377	7
Öffentlich geförderte Mietwohnungen in 1949 und später errichteten Gebäuden																
1	Person	15 368	716	5	4 465	29	7 560	49	2 318	15	262	2	37	.	10	.
2	Personen	29 750	134	.	2 851	10	15 791	53	9 413	32	1 355	5	142	.	64	.
3	"	24 591	29	.	1 125	5	9 133	37	11 782	48	2 192	9	234	1	96	.
4	"	18 182	13	.	484	3	4 974	27	9 225	51	3 015	17	362	2	109	.
5	"	8 058	4	.	172	2	1 879	23	3 836	48	1 846	23	252	3	69	1
6	"	3 230	2	.	57	2	703	22	1 427	44	873	27	120	4	48	1
7 und mehr	"	2 537	1	.	46	2	545	22	1 059	42	689	27	134	5	63	2
Nicht öffentlich geförderte Mietwohnungen in 1949 und später errichteten Gebäuden																
1	Person	25 737	2 989	12	7 732	30	9 734	38	4 167	16	850	3	176	1	89	.
2	Personen	45 003	546	1	4 654	10	18 913	42	15 813	35	3 808	9	765	2	504	1
3	"	37 769	142	.	2 226	6	11 051	29	17 264	46	5 298	14	1 172	3	616	2
4	"	27 899	31	.	929	3	5 500	20	12 445	45	6 479	23	1 676	6	839	3
5	"	11 197	12	.	314	3	1 737	16	4 108	37	3 261	29	1 173	10	592	5
6	"	3 874	5	.	108	3	617	16	1 223	31	1 116	29	461	12	344	9
7 und mehr	"	2 705	-	-	99	3	472	17	865	32	641	24	314	12	314	12
Eigentümerwohnungen einschl. selbstbewohnter Eigentumswohnungen																
1	Person	60 897	299	.	6 857	11	21 238	35	17 558	29	8 453	14	3 927	7	2 565	4
2	Personen	137 525	92	.	4 542	3	34 312	25	43 382	31	28 419	21	16 163	12	10 615	8
3	"	117 894	16	.	1 317	1	11 954	10	32 834	28	31 488	27	24 037	20	16 248	14
4	"	113 555	17	.	802	1	6 932	6	22 332	20	30 899	27	29 350	26	23 223	20
5	"	74 754	-	-	327	.	2 596	4	9 695	13	18 090	24	22 281	30	21 765	29
6	"	41 330	2	.	137	.	896	2	3 546	9	8 378	20	12 607	31	15 764	38
7 und mehr	"	32 186	2	.	131	.	505	2	1 918	6	4 862	15	9 281	29	15 487	48
Wohnungen insgesamt																
1	Person	163 640	5 340	3	39 032	24	65 408	40	34 124	21	11 935	7	4 734	3	3 067	2
2	Personen	293 928	1 083	.	21 777	7	105 785	36	93 200	32	40 474	14	19 010	7	12 599	4
3	"	240 191	330	.	9 063	4	52 145	22	85 235	35	46 949	19	27 905	12	18 564	8
4	"	205 003	117	.	4 425	2	28 609	14	62 035	30	49 082	24	34 567	17	26 168	13
5	"	114 816	39	.	1 561	1	10 209	9	25 178	22	27 985	24	25 890	23	23 954	21
6	"	56 826	17	.	619	1	3 582	6	8 840	16	12 375	22	14 309	25	17 084	30
7 und mehr	"	43 824	12	.	476	1	2 571	6	5 666	13	7 681	18	10 609	24	16 809	38

1) Ohne Zweitwohnungen und ohne Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind. - 2) Einschl. öffentlich und nicht öffentlich geförderter Wohnungen.

Bodenpreisen hatte hier in der Vergangenheit eindeutige Lagevorteile für die Eigentumsbildung in Form von Haus- und Grundbesitz. In größeren Städten läßt sich infolge der enorm hohen Baulandpreise eben fast nur in mehrgeschossiger Bauweise, bei der meist Mietwohnungen bevorzugt werden, einigermaßen rentabel bauen. Welchen Einfluß die Gemeindegröße auf die Verteilung der Wohnungen nach dem Wohnverhältnis hat, zeigt

sich an folgenden Werten: Entfielen in den Gemeinden unseres Landes mit unter 5 000 Einwohnern über zwei Drittel der bewohnten Wohnungen auf Eigentümerwohnungen, so waren es in Gemeinden von 5 000 bis unter 20 000 Einwohner nur noch knapp die Hälfte, in den dazwischenliegenden Größenklassen von 20 000 bis unter 100 000 etwas über 30% und in den Großstädten lediglich nicht ganz ein Viertel.

Wohnungsgröße Personenzahl	Insgesamt		Eigentümerwohnungen						Mietwohnungen					
			zusammen		ohne selbst- bewohnte Eigentums- wohnungen				zusammen		in ... errichteten Gebäuden			
	Anzahl	%									bis 1948		1949 und später	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wohnungen mit 1 oder 2 Räumen ²⁾	83 891	100	14 541	100	14 193	100	69 350	100	39 464	100	29 886	100		
1 oder 2 Personen	67 232	80	11 790	81	11 473	81	55 442	80	31 355	79	24 087	81		
3 oder mehr "	16 659	20	2 751	19	2 720	19	13 908	20	8 109	21	5 799	19		
Wohnungen mit 3 Räumen ²⁾	268 309	100	78 433	100	77 235	100	189 876	100	101 267	100	88 609	100		
1 oder 2 Personen	171 193	64	55 550	71	54 584	71	115 643	61	63 645	63	51 998	59		
3 "	52 145	19	11 954	15	11 811	15	40 191	21	20 007	20	20 184	23		
4 oder mehr "	44 971	17	10 929	14	10 840	14	34 042	18	17 615	17	16 427	18		
Wohnungen mit 4 Räumen ²⁾	314 279	100	131 266	100	128 896	100	183 013	100	88 068	100	94 945	100		
1 oder 2 Personen	127 325	40	60 941	46	59 607	46	66 384	36	34 673	39	31 711	33		
3 oder 4 "	147 270	47	55 166	42	54 275	42	92 104	50	41 388	47	50 716	54		
5 oder mehr "	39 684	13	15 159	12	15 014	12	24 525	14	12 007	14	12 518	13		
Wohnungen mit 5 Räumen ²⁾	196 481	100	130 589	100	129 410	100	65 892	100	34 207	100	31 685	100		
1 oder 2 Personen	52 409	27	36 872	28	36 434	28	15 537	24	9 262	27	6 275	20		
3 - 5 "	124 016	63	80 477	62	79 783	62	43 539	66	21 448	63	22 091	70		
6 oder mehr "	20 056	10	13 240	10	13 193	10	6 816	10	3 497	10	3 319	10		
Wohnungen mit 6 oder mehr Räumen ²⁾	255 269	100	223 313	100	222 940	100	31 956	100	21 181	100	10 775	100		
1 oder 2 Personen	39 410	15	33 270	15	33 185	15	6 140	19	4 353	20	1 787	16		
3 - 6 "	188 441	74	165 275	74	165 005	74	23 166	73	15 003	71	8 163	76		
7 oder mehr "	27 418	11	24 768	11	24 750	11	2 650	8	1 825	9	825	8		
Insgesamt	1 118 229	100	578 142	52	572 674	99	540 087	48	284 187	53	255 900	47		

1) Ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern sowie übrige Zweitwohnungen und Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind. - 2) Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung.

Von den 1949 und später erbauten Mietwohnungen waren 40% öffentlich gefördert im Sinne des Ersten und Zweiten Wohnungsbaugesetzes, 60% wurden im freifinanzierten und steuerbegünstigten Wohnungsbau errichtet. Hier dürfte in erheblichem Maße die Initiative privater Einzelbauherren wirksam geworden sein, während der öffentlich geförderte soziale Mietwohnungsbau sehr stark von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften getragen wird.

Raumzahl und Wohnfläche

Mehr als die Hälfte der am Zählungstichtag vorhandenen bewohnten Wohnungen konzentrierte sich auf solche mittlerer Größe mit drei (24%) und vier Räumen (28%). Kleinwohnungen mit einem Raum oder zwei Räumen waren nur zu 1 bzw. 7% vertreten, ein Anteil, der auch den entsprechenden Werten der jährlichen Baufertigstellungsstatistik der letzten fünf Jahre entspricht. Großwohnungen mit fünf und mehr Räumen brachten es zusammen immerhin noch auf 40%.

Nicht zuletzt ist das Dominieren der Drei- und Vierraumwohnungen durch den Mietwohnungsbau hervorgerufen worden, denn in dieser Wohnungskategorie betrug ihr Anteil 69%, beim öffentlich geförderten Mietwohnungsbau sogar 78%. Die großen Wohnungen mit fünf und mehr Räumen waren hier schon ihrer verhältnismäßig schwierigen Vermietbarkeit wegen infolge hoher Mietpreise nur mit insgesamt 18% vertreten, bei den Eigentümerwohnungen dagegen mit 61%. Besonders im Einfamilien-Eigenheim, wo Grundstücks-, Keller- und Dachgeschoßkosten schon sehr erhebliche Teile der Gesamtbaukosten ausmachen, wird aller Erfahrung nach flächen- und raummäßig relativ viel großzügiger gebaut als im Mietwohnungsbau; es kommt

gewissermaßen auf einige qm mehr nicht an. Kleine Wohnungen mit einem Raum sind bei den Eigentümerwohnungen fast gar nicht nachzuweisen, Wohnungen mit zwei Räumen nur zu 2%. Bei den Mietwohnungen stellten sich die entsprechenden Anteilsätze aber auf 1 und 12%.

Es darf festgehalten werden, daß sich mit dem schnell steigenden Masseneinkommen in den letzten anderthalb Jahrzehnten ein starker Hang zum höheren Wohnkomfort ausgebildet hat, der sich nicht nur in einer laufend verbesserten Ausstattung, sondern vor allem auch in einer größeren verfügbaren Raumzahl und Wohnfläche äußert. Als Beweis sei der Anteil der Wohnungen mit fünf und mehr Räumen im Jahre 1956 herangezogen. Er betrug damals 29%, im Jahre 1968 aber, wie erwähnt, schon 40%, was eine Steigerung um fast 40% bedeutet. In gewissem Maße hat die Wohnung das Automobil, welches Massenkonsumgut geworden ist, als Statussymbol abgelöst.

Gliedert man den vorhandenen Wohnungsbestand — ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäuser — nach ihrer Wohnfläche, so gelangt man zu weitgehend kongruenten Ergebnissen mit der Unterteilung nach der Raumzahl. Kleinwohnungen unter 40 qm Wohnfläche waren nur zu 11% vertreten, Wohnungen mittlerer Größe von 40 bis unter 60 und von 60 bis unter 80 qm zu 25 bzw. 26% und endlich die größeren Wohnungen von 80 und mehr qm zu 38%, wobei die Wohnungen von 100 und mehr qm immerhin auf einen Anteil von 21% kamen. Am stärksten waren die Kleinwohnungen unter 40 qm Wohnfläche bei den bis 1948 erbauten Mietwohnungen nachzuweisen (21%), umgekehrt hatten die Großwohnungen ab 100 qm ihren Schwerpunkt mit 33% bei den Eigentümer-

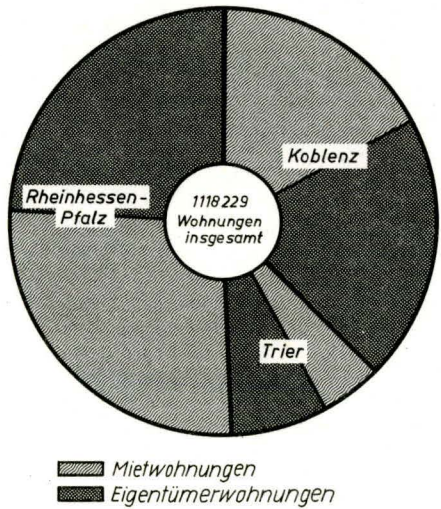
wohnungen. Der öffentlich geförderte soziale Mietwohnungsbau konzentrierte sich mit 78% in die Größenklasse von 40 bis unter 80 qm Fläche. Auch die Eigentumswohnungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz von 1951 fielen zu 60% in diese Spanne.

Von Interesse ist auch der Schwerpunkt innerhalb der einzelnen Wohnflächengrößenklassen, welcher näherungsweise durch die Anzahl der im Durchschnitt auf eine Wohnung der jeweiligen Klasse entfallenden qm bestimmt wird. In der Reihenfolge der nachgewiesenen Wohnungsgrößenklassen unter 40 qm, 40 bis unter 60 qm, 60 bis unter 80 qm, 80 bis unter 100 qm und 100 oder mehr qm lauten die entsprechenden Werte 31, 49, 68, 87 und 130 qm. Die Untergliederung nach Eigentümer- und Mietwohnungen und innerhalb der neueren Mietwohnungen nach öffentlich geförderten und nicht öffentlich geförderten Wohnungen bringt kaum Veränderungen dieser Werte.

Belegung mit Personen

Recht gute Anhaltspunkte für die Wohnungsver-sorgung der Bevölkerung liefert die Untergliederung des Wohnungsbestandes nach Raumzahl und Belegung mit Personen. Das Bild, das sich für Rheinland-Pfalz ergibt, ist ausgesprochen günstig, wenigstens soweit es sich nicht um Wohnparteien mit sehr vielen Personen handelt. Von den Einpersonenhaushalten brauchten nur 3% mit einem Raum auszukommen, dagegen hatten über 60% drei oder vier Räume zur Verfügung, und immerhin ein Viertel bewohnte zwei Räume. Wohnparteien mit zwei Personen konnten zu 68% über Drei- und Vierraumwohnungen verfügen, genau ein Viertel

Bewohnte Wohnungen nach dem Wohnverhältnis in den Regierungsbezirken am 25. 10. 1968



von ihnen sogar über Wohnungen mit fünf und mehr Räumen. Mit steigender Personenzahl je Wohnung verschieben sich entsprechend die Anteilsätze in die höheren Wohnungsgrößenklassen, wobei sich allerdings das Verhältnis von Personenzahl zu Raumzahl verschlechtert. So hatten Haus-

Bewohnte Wohnungen ¹⁾ nach Personenzahl, Wohnverhältnis, Gemeindegrößenklassen und Raumzahl am 25. 10. 1968

Wohnungsgröße Personenzahl	Insgesamt		Eigentümerwohnungen						Mietwohnungen					
			In Gemeinden mit ... Einwohnern											
			unter 2 000	2 000 - 5 000	5 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	100 000 und mehr	unter 2 000	2 000 - 5 000	5 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	100 000 und mehr
	Anzahl	%												
Wohnungen mit 1 oder 2 Räumen ²⁾	83 891	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1 oder 2 Personen	67 232	80	76	82	84	86	83	87	74	77	80	83	82	84
3 oder mehr "	16 659	20	24	18	16	14	17	13	26	23	20	17	18	16
Wohnungen mit 3 Räumen ²⁾	268 309	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1 oder 2 Personen	171 193	64	64	71	74	76	77	78	56	57	59	65	63	64
3 "	52 145	19	17	15	15	14	14	13	22	22	22	20	20	21
4 oder mehr "	44 971	17	19	14	11	10	9	9	22	21	19	15	17	15
Wohnungen mit 4 Räumen ²⁾	314 279	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1 oder 2 Personen	127 325	40	42	44	48	55	54	53	36	34	35	39	38	36
3 oder 4 "	147 270	47	43	44	42	38	38	39	48	51	52	49	48	52
5 oder mehr "	39 684	13	15	12	10	7	8	8	16	15	13	12	14	12
Wohnungen mit 5 Räumen ²⁾	196 481	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1 oder 2 Personen	52 409	27	24	28	31	35	35	32	27	24	23	25	25	21
3 - 5 "	124 016	63	62	63	61	59	59	61	61	65	68	65	64	69
6 oder mehr "	20 056	10	14	9	8	6	6	7	12	11	9	10	11	10
Wohnungen mit 6 oder mehr Räumen ²⁾	255 269	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1 oder 2 Personen	39 410	15	12	16	18	21	20	18	23	18	18	19	19	16
3 - 6 "	188 441	74	74	75	74	73	73	72	68	74	75	74	73	74
7 oder mehr "	27 418	11	14	9	8	6	7	10	9	8	7	7	8	10
Insgesamt	1 118 229	100	23	9	9	4	3	4	8	6	9	7	6	12

1) Ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern sowie übrige Zweitwohnungen und Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind. - 2) Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung.

Bewohnte Wohnungen¹⁾ in Wohn- und sonstigen Gebäuden nach Regierungsbezirken, Wohnverhältnis, Baualter und Raumzahl am 25.10.1968

Regierungsbezirk Wohnverhältnis Baualter	Ins- gesamt	Mit ... Räumen									
		1 und 2		3		4		5		6 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<u>Koblenz</u>	411 849	28 884	7	93 924	23	112 550	27	75 213	18	101 278	25
Mietwohnungen in Gebäuden	188 572	23 139	12	64 596	34	63 413	34	24 855	13	12 569	7
bis 1948 errichtet	104 601	14 718	14	36 959	35	31 822	31	12 917	12	8 185	8
1949 und später "	83 971	8 421	10	27 637	33	31 591	38	11 938	14	4 384	5
Eigentümerwohnungen einschl.selbst- bewohnter Eigentumswohnungen	223 277	5 745	3	29 328	13	49 137	22	50 358	22	88 709	40
<u>Trier</u>	132 778	7 518	6	22 202	17	31 876	24	27 067	20	44 115	33
Mietwohnungen in Gebäuden	50 762	5 973	12	15 374	30	17 240	34	7 754	15	4 421	9
bis 1948 errichtet	28 884	3 948	13	8 898	31	8 888	31	4 254	15	2 896	10
1949 und später "	21 878	2 025	9	6 476	30	8 352	38	3 500	16	1 525	7
Eigentümerwohnungen einschl.selbst- bewohnter Eigentumswohnungen	82 016	1 545	2	6 828	8	14 636	18	19 313	24	39 694	48
<u>Rheinhausen-Pfalz</u>	573 602	47 489	8	152 183	27	169 853	30	94 201	16	109 876	19
Mietwohnungen in Gebäuden	300 753	40 238	13	109 906	37	102 360	34	33 283	11	14 966	5
bis 1948 errichtet	150 702	20 798	14	55 410	37	47 358	31	17 036	11	10 100	7
1949 und später "	150 051	19 440	13	54 496	36	55 002	37	16 247	11	4 866	3
Eigentümerwohnungen einschl.selbst- bewohnter Eigentumswohnungen	272 849	7 251	3	42 277	15	67 493	25	60 918	22	94 910	35
In s g e s a m t	1 118 229	83 891	7	268 309	24	314 279	28	196 481	18	255 269	23
Mietwohnungen in Gebäuden	540 087	69 350	13	189 876	35	183 013	34	65 892	12	31 956	6
bis 1948 errichtet	284 187	39 464	14	101 267	36	88 068	31	34 207	12	21 181	7
1949 und später "	255 900	29 886	12	88 609	35	94 945	37	31 685	12	10 775	4
Eigentümerwohnungen einschl.selbst- bewohnter Eigentumswohnungen	578 142	14 541	2	78 433	13	131 266	23	130 589	23	223 313	39

1) Ohne Zweitwohnungen und ohne Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind.

halte mit sechs Personen je Wohnung nur zu 55% auch sechs oder mehr Räume, 45% mußten mit fünf und weniger Räumen auskommen; die Grundforderung jeder Wohnungspolitik, je Person mindestens einen Raum bereitzustellen, war in diesen Fällen also nicht erfüllt. Bei den ausgesprochenen Großhaushalten mit sieben und mehr Personen je Wohnung bewohnten sogar nur 38% auch sieben oder mehr Räume, ein Fünftel mußte sich mit vier oder weniger Räumen begnügen.

Ganz erheblich differenziert waren allerdings die Relationen von Belegung der Wohnungen mit Personen zu Raumzahl der Wohnungen in einer weiteren Untergliederung nach dem Wohnverhältnis und zum Teil auch — bei den Mietwohnungen nämlich — nach dem Baualter. Zweifellos am besten versorgt zeigten sich die Eigentümer. Es sei nur erwähnt, daß auf Wohnparteien mit fünf Personen je Wohnung zu 83% Wohnungen mit fünf und mehr Räumen kamen, auf solche mit sechs Personen zu 69% Wohnungen mit sechs und mehr Räumen und endlich auf Großhaushalte mit sieben und mehr Personen zu immerhin noch 48% Wohnungen mit sieben und mehr Räumen. Dagegen stellten sich bei den Mietwohnungen in der gleichen Reihenfolge der Personen und Raumzahlen die Werte auf 39, 20 und 11%. Noch erheblich schlechter war die Versorgung in Mietwohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus (nach 1948 gebaut). Hier betrugen die korrespondierenden Werte 27, 5 und 2%. Zwei Drittel dieser mit sieben und mehr Personen belegten Wohnungen hatten vier und weniger Räume.

Sicherlich spielte hier das bei Sozialwohnungen durch entsprechende Gesetze und Verordnungen auf die Kostenmiete fixierte und vergleichsweise niedrige Mietenniveau — insbesondere der älteren Sozialwohnungen — die ausschlaggebende Rolle. Viele größere Familien, die sich vom Einkommen her eine größere Wohnung leisten konnten und denen am Markt auch eine solche Wohnung zur Verfügung stand, behielten lieber aus finanziellen Gründen die Sozialwohnung und schränkten sich räumlich ein. Vielleicht ändert sich das mit dem Inkrafttreten des Zweiten Wohngeldgesetzes ab 1. Januar 1971, denn im Gegensatz zum Ersten Wohngeldgesetz vom 1. April 1965 spielt jetzt bei der Wohngeldberechnung die Wohnfläche der Wohnung keine Rolle mehr, so daß im wesentlichen nur anrechenbares Familieneinkommen, Personenzahl des Haushaltes und Miete für die Wohngeldhöhe ausschlaggebend sind und Hemmungen der eben erwähnten Art die Grundlage entzogen ist.

2. Gemeindegrößenklassen

Die durchschnittliche Quadratmeterzahl je Wohnungsgrößenklasse wies in den Gemeinden, ganz gleich wieviel Einwohner sie hatten, kaum Unterschiede auf, auch wenn man nach Wohnverhältnis und Baualter untergliedert. Hinsichtlich der Anteile der einzelnen Wohnungsgrößenklassen innerhalb der nach der Einwohnerzahl gestaffelten Gemeinden ergaben sich aber gewisse Abhängigkeiten von der Gemeindegröße, besonders wenn die entsprechenden Bevölkerungsanteile zum Vergleich herangezogen werden. Es seien hier nur die aus-

Bewohnte Wohnungen¹⁾ in Wohn- und sonstigen Gebäuden nach Wohnverhältnis, Personenzahl, Raumzahl und Regierungsbezirken am 25.10.1968

Wohnverhältnis Personenzahl		Ins- gesamt	Mit ... Räumen											
			1 und 2		3		4		5		6		7 und mehr	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Koblenz														
Mietwohnungen mit														
1	Person	36 379	12 771	35	15 803	43	5 927	16	1 336	4	326	1	216	1
2	Personen	54 475	5 903	11	24 409	45	17 606	32	4 654	9	1 130	2	773	1
3	"	41 801	2 625	6	13 233	32	17 891	43	5 668	14	1 436	3	948	2
4	"	32 609	1 194	4	7 300	22	13 898	43	7 025	22	2 061	6	1 131	3
5	"	14 319	397	3	2 451	17	5 345	37	3 746	26	1 487	11	893	6
6	"	5 307	147	3	801	15	1 652	31	1 494	28	672	13	541	10
7 und mehr	"	3 682	102	3	599	16	1 094	30	932	25	469	13	486	13
Eigentümerwohnungen einschl. selbst- bewohnter Eigentumswohnungen mit														
1	Person	22 214	2 877	13	7 880	35	6 109	28	2 925	13	1 474	7	949	4
2	Personen	51 104	1 782	3	12 695	25	15 861	31	10 523	21	6 151	12	4 092	8
3	"	44 602	500	1	4 522	10	12 342	28	11 939	27	9 221	21	6 078	13
4	"	44 983	362	1	2 741	6	8 833	20	12 283	27	11 763	26	9 001	20
5	"	30 331	124	.	1 013	3	3 959	13	7 324	24	9 305	31	8 606	29
6	"	17 250	53	.	312	2	1 367	8	3 492	20	5 519	32	6 507	38
7 und mehr	"	12 793	47	.	165	2	666	5	1 872	15	3 870	30	6 173	48
Trier														
Mietwohnungen mit														
1	Person	9 509	3 122	33	3 894	41	1 820	19	466	5	128	1	79	1
2	Personen	14 103	1 640	12	5 512	39	4 717	33	1 465	10	414	3	355	3
3	"	10 671	662	6	3 033	29	4 585	43	1 638	15	468	4	285	3
4	"	8 921	326	4	1 821	20	3 722	42	2 023	23	641	7	388	4
5	"	4 312	133	3	681	16	1 500	35	1 224	28	480	11	294	7
6	"	1 827	49	3	244	13	530	29	560	31	267	14	177	10
7 und mehr	"	1 419	41	3	189	13	366	26	378	27	213	15	232	16
Eigentümerwohnungen einschl. selbst- bewohnter Eigentumswohnungen mit														
1	Person	6 698	680	10	1 816	27	1 980	29	1 194	18	586	9	442	7
2	Personen	15 092	478	3	2 571	17	4 429	29	3 652	24	2 188	15	1 774	12
3	"	14 579	182	1	1 131	8	3 297	23	4 011	27	3 304	23	2 654	18
4	"	16 542	113	1	777	5	2 704	16	4 465	27	4 463	27	4 020	24
5	"	12 975	50	.	337	3	1 334	10	3 149	24	3 980	31	4 125	32
6	"	8 357	19	.	123	1	543	7	1 714	21	2 591	31	3 367	40
7 und mehr	"	7 772	23	.	73	1	348	5	1 128	15	2 200	28	4 000	51
Rheinhesen-Pfalz														
Mietwohnungen mit														
1	Person	56 855	21 323	37	24 473	43	8 819	16	1 680	3	353	1	207	.
2	Personen	87 825	10 683	12	41 552	47	27 495	31	5 936	7	1 303	2	856	1
3	"	69 825	4 773	7	23 925	34	29 925	43	8 155	12	1 964	3	1 083	1
4	"	49 918	2 203	5	12 556	25	22 083	44	9 135	18	2 515	5	1 426	3
5	"	21 431	743	3	4 481	21	8 638	40	4 925	23	1 642	8	1 002	5
6	"	8 362	301	4	1 641	20	3 112	37	1 943	23	763	9	602	7
7 und mehr	"	6 537	212	3	1 278	20	2 288	35	1 509	23	646	10	604	9
Eigentümerwohnungen einschl. selbst- bewohnter Eigentumswohnungen mit														
1	Person	31 985	3 599	11	11 542	36	9 469	30	4 334	13	1 867	6	1 174	4
2	Personen	71 329	2 374	3	19 046	27	23 092	32	14 244	20	7 824	11	4 749	7
3	"	58 713	651	1	6 301	11	17 195	29	15 538	26	11 512	20	7 516	13
4	"	52 030	344	.	3 414	7	10 795	21	14 151	27	13 124	25	10 202	20
5	"	31 448	153	.	1 246	4	4 402	14	7 617	24	8 996	29	9 034	29
6	"	15 723	67	.	461	3	1 636	10	3 172	20	4 497	29	5 890	38
7 und mehr	"	11 621	63	.	267	2	904	8	1 862	16	3 211	28	5 314	46

1) Ohne Zweitwohnungen und ohne Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind.

gesprochen kleinen und die überdurchschnittlich großen Wohnungen hervorgehoben. Die insgesamt im Lande vorhandenen Wohnungen unter 40 qm Wohnfläche entfielen nur zu 25% auf Gemeinden unter 2 000 Einwohner, obgleich hier 34% der Bevölkerung lebten, andererseits vereinigten die Großstädte 20% dieser Kleinwohnungen auf sich, obwohl ihr Bevölkerungsanteil lediglich 15% betrug. Umgekehrt war das Verhältnis bei den Wohnungen mit 100 und mehr qm Wohnfläche. 43% kamen auf Gemeinden unter 2 000 Einwohner aber nur 9% auf Großstädte. Die Erklärung ist in der

noch immer recht unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur von Stadt und Land zu suchen, die wegen der abweichenden durchschnittlichen Familiengröße zwangsläufig zu einer von den groben Bevölkerungsanteilen der Gemeindegrößtenklassen unterschiedlichen Verteilung der Wohnungen nach der in ihnen zur Verfügung stehenden Wohnfläche führt.

Auch an globalen Belegungszahlen wird dieser Sachverhalt klar. Bewohnten in Kleingemeinden unter 2 000 Einwohner durchschnittlich 3,4 Personen eine Wohnung, so fiel dieser Wert mit steigen-

der Gemeindegröße ab. In Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohner betrug er 2,8 und in Großstädten 3,0 Personen.

Es überrascht daher auch nicht, daß gerade in den Kleingemeinden eine relativ stärkere Überbelegung von Wohnungen festzustellen war als in den größeren Städten. Hier wurden bei den Eigentümerwohnungen 24% der Wohnungen mit einem oder mit zwei Räumen von drei oder mehr Personen bewohnt, 19% der Dreiraumwohnungen von vier oder mehr Personen, 15% der Vierraumwohnungen von fünf oder mehr Personen, 14% der Fünfraumwohnungen von sechs oder mehr Personen und ebenfalls 14% der Wohnungen mit sechs oder mehr Räumen von sieben oder mehr Personen. In den Großstädten dagegen lauteten die Werte in der gleichen Reihenfolge 13, 9, 8, 7 und 10%. Ungefähr die gleichen Verhältnisse ließen sich auf dem Mietwohnungssektor nachweisen.

3. Regionale Unterschiede

Die Wohnverhältnisse stellten sich in den drei Regierungsbezirken des Landes recht differenziert dar. Während im Landesdurchschnitt sich der Wohnungsbestand zu 48% in Miet- und zu 52% in Eigentümerwohnungen gliederte, waren die entsprechenden Werte im mehr ländlich strukturierten Bezirk Trier 38 und 62% und im stärker industrialisierten Bezirk Rheinhessen-Pfalz 52 und 48%. Koblenz kam dem Landesschnitt mit Anteilen von 46 und 54% am nächsten.

Auch die Verteilung der Wohnungen auf die nach der Raumzahl gestaffelten Wohnungsgrößen war von Regierungsbezirk zu Regierungsbezirk sehr verschieden voneinander. Der Bezirk Trier hatte mit 23% seines Wohnungsbestandes die wenigsten Wohnungen mit drei und weniger Räumen und mit 33% die weitaus meisten Wohnungen mit sechs und mehr Räumen. Selbstverständlich ist

auch hier die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur die Ursache, denn abweichend vom Landeschnitt, wo nach den letzten verfügbaren Werten aus der Volkszählung 1961 auf einen Haushalt 3,0 Personen kamen, betrug im Bezirk Trier dieser Satz 3,4 Personen. Das umgekehrte Beispiel bietet wiederum Rheinhessen-Pfalz: Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von nur 2,9 Personen je Haushalt bestanden hier die vorhandenen Wohnungen zu immerhin 35% aus Ein- bis Dreiraumwohnungen und nur zu 19% aus Wohnungen mit sechs und mehr Räumen. Koblenz lag auch hier fast genau im Landesdurchschnitt von 31% Ein- bis Dreiraumwohnungen und 23% Großwohnungen. Nach dem Wohnverhältnis gegliedert waren die Zahlen zum Teil noch eindrucksvoller: 48% der Eigentümerwohnungen zählten im Bezirk Trier zu den Wohnungen mit sechs und mehr Räumen, in Rheinhessen-Pfalz nur 35%. Die am meisten vertretenen Wohnungstypen waren im Regierungsbezirk Koblenz die Vierraumwohnungen und die Großwohnungen mit sechs und mehr Räumen (insgesamt 52%), desgleichen im Bezirk Trier (insgesamt 57%), während es in Rheinhessen-Pfalz die Drei- und Vierraumwohnungen waren (insgesamt 57%).

Interessante Abstufungen zeigten sich in den drei Bezirken hinsichtlich Belegung der Wohnungen mit Personen in Verbindung mit der zur Verfügung stehenden Raumzahl. Auch sie sind auf die im Gegensatz zwischen städtischen und ländlichen Siedlungsformen begründeten und schon mehrfach erwähnten bevölkerungs- und wohnungsstrukturellen Unterschiede zurückzuführen. Gewissermaßen schlaglichtartig sei nur erwähnt, daß im Bezirk Trier in 16% der Mietwohnungen und 51% der Eigentümerwohnungen, soweit sie mit sieben und mehr Personen belegt waren, auch sieben und mehr Räume vorhanden waren, in Rheinhessen-Pfalz waren die korrespondierenden Anteile 9 und 46%.

Dr. P. Baron

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 567	3 684 ^P	3 674	3 677	3 681	3 698	3 700
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 304	2 305	1 481	2 326	2 588	1 375	1 645 ^P	2 113 ^P	2 488 ^P
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	6,5	6,3	5,3	7,5	8,6	4,4 ^P	5,8 ^P	6,7 ^P	8,2 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	5 373	4 059	4 131	4 432	4 461	3 569	4 180 ^P	4 768 ^P	4 203 ^P
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	15,1	11,0	14,7	14,2	14,8	11,4 ^P	14,7 ^P	15,2 ^P	13,8 ^P
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 345	3 641	3 529	3 844	3 372	3 738	3 481 ^P	4 297 ^P	3 746 ^P
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,9	12,5	12,3	11,2	11,9 ^P	12,3 ^P	13,7 ^P	12,3 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	129	103	99	121	102	84
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	25,4	24,0	27,3	22,9	23,5
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	2 028	418	602	588	1 089	- 169	699 ^P	471 ^P	457 ^P
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	5,7	1,1	2,1	1,9	3,6	- 0,5 ^P	2,5 ^P	1,5 ^P	1,5 ^P
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 083	10 822	8 266	10 297	12 218	9 179	8 327
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 074	9 085	6 578	8 105	9 473	7 661	6 986
* Wanderungsgewinn oder -verlust	Anzahl	1 009	1 737	1 688	2 192	2 745	1 518	1 341
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 017	10 417	7 642	8 956	11 192	9 313	7 632
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8,4	9,5	20,6	12,4	6,1	22,2	17,2	11,2	8,0
* Männer	1 000	6,8	6,5	17,2	9,6	3,4	17,0	12,3	7,0	3,9
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	755	905	3 643	1 649	100	2 987	1 582	574	92
Bauberufe	Anzahl	948	933	3 236	1 533	229	3 057	2 010	804	436
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 372	4 705	9 050	5 868	3 480	10 398	8 900	6 310	3 850
Offene Stellen	Anzahl	27 607	33 113	33 812	36 020	35 952	24 796	27 577	29 317	30 738
Männer	Anzahl	15 420	20 838	20 912	22 631	22 587	15 612	17 508	18 559	19 436
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	327	461	503	534	458	456	569	525	535
Bauberufe	Anzahl	2 508	3 110	3 123	3 704	3 758	2 070	2 848	3 043	3 559
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	15 003	16 790	17 324	17 999	17 629	11 829	12 636	13 469	12 650
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	739	726
* Milchkühe	1 000	298	266
* Schweine	1 000	722	827	.	785	.	.	.	825	.
* Zuchtsauen	1 000	56	77	.	70	.	.	.	73	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	33	46	.	42	.	.	.	42	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	17	20	19	22	20	21	18	22	18
* Kälber	1 000	5	2	2	3	2	2	2	2	2
* Schweine	1 000	101	100	95	114	97	106	97	118	99
* Hausschlachtungen	1 000	24	20	26	25	20	33	25	29	19
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	11,0	11,9	10,5	13,0	11,9	11,4	10,4	13,1	11,6
* Rinder	1 000 t	4,2	5,2	4,7	5,4	5,3	5,2	4,5	5,8	4,9
* Kälber	1 000 t	0,3	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
* Schweine	1 000 t	6,4	6,5	5,6	7,3	6,4	6,0	5,8	7,1	6,5
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	310	320	719	656	564	185	356	403	381
* für Legehennenküken	1 000	17	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	18	50	43	35	65	52	43	31	51
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	18	50	43	35	65	52	43	31	51
Milch										
* Milcherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	82	83	78	89	88	76	75	86	88
* Milchleistung je Kuh und Tag	%	72,1	79,5	76,6	78,5	80,3	79,3	78,4	79,1	80,0
	kg	8,9	9,7	9,6	10,2	10,4	9,3	10,0	10,5	11,0

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	3 229	3 005	3 002	3 009	3 004	3 006	3 023	3 045	3 053
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	379	407	401	404	404	406	407	409	407
* Arbeiter 2)	1 000	294	306	303	306	305	304	304	306	303
* Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	48	48	46	49	51	46	45	51	48
Löhne und Gehälter (brutto)	Mill. DM	302	491	418	448	455	488	472	514	513
* Löhne (brutto)	Mill. DM	209	328	277	302	305	321	307	346	341
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	93	163	141	146	150	167	165	168	172
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	203	103	115	120	113	106	92	110	78
* Gasverbrauch (ohne Erdgas)	1 000 Nm 3	32 600	30 876	35 589	38 032	34 669	23 246	21 314	23 512	21 683
* Heizölverbrauch	1 000 t	117	195	215	228	199	240	218	235	200
* Stromverbrauch	Mill. kWh	592	788	726	874	797	778	761	836	800
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	231	313	347	367	324	354	320	346	286
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 4)	Mill. DM	1 412	2 331	2 024	2 172	2 386	2 123	2 299	2 681	2 491
* Auslandsumsatz	Mill. DM	230	504	458	511	517	439	523	581	519
Index der industriellen Produktion 5)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	129	200	179	195	207	180	198	202	223 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	131	210	199	210	216	198	214	219	231 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	131	211	200	211	218	197	214	219	232
Energiewirtschaft	1962 = 100	115	175	182	180	172	211	206	206	216 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	137	219	207	218	241	203	227	239	247
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	119	154	81	111	158	71	113	134	180
Chemische Industrie	1962 = 100	151	256	264	269	289	259	282	293	290
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	128	280	261	274	261	247	273	262	293
Maschinenbau und Datenverarbeitung	1962 = 100	111	237	225	240	196	169	224	182	215
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	123	162	161	173	170	166	165	172	179
Schuhindustrie	1962 = 100	118	111	132	132	126	121	125	128	122
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	128	162	146	152	142	153	161	155	170
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	148	70	117	158	82	114	115	177
Handwerk 6)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962=100	.	103	.	100	.	.	.	100	.
* Umsatz	VjD 1962=100	.	181	.	137	.	.	.	167	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962=100	.	177	.	127	.	.	.	162	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	170	233	222	287	240	225
Strombezug (netto)	Mill. kWh	474	708	663	674	690	817	723	864	...
Stromaufkommen	Mill. kWh	637	928	872	946	918	1 028	960	1 070	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm 3	12,1	6,9	1,1	1,0	0,8	1,4	1,0	0,9	0,5
* Gasbezug (netto)	Mill. Nm 3	52	118	140	149	128	204	184	186	125
* Gasaufkommen	Mill. Nm 3	57	118	141	150	129	205	185	187	125
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	99	89	83	87	89	86	85	88	90
Facharbeiter	1 000	51	48	44	47	48	47	46	48	48
Helfer und Hilfsarbeiter	1 000	33	27	25	26	27	25	25	26	27
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 994	12 871	6 095	10 060	14 721	6 823	9 416	10 773	14 334
Privater Bau	1 000	7 759	7 113	3 727	5 849	8 208	3 995	5 537	6 007	7 933
* Wohnungsbauten	1 000	4 899	4 623	2 241	3 778	5 573	2 358	3 521	3 789	5 294
Landwirtschaftliche Bauten	1 000	415	164	90	114	182	84	96	119	121
Gewerbliche Bauten	1 000	2 445	2 326	1 396	1 957	2 453	1 553	1 920	2 099	2 518
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	1 000	6 235	5 758	2 368	4 211	6 513	2 828	3 879	4 766	6 401
Hochbau	1 000	1 791	1 311	613	1 030	1 546	732	975	1 227	1 525
Tiefbau	1 000	4 444	4 447	1 755	3 181	4 967	2 096	2 904	3 539	4 876
Straßenbau	1 000	2 027	2 180	772	1 471	2 460	812	1 173	1 595	2 241
Löhne und Gehälter (brutto)	1 000 DM	75 603	99 530	44 525	66 518	101 670	64 702	77 470	87 180	114 560
* Löhne (brutto)	1 000 DM	69 161	89 676	35 848	57 659	92 625	54 298	67 275	76 824	104 156
* Gehälter (brutto)	1 000 DM	6 442	9 854	8 677	8 859	9 045	10 404	10 195	10 356	10 404
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	1 000 DM	217 848	255 982	103 355	169 918	214 072	232 465	212 506	220 994	255 370

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts. - 4) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 5) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 7) Ab März 1971 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 346	1 143	861	1 188	1 329	1 277	1 016	1 433	1 344
* Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	.	1 034	772	1 071	1 242	1 167	923	1 316	1 197
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 226	1 224	994	1 317	1 294	1 397	1 120	1 434	1 652
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	122 133	150 553	115 111	159 614	152 552	183 670	150 473	189 580	219 537
* Wohnfläche	1 000 qm	210	213	179	233	212	240	190	239	285
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
* Umbauter Raum	1 000 cbm	339	273	210	287	266	279	199	257	241
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	1 067	1 279	713	1 090	764	1 189	917	1 304	1 006
* Nutzfläche	1 000 qm	76 216	99 284	48 390	99 583	50 588	92 169	58 906	152 263	111 493
* Wohnungen insgesamt	1 000 qm	187	207	131	190	144	186	150	226	166
	Anzahl	2 790	2 479	2 005	2 808	2 370	2 739	2 320	2 682	3 478
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	104	116	111	.	.	.	118	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	119	155	147	.	.	.	164	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	124	158	150	.	.	.	165	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	121	158	147	.	.	.	166	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	117	149	141	.	.	.	155	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	120	154	147	.	.	.	159	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	105	124	118	.	.	.	128	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	127	164	155	.	.	.	168	.	.
Deckenputz	1962 = 100	129	162	154	.	.	.	164	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	130	171	161	.	.	.	174	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	117	139	134	.	.	.	142	.	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	.	151	146	.	.	.	165	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	262,2	566,3	529,8	587,7	579,5	582,4	576,5	698,2	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7,8	18,8	15,4	26,0	22,4	13,7	14,5	19,7	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	254,4	547,4	514,3	561,3	557,1	568,7	562,0	678,5	...
* Rohstoffe	Mill. DM	6,9	9,7	6,5	8,5	10,3	6,9	10,1	10,6	...
* Halbwaren	Mill. DM	21,8	29,6	25,5	30,2	30,4	31,1	35,9	42,2	...
* Fertigwaren	Mill. DM	225,7	508,2	482,4	523,0	516,4	530,7	516,1	625,7	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	119,9	195,9	196,6	208,4	202,8	231,3	199,3	245,0	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	105,8	312,3	285,8	314,6	313,6	299,4	316,8	380,7	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EWG-Länder	Mill. DM	88,3	217,6	207,6	230,9	224,0	230,3	227,9	281,3	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	18,5	38,9	36,1	40,0	40,8	41,3	39,2	46,9	...
Frankreich	Mill. DM	27,0	83,0	85,3	83,7	85,5	80,9	83,5	108,1	...
Italien	Mill. DM	20,0	47,6	46,0	50,4	48,9	56,1	50,5	64,5	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	48,2	40,2	56,9	48,8	52,1	54,6	61,9	...
* EFTA-Länder	Mill. DM	72,1	120,4	113,1	122,0	121,4	109,9	122,7	140,7	...
Dänemark	Mill. DM	7,5	12,3	13,1	12,3	13,4	11,7	11,8	12,6	...
Großbritannien	Mill. DM	17,3	22,7	21,2	22,4	21,2	23,8	27,6	29,9	...
Österreich	Mill. DM	13,2	23,3	19,6	20,9	25,3	18,2	23,0	26,9	...
Schweden	Mill. DM	10,5	17,0	15,6	19,6	17,9	15,0	13,6	20,2	...
Schweiz	Mill. DM	17,8	33,4	31,1	35,6	33,7	30,6	34,6	39,3	...
USA und Kanada	Mill. DM	17,6	36,7	31,0	36,9	36,5	51,9	33,3	49,8	...
Ostblockländer	Mill. DM	11,2	23,0	22,6	34,9	26,8	15,6	24,4	31,5	...
Einfuhr (Generalhandel)										
* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	...	390,8	346,0	365,7	450,1	389,2	405,3	485,3	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	...	62,1	51,1	68,2	64,5	64,4	65,5	89,4	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	...	328,7	294,8	297,5	385,6	324,8	339,7	395,9	...
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	12 201	19 803	21 554	21 448	18 393	15 936	20 353	20 944	18 291
* Lieferungen	1 000 DM	32 468	40 707	38 333	34 862	44 080	40 326	43 121	49 987	43 446
Einzelhandel										
* Beschäftigte	1962 = 100	98	97	96	96	94	99	95	93	94
* Umsatz	1962 = 100	122	158	123	150	150	147	136	163	175
Waren verschiedener Art	1962 = 100	158	229	161	207	199	226	184	214	232
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114	138	117	132	132	128	118	134	145
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	1962 = 100	114	146	89	150	136	133	99	149	180
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	122	170	124	149	159	148	145	172	165
Elektrotechn., feinmechanische und optische Erzeugnisse	1962 = 100	120	152	117	136	132	130	114	116	136
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	1962 = 100	127	154	131	151	175	126	159	206	203

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	107	113	103	105	109	103	102	101	111
Teilbeschäftigte	1962 = 100	185	197	162	171	183	179	188	178	203
* Umsatz	1962 = 100	132	162	132	130	133	141	139	136	167
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	142	212	96	144	149	110	113	144	229
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	132	156	131	128	130	137	136	131	158
Fremdenverkehr										
in 241 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	206	230	105	146	177	106	107	131	...
* Auslandsgäste	1 000	41	55	14	22	32	13	14	16	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	767	838	402	546	604	381	408	493	...
* Auslandsgäste	1 000	81	124	30	48	65	30	31	37	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	2 772	3 311	2 056	2 867	3 913	1 799	2 674	3 226	3 839
* Gütereingang	1 000 t	1 356	1 582	1 190	1 408	1 813	994	1 354	1 494	1 863
* Güterversand	1 000 t	1 416	1 729	866	1 459	2 100	805	1 320	1 732	1 976
Schiffs- und Güterdurchgangs- verkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 721	3 594	2 256	3 734	3 809	3 796	3 915	4 675	4 441
Ladung	1 000 t	3 472	2 836	1 787	3 005	3 095	2 173	2 689	2 959	3 164
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	82	87	88	90	91	62	74	68	77
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 830	3 894	2 366	3 982	4 260	4 128	4 094	5 037	4 755
Ladung	1 000 t	1 246	1 464	967	1 673	1 845	810	1 136	1 216	1 387
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	77	85	85	87	89	58	66	61	71
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraft- fahrzeuge	Anzahl	8 055	11 108	10 199	13 497	14 966	8 684	11 002	16 603	...
Krafttrader und Motorroller	Anzahl	32	47	29	57	59	16	51	118	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	6 846	9 856	9 100	12 000	13 384	7 554	8 942	14 794	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	553	696	521	739	877	692	834	910	...
Zugmaschinen	Anzahl	546	450	483	630	569	367	671	698	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	262	366	210	456	514	164	253	482	...
Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	20 990	24 891	23 825	22 804	24 360	26 465	25 259	26 845	24 309
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	19 968	22 307	21 436	20 991	21 940	23 253	21 869	23 280	21 791
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	634	2 182	2 212	1 606	2 132	2 990	3 152	3 229	2 191
Berufsverkehr	1 000	576	747	751	744	797	821	755	840	831
Schülerverkehr	1 000	56	1 434	1 460	861	1 334	2 169	2 396	2 388	1 359
Gelegenheitsverkehr	1 000	388	402	177	207	288	222	238	336	327
Ausflugsfahrten	1 000	92	93	32	47	59	41	39	62	66
Ferienziel - Reisen	1 000	1	1	0	0	1	2	1	0	1
Mietwagenverkehr	1 000	295	308	145	160	228	179	198	274	260
Wagenkilometer	1 000	8 951	11 020	9 253	9 418	10 174	10 054	9 943	11 174	10 337
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	5 696	7 399	6 997	6 764	6 857	6 727	5 779	6 421	6 559
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 592	1 871	1 573	1 640	1 669	1 351	1 371	1 447	1 639
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 104	5 528	5 424	5 124	5 188	5 376	4 408	4 974	4 920
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	3 508	4 627	4 565	4 309	4 388	4 494	3 595	4 074	4 029
* Getötete Personen	Anzahl	596	900	859	815	800	882	813	900	891
Pkw - Insassen	Anzahl	83	101	85	83	93	70	82	77	80
Fußgänger	Anzahl	36	54	54	42	50	33	50	34	41
* Verletzte Personen	Anzahl	28	27	20	29	27	30	26	26	18
Pkw - Insassen	Anzahl	2 216	2 720	2 228	2 408	2 432	1 897	1 951	2 013	2 444
Fußgänger	Anzahl	1 306	1 813	1 614	1 748	1 640	1 350	1 420	1 402	1 607
Schwerverletzte	Anzahl	355	370	331	329	349	319	233	259	296
Pkw - Insassen	Anzahl	741	924	749	757	777	618	657	651	862
Fußgänger	Anzahl	393	528	487	475	472	389	445	394	504
	Anzahl	160	182	166	166	164	153	110	122	156
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	36 901	37 629	33 137	36 229	39 546	35 934	36 687	44 842	40 363
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 114	1 129	1 041	1 205	1 233	987	1 062	1 368	1 159
Telegramme	1 000	86	60	49	59	60	43	43	52	58
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	773 166	1 068 962	858 059	959 866	1 093 090	1 125 248	1 046 024	1 180 242	1 076 208
Lastschriften	1 000 DM	772 416	1 065 972	848 493	947 359	1 098 756	1 122 172	1 031 033	1 205 817	1 083 854
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	9 164	15 671	14 999	14 617	15 106	17 648	17 396	19 093	16 309
Auszahlungen	1 000 DM	9 038	15 635	10 431	13 476	13 933	13 275	15 025	19 451	20 602
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	997	1 096	1 092	1 092	1 093	1 065	1 066	1 066	1 067
Fernsehrundfunk	1 000	595	938	924	928	931	934	938	941	942

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	10 036	19 655	18 034	18 245	18 369	19 788	19 932	20 187	20 392
* Kurzfristige Kredite 2)	Mill. DM	2 917	5 095	4 641	4 705	4 700	5 096	5 093	5 183	5 184
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 863	4 969	4 575	4 629	4 620	4 964	4 956	5 033	5 042
* Mittelfristige Kredite 3)	Mill. DM	1 294	2 177	1 885	1 969	2 006	2 207	2 247	2 311	2 407
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 188	2 035	1 739	1 828	1 865	2 062	2 101	2 162	2 212
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	3	8	6	10	10	8	8	6	6
* Langfristige Kredite 4)	Mill. DM	5 826	12 384	11 508	11 571	11 663	12 485	12 592	12 693	12 801
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 461	9 876	9 283	9 336	9 408	9 938	9 973	10 069	10 110
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	372	1 626	1 603	1 600	1 601	1 630	1 631	1 643	1 640
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	8 531	17 800	16 146	15 988	16 147	18 187	18 469	18 649	19 054
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 944	5 898	5 161	4 976	5 098	6 162	6 328	6 434	6 773
* Spareinlagen	Mill. DM	2 258	4 824	4 129	4 005	4 109	5 053	5 176	5 341	5 669
* bei Sparkassen	Mill. DM	5 588	10 493	9 599	9 625	9 661	10 610	10 724	10 789	10 858
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3 771	6 706	6 193	6 214	6 235	6 767	6 838	6 870	6 903
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	301	543	518	503	532	759	540	593	567
* Zinsgutschriften	Mill. DM	246	498	434	477	497	660	427	532	498
	Mill. DM	15	44	1	0	0	14	1	0	0
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse	Anzahl	11	17	13	15	12	18	13	15	13
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	2	2	-	1	3	4	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	2 391	1 652	1 421	1 660	1 659	1 536	1 381	1 723	1 622
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	3 653	2 978	3 047	3 221	3 279	3 027	3 659	4 049
Steuern										
* Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	256 725	394 473	242 429	455 926	293 225	396 436	409 611	464 144	289 624
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 021	254 214	119 448	372 444	123 279	214 820	246 919	340 707	145 786
* Lohnsteuer	1 000 DM	59 322	143 909	104 624	92 768	99 193	186 389	217 789	123 679	129 836
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 006	62 924	427	157 885	10 682	21 549	2 661	168 433	17 569
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	5 223	8 478	3 910	240	1 247	1 648	1 485	4 474	1 212
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	29 470	38 904	10 487	121 551	12 157	5 234	24 984	44 121	- 2 831
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	104 704	140 259	122 981	83 482	169 946	181 616	162 692	123 437	143 838
* Umsatzsteuer	1 000 DM	83 759	104 655	106 939	59 770	92 255	157 090	136 644	98 080	108 128
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 945	35 604	16 042	23 712	77 691	24 526	26 048	25 357	35 710
* Bundessteuern	1 000 DM	67 618	87 189	63 576	72 156	102 793	59 007	87 285	110 012	77 534
* Zölle	1 000 DM	24 568	10 773	5 683	6 857	36 999	5 166	8 873	8 696	5 995
* Verbrauchsteuern	1 000 DM	39 052	68 394	53 491	54 482	60 031	47 903	73 323	82 448	67 661
* Mineralölsteuer	1 000 DM	3 541	23 337	7 627	7 213	6 651	12 947	24 624	18 746	15 906
* Branntweinmonopol	1 000 DM	14 094	23 100	24 914	29 187	32 611	13 467	34 638	30 866	33 129
* Schaumweinsteuer	1 000 DM	5 136	7 986	10 012	5 692	5 816	14 560	3 558	13 176	7 600
* Landessteuern	1 000 DM	25 951	38 529	43 715	28 811	37 797	33 554	49 436	35 554	34 567
* Vermögensteuer	1 000 DM	5 486	9 801	21 321	2 454	3 851	2 533	24 102	2 167	1 360
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 282	19 391	16 122	19 288	23 428	20 808	18 029	22 604	23 109
* Biersteuer	1 000 DM	4 670	5 531	3 167	4 051	6 031	6 129	3 274	5 103	5 127
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	171 391	208 603	.	185 906	.	.	.	220 184	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	117 256	137 583	.	121 782	.	.	.	152 320	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	8 458	12 664	.	13 088	.	.	.	15 280	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 696	9 522	.	6 741	.	.	.	6 713	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	22 044	28 967	.	24 916	.	.	.	26 051	.
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	229 669	307 171	202 033	299 270	275 703	281 177	310 908	346 529	268 025
* Einnahmen des Landes	1 000 DM	120 625	221 504	162 092	248 179	154 693	205 584	228 443	240 058	178 523
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	92 733	112 629	52 370	168 677	53 948	92 854	108 028	149 905	62 575
* Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁷⁾	1 000 DM	-	61 173	66 007	50 691	62 948	76 992	69 268	54 393	54 152
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	9 172	-	-	-	2 185	1 711	206	27 229
* Einnahmen der Gemeinden (Gv.)	1 000 DM	171 391	229 964	.	185 906	.	.	.	253 567	.
* Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	76 400	.	-	.	.	.	41 882	.

1) Ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute und einschl. Bausparkassen. - Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 2) Laufzeit bis zu 1 Jahr (bis einschl. 1968 = 6 Monate). - 3) Laufzeit 1 bis 4 Jahre (bis einschl. 1968 = 6 Monate bis 4 Jahre). - 4) Ab 1969 einschl. Landeswohnungsaufwands. - 5) Einschl. Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ohne aufgenommene Kredite. - 7) Einschl. der auf Grund des vorläufigen Umsatzsteuerausgleichs zwischen den Ländern vereinnahmten Beträge. - 8) Einschl. Zerlegung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	185	261	.	.	250	270
* Männliche Arbeiter	DM	201	286	.	.	273	297
Facharbeiter	DM	213	304	.	.	291	317
Angelernte Arbeiter	DM	199	278	.	.	264	286
Hilfsarbeiter	DM	169	238	.	.	230	242
* Weibliche Arbeiter	DM	123	170	.	.	163	182
Bruttostundenverdienste	DM	4,09	5,85	.	.	5,59	6,24
* Männliche Arbeiter	DM	4,37	6,26	.	.	5,96	6,70
Facharbeiter	DM	4,63	6,65	.	.	6,33	7,15
Angelernte Arbeiter	DM	4,29	6,09	.	.	5,80	6,48
Hilfsarbeiter	DM	3,73	5,22	.	.	5,01	5,51
* Weibliche Arbeiter	DM	2,96	4,18	.	.	4,03	4,54
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,9	44,5	.	.	44,7	43,3
* Männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,6	.	.	45,8	44,3
* Weibliche Arbeiter	Std.	41,5	40,8	.	.	40,5	40,1
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	41,2	40,2	.	.	41,5	38,3
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,2	.	.	42,6	39,1
* Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	36,3	.	.	37,6	35,3
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	970	1 388	.	.	1 339	1 469
* Männliche Angestellte	DM	876	1 250	.	.	1 208	1 329
* Weibliche Angestellte	DM	1 057	1 515	.	.	1 472	1 608
Technische Angestellte	DM	674	961	.	.	922	1 026
* Männliche Angestellte	DM	1 140	1 615	.	.	1 553	1 699
* Weibliche Angestellte	DM	1 172	1 665	.	.	1 602	1 752
im Handel, Kredit- und Versicherungs-	DM	783	1 106	.	.	1 051	1 172
rungen	DM	651	943	.	.	939	1 004
Kaufmännische Angestellte	DM	646	938	.	.	934	998
* Männliche Angestellte	DM	852	1 235	.	.	1 225	1 322
* Weibliche Angestellte	DM	513	736	.	.	734	785
in Industrie und Handel zusammen	DM	817	1 181	.	.	1 154	1 253
Kaufmännische Angestellte	DM	742	1 070	.	.	1 051	1 138
* Männliche Angestellte	DM	952	1 371	.	.	1 345	1 462
* Weibliche Angestellte	DM	570	820	.	.	805	873
Technische Angestellte	DM	1 124	1 590	.	.	1 532	1 681
* Männliche Angestellte	DM	1 156	1 644	.	.	1 584	1 736
* Weibliche Angestellte	DM	769	1 071	.	.	1 024	1 149
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 055	1 113	1 109	1 111	1 111	1 113	1 119	1 121	1 121
Pflichtmitglieder	1 000	671	672	672	674	672	670	676	677	677
Rentner	1 000	241	350	347	348	348	356	357	358	359
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,1	6,4	4,9	5,0	5,3	5,1	5,5	4,7
Männer	%	4,9	5,2	6,4	5,0	5,0	5,4	5,2	5,5	4,8
Frauen	%	4,8	4,9	6,4	4,8	4,9	5,1	4,9	5,5	4,6
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	307 980	368 909	367 129	365 668	363 346	373 295 ^r	377 029	380 284	380 061
Ausgezählte Renten	1 000 DM	58 446	102 883	99 816	98 715	97 917	107 472 ^r	110 548	111 841	111 156
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 169	7 988	19 730	15 668	6 354	17 929	15 686	13 928	7 119
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	6 755	7 154	18 576	13 745	5 212	17 289	14 889	12 808	6 267
Ausgezählte Unterstützungen	1 000 DM	2 507	3 937	10 385	8 728	5 161	4 535	11 145	9 423	6 269
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	2 400	3 700	10 139	8 387	4 542	4 425	10 857	9 010	5 799
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	176	160	.	161	.	.	.	158	.
Ausgezählte Renten	1 000 DM	26 846	34 078	38 856	31 996	33 944	35 140	34 755	36 708	36 864

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970					1971		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 297	...	61 217	61 273	61 345
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 011	37 035 ^p	24 453	25 341	35 346	35 899	22 222	26 931	32 976
Lebendgeborene 2)	Anzahl	87 027	67 564 ^p	67 625	66 176	72 410	70 340	65 541	64 244	73 662
Gestorbene 3)	Anzahl	56 469	61 224 ^p	85 783	58 681	62 388	64 648	65 274	56 665	69 195
Geburtenüberschuß	Anzahl	30 558	6 340 ^p	-18 158	7 495	10 022	5 692	267	7 579	4 467
Arbeitslose	1 000	147	149 ^p	286	264	198	175	286	255	206
Männer	1 000	106	93 ^p	218	199	140	98	191	160	121
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	17 723	20 969	.	.	19 627	20 969	.	.	20 901
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	234	293	287	259	299 ^x	312	298	269 ^x	330 ^p
Milcherzeugung	1 000 t	1 765	1 821	1 745	1 674	1 995	1 612	1 674	1 609 ^x	1 905 ^p
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 460	8 603	8 488	8 532	8 563	8 618	8 585	8 578	8 584
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 055	1 020	990	994	1 032	1 006	971	963	1 062
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	31 218	44 072	38 574	39 503	43 098	47 862	41 660	42 528	49 787
Auslandsumsatz	Mill. DM	4 903	8 506	7 343	7 732	8 582	9 819	8 062	8 372	10 093
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	118	157	143	151	159	158	154	159	158
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	158	147	155	161	159	157	161	161
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	118	157	144	153	159	156	153	158	158
Energiewirtschaft	1962 = 100	126	193	217	213	208	227	234	229	224
Bergbau	1962 = 100	100	99	104	102	102	101	110	107	108
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	119	161	146	156	163	160	156	161 ^p	...
Grundstoffe und Produktionsgüter	1962 = 100	125	179	163	173	177	167	166	179	180
Investitionsgüter	1962 = 100	118	160	144	158	166	167	160	162	161
Verbrauchsgüter	1962 = 100	116	148	138	147	156	147	148	151	151
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115	139	127	126	134	141	134	134	133
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	119	139	66	70	106	125	90	127 ^p	...
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	11 256	9 273	9 707	9 189	9 303	9 333	9 527	9 369	...
Braunkohlenförderung (brutto)	1 000 t	8 492	8 981	9 750	8 303	8 830	9 148	9 063	8 027	...
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 249	2 802	2 904	2 742	2 911	2 354	2 605	2 519	...
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 014	3 698	2 889	3 690	3 825	3 063	3 413	3 389	...
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 070	2 686	2 924	2 737	2 781	2 212	2 359	2 410	...
Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	13 003	20 218	22 490	20 284	21 433	23 124	23 907
Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm ³	4 980	6 804	7 531	6 945	7 291	7 442	7 813
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 643	1 529	1 413	1 406	1 469	1 515	1 451	1 446	1 502
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	233	210	105	109	161	190	132	157	173
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	3 698	4 602	2 957	2 398	2 761	8 159	4 308	3 452	3 988
Baugenehmigungen Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	35 396	40 291	45 880	43 158
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	124	170	141	133	161	244	156	149	183
Großhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	159	136	142	157	168	134	144	170
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	116	138	115	117	127	132	127	129	134
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	5 871	9 134	8 600	8 109	9 058	9 884	8 701	9 779	11 000
Ausfuhr	Mill. DM	5 971	10 440	8 734	9 417	10 557	12 584	9 528	10 720	12 885
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	100	1 306	134	1 308	1 499	2 701	827	941	1 885

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970					1971		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	103	...	120	122	120	115
Binnenschifffahrt	1962 = 100	113	140	89	93	133	134
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	122	163	150	152	154	163	156
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	93	88	86	92	92	84
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	95	93	91	100	91	99	95	105	...
Geld und Kredit										
(Stand am Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	29 652	36 889	33 528	34 123	34 058	34 997	35 394	35 707	35 955 ^P
Kredite und Einlagen 2)										
Kredite an Nichtbanken 3)	Mill. DM	316 728	543 075	493 838	497 347	500 440 ^x	503 327	543 136	546 926	550 877 ^P
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	71 093	119 605	107 330	109 040	109 522 ^x	109 873	118 356 ^x	119 707	120 584 ^P
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	245 635	423 470	386 508	388 307	390 918	393 454	424 780 ^x	427 219	430 293 ^P
Durchlaufende Kredite	Mill. DM	26 007	36 579	34 338	34 449	34 483	34 656	36 395	36 338	36 511 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken										
Sicht- und Termingelder	Mill. DM	258 110	447 058	401 358	404 330	402 878	405 971	444 951	449 473	451 134 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	123 539	200 045	174 717	176 043	174 216	176 602	195 696	197 661	197 509 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	109,0	131,7	149,2	145,2	143,1	143,0	127,5	136,3	139,1
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	3 421	5 152	4 031	2 713	7 446	2 714	4 966	3 427	8 332
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 018	3 177	3 842	3 158	2 634	2 774	4 194	3 790	2 868
Bundessteuern	Mill. DM	1 630	2 283	1 322	1 948	2 296	2 142	1 397	2 108	2 868
Landessteuern	Mill. DM	546	794	638	1 012	584	694	682	1 131	717
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63=100	107,2	106,2	106,4	106,4	107,6	96,0	96,8 ^P	96,0 ^P	97,3 ^P
Index der Einkaufspreise landw. Betriebsmittel 4) 5)	1962/63=100	104,4	105,8	105,4	106,9	107,7	109,5	110,5	111,8 ^x	112,6
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	104,0	107,5	105,8	106,3	106,6	109,6	110,9	111,5	112,0
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	114,6	147,4	.	140,8	.	.	.	155,8	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	97,5	115,6	.	110,3	.	.	.	120,3	.
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938 = 100	215,8	245,0	241,8	242,6	243,6	247,9	250,7	252,9	254,9
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1958 = 100	117,5	133,5	131,7	132,1	132,7	135,1	136,6	137,8	138,8
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1962 = 100	109,0	123,7	122,1	122,5	123,0	125,2	126,6	127,7	128,7
Preisindex für die Lebenshaltung 9)	1962 = 100	108,7	124,0	122,5	122,8	123,3	125,8	127,1	128,1	128,9
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	108,8	117,4	116,6	116,9	117,4	117,4	118,7	119,9	120,6
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	105,8	115,8	113,7	114,1	114,6	118,4	119,4	120,1	121,0
Wohnungsmiete	1962 = 100	117,8	163,4	159,8	160,7	161,4	166,8	167,8	169,0	170,2
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	107,1	127,4	125,5	125,6	125,4	132,6	134,3	135,4	135,8
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	104,8	114,1	113,1	113,2	113,6	116,6	119,0	119,6	119,9
Waren und Dienstleistungen für Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	1962 = 100	105,2	118,1	116,6	116,7	117,0	120,9	121,5	121,9	124,4
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	112,3	140,9	137,8	138,5	139,3	144,0	145,8	146,9	147,7
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	110,2	129,4	127,3	127,4	128,1	132,2	132,9	133,7	134,4
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	106,0	121,0	120,0	120,3	120,3	121,8	124,4	124,9	125,2
Löhne										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	126,8	157,2	169,2	.	.	.	189,5	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	127,3	161,7	173,0	.	.	.	193,3	.	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	127,8	159,3	173,8	.	.	.	197,1	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	128,2	163,5	175,7	.	.	.	199,3	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	99,4	98,6	97,4	.	.	.	96,2	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	99,2	98,7	98,2	.	.	.	96,7	.	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute. - 2) Ohne Zentralbanksystem. Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Einschl. Wertpapiere, Ausgleichs- und Deckungsforderungen. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. - 9) Alle privaten Haushalte.

Inhalt

Themen der letzten Hefte

Heft 11/November 1970

Erbschaftsbesteuerung 1967–1969
Bauhauptgewerbe in den neuen Kreisen
Bodennutzung 1970
Straßenverkehrsunfälle 1969 – Ursachen und Orte

Heft 12/Dezember 1970

Rheinland-Pfalz 1970
Kleine Kommunalwahl am 8. 11. 1970
Wohnungsmieten 1968
Spar- und Vermögensformen 1970

Heft 1/Januar 1971

Feldfrüchte und Futterpflanzen 1970
Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 1970
Kriegsopferfürsorge 1969
Sterbefälle und Todesursachen 1969
Wohnungsausstattung 1968
Unterbringung ausländischer Arbeitnehmer 1968

Heft 2/Februar 1971

Sozialprodukt 1970
Öffentlich Bedienstete 1970
Wein, Obst und Gemüse 1970
Investitionen 1969
Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte 1969
Lohnsteuerpflichtige 1968

Heft 3/März 1971

Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1970
Bauhauptgewerbe 1970
Nutztviehhaltung 1970
Wohnverhältnisse der über 65jährigen 1968
Versorgungsempfänger 1968
Mitwirkungsbereitschaft bei der EVS 1969

Heft 4/April 1971

Landtagswahl 1971
Industrie 1970
Straßenverkehrsunfälle 1970
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1970
Schlepper und Mähdrescher 1970
Vermögensmillionäre 1969
Wochenend- und Ferienhäuser 1968
Wohnverhältnisse kinderreicher Familien 1968

Heft 5/Mai 1971

Steueraufkommen 1970
Erwerbstätigkeit 1970
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1970
Sozialhilfeaufwand 1970
Struktur der bewohnten Gebäude 1968
Ertragslage und Investitionen des Handwerks 1967

Themen der folgenden Hefte

Ernteaussichten 1971
Schlacht tier- und Fleischbeschau 1970
Industriezensus 1967
Struktur des Handwerks 1967
Struktur des Einzelhandels 1968
Fremdenverkehr 1970
Wohnverhältnisse junger Ehepaare 1968
Jugendhilfe 1970

Kurz und aktuell

Bevölkerung im Jahr 2000

In Rheinland-Pfalz werden nach den Ergebnissen der 3. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung auf Grund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Wanderungen wurden bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt) im Jahre 2000 insgesamt 3,929 Mill. Menschen leben. Das entspricht einem Bevölkerungszuwachs von 258 000 Personen oder 7% gegenüber 1970. Eine Bevölkerung von 3,8 Mill. wird für das Jahr 1986 erwartet, 3,9 Mill. für 1996. Bis zum Ende des Jahrhunderts rechnet man mit einer Annäherung der Geschlechterproportion von heute 110 Frauen zu 100 Männern auf 103:100.

Gemeindefinanzen im I. Quartal 1971

Im ersten Vierteljahr 1971 gingen rund 254 Mill. DM Gemeindesteuern ein. Das sind 68 Mill. oder gut ein Drittel mehr als im ersten Quartal 1970. Die relativ hohe Wachstumsrate beruht in erster Linie darauf, daß die Gewerbesteuererinnahmen, die sich im Berichtsvierteljahr auf 152 Mill. DM (+ 25%) beliefen, wegen der bekannten zeitlichen Verlagerung im Vergleichsvierteljahr 1970 besonders niedrig waren. Außerdem gingen im ersten Quartal 1971 netto 34 Mill. DM Gemeindeanteile an der Einkommensteuer abzüglich abgeführter Gewerbesteuerumlage ein, denen im ersten Vierteljahr 1970 keine Zahlungen gegenüberstehen.

Die Kommunalverwaltungen (ohne die Gemeinden unter 10 000 Einwohner) verschuldeten sich im ersten Quartal 1971 mit 67 Mill. DM und gaben andererseits für Bauten 145 Mill. DM (+ 17%) aus.

Binnenschifffahrt 1970

Während sich der Güterschiffsverkehr auf den rheinland-pfälzischen Wasserstraßen 1970 gegenüber dem Vorjahr um 8,7% auf 57 424 Güterschiffe verringerte, die rheinland-pfälzische Häfen anliefen, erreichte der Güterumschlag mit 39,7 Mill. t einen neuen Höchststand (+ 7,5%). Seit 1960 stieg der Güterumschlag damit um 44,1%. An der Ausweitung des Güterversands, der um 12,5% über dem des Vorjahres lag, waren vor allem Mineralölerzeugnisse (+ 106,8%) beteiligt. Am stärksten erhöhte sich der Güterumschlag am Oberrhein von Neuburg bis vor Worms um 1,4 Mill. t oder 9,6%, insbesondere im Hafen Wörth um 0,9 Mill. t. Der Güterverkehr auf der Lahn ging dagegen weiter zurück.

Berufsbildende Schulen 1970

Im berufsbildenden Schulwesen von Rheinland-Pfalz ist ein Trend zur höher qualifizierten Ausbildung festzustellen. Während sich von 1966 bis 1970 die Zahl der Schüler an den 78 Berufsschulen um 10% auf 116 459 verringerte, konnte an den 186 Berufsfachschulen mit 13 540 Schülern eine Zunahme von 30% ermittelt werden. Nicht ganz 47% betrug die Steigerungsrate bei den Jungen, rund 21% bei den Mädchen. Unter den insgesamt 3 521 Schülern der 52 Berufsaufbauschulen waren nur 277 Mädchen. Demgegenüber machte der Anteil der Mädchen an den rund 9 500 Fachschülern über 50 Prozent aus. Die ersten 24 Fachoberschulen gab es 1969, ein Jahr später waren es 33. Ihre Schülerzahl stieg von 606 auf 1 856.

AUSZUG AUS DEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170, 193	Bevölkerungsentwicklung 1951 - '58, '59, '60, '61, '62, 1963 - '65, 1966 - '67
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 5 Reihen	

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152, 203	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965, 1969
" „, 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" „, 24, 46, 87, 142, 195	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964, 1969
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955

Statistische Berichte: 4 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70, 82, 92,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182, 192, 205	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93, 104, 133,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 140, 149, 159, 168, 185, 196, 206	1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
Statistische Berichte: 23 Reihen	

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184, 197	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
“ 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
“ 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
“ 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
“ 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
“ 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
“ 77	Gemeindestraßen 1956
“ 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
“ 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963
“ 190, 198	Straßenverkehrsunfälle 1967, 1968

Statistische Berichte: 15 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
“ 35, 51, 67, 76, 85, 98, 107, 134, 144, 151, 161, 176, 187, 201	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
“ 158, 174, 183, 194, 200	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967, 1968, 1969

Statistische Berichte: 6 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
“ 71, 84, 90, 96, 106, 127,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
“ 145, 153, 166, 180, 189, 199	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
“ 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
“ 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
“ 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM-Abschnitt), 1949 und 1950
“ 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
“ 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
“ 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
“ 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
“ 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
“ 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
“ 88, 95, 105, 137, 157, 178, 202	1961, 1962, 1964, 1966, 1968
“ 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
“ 33, 147, 207	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962, 1966
“ 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966,
“ 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966, 1969
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.